

JAHRESBERICHT DER
FRIEDRICH-EBERT-
STIFTUNG 2006

PERSPEKTIVEN
2007

Annual Report of the
Friedrich-Ebert-Stiftung
2006

Perspectives 2007

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

INHALT

THEMEN

- | | |
|--|--|
| 4 Friedrich-Ebert-Stiftung
<i>Für Soziale Demokratie</i> | Thema: Sozialer Zusammenhalt |
| 4 Friedrich-Ebert-Stiftung
<i>Committed to Social Democracy</i> | 20 Verantwortung partnerschaftlich
teilen |
| 6 Die Friedrich-Ebert-Stiftung trauert
um ihren Ehrenvorsitzenden
Holger Börner | 22 Deutschland kann sich Ausgrenzung
nicht leisten |
| 8 Vorwort der Vorsitzenden
<i>Anke Fuchs</i> | 24 Kommunen zukunftsfähig machen |
| 9 Preface of the Chairwoman
<i>Anke Fuchs</i> | Thema: Innovation und Teilhabe |
| 14 Bericht des Geschäftsführers
<i>Dr. Roland Schmidt</i> | 26 Deutschland braucht auch soziale
Innovationen |
| 15 Report of the Secretary General
<i>Dr. Roland Schmidt</i> | 28 Leistungsfähigkeit und Chancen-
gleichheit verknüpfen |



DIE ARBEIT DER FACHABTEILUNGEN

ANHANG

- | | | |
|---|---|---|
| <p><i>Thema: Demokratische Kultur</i></p> <p>30 <i>Abschied vom Nationalstaat?</i></p> <p>32 <i>Engagement gegen Rechts-
extremismus</i></p> <p>34 <i>Antworten für immer neue
Herausforderungen</i></p> <p><i>Thema: Globalisierung gestalten</i></p> <p>36 <i>Neue Mächte auf dem welt-
politischen Parkett?</i></p> <p>38 <i>Sicherheitspolitik kann nur
gemeinsam gestaltet werden</i></p> | <p>40 Politische Akademie</p> <p>43 Abteilung Gesellschaftspolitische
Information – GPI</p> <p>44 Dialog Ostdeutschland</p> <p>46 Arbeitsgruppe Kommunalpolitik</p> <p>47 Wirtschafts- und Sozialpolitik</p> <p>49 <i>Frauen und Geschlechterpolitik</i></p> <p>51 Zentrale Aufgaben</p> <p>53 Studienförderung</p> <p>55 Historisches Forschungszentrum</p> <p>58 <i>Die Auslandsbüros der
Friedrich-Ebert-Stiftung</i></p> <p>60 Internationale Entwicklung-
zusammenarbeit (IEZ)</p> <p>61 <i>Globale Gewerkschaftspolitik</i></p> <p>67 Internationaler Dialog</p> <p>72 <i>Unselbständige Stiftungen in
der Friedrich-Ebert-Stiftung</i></p> | <p>40 Politische Akademie</p> <p>76 Organisationsplan der
Friedrich-Ebert-Stiftung</p> <p>78 Jahresabschluss zum
31. Dezember 2005</p> <p>84 Zum Selbstverständnis der
Politischen Stiftungen</p> <p>85 Mitglieder des Vorstandes</p> <p>85 Mitglieder des Vereins</p> <p>86 Mitglieder des Kuratoriums</p> <p>86 Mitglieder des Auswahlausschusses</p> <p>87 Vertrauensdozenten</p> <p>90 Anschriften</p> <p>92 Impressum</p> |
|---|---|---|

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

FÜR SOZIALE DEMOKRATIE

Soziale Demokratie basiert auf den sozialen Menschen- und Bürgerrechten und trägt zu ihrer Festigung bei. Sie erweitert und festigt die politische Demokratie durch soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Demokratisierung, soziale Sicherung, nachhaltige Entwicklung und internationale Solidarität. Soziale Demokratie schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle Bürger ihre politischen und grundlegenden Menschenrechte und sozialen Teilhaberechte ungeschmälert wahrnehmen und zur Entwicklung ihres Landes beitragen können. Sie erstrebt für alle Bürgerinnen und Bürger gesicherte Lebenschancen und gleiche Mitspracherechte. Soziale Demokratie ist im Alltag gelebte Demokratie für alle, auch für die sozial Schwachen.

In der globalisierten Welt verlangt soziale Demokratie mehr denn je Solidarität und faire Zusammenarbeit. Die Weltgesellschaft und die Weltmärkte bedürfen der Einbettung in politische Verantwortung sowie sozialer und ökologischer Regulation.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet Beiträge zur Sozialen Demokratie

- durch politische Bildung, die ihre Grundwerte stärkt,
- durch die Förderung junger Wissenschaftler, die ihr verpflichtet sind,
- durch öffentliche Dialoge, die ihr politisch die Wege ebnen,
- durch Entwicklungszusammenarbeit, die globaler Gerechtigkeit dient,
- durch Forschung und Politikberatung, die ihre Grundlagen erforschen und vermitteln, und
- durch Brücken internationaler Kooperation, die zum Aufbau weltweiter Demokratie beitragen.

COMMITTED TO SOCIAL DEMOCRACY

Social democracy is based on social human and civil rights and seeks to reinforce them. It broadens and consolidates the basis of political democracy by including social justice, democratisation of society, social security, sustainable development and international solidarity. Social democracy creates the conditions under which all citizens can fully exercise their fundamental human rights, participate fully and unimpeded in society, and contribute to the development of their country. It strives to secure equal opportunities in life and the right to have a say in the affairs of their community for all citizens, both men and women. Social democracy is practised democracy for every individual, including those who are socially vulnerable.

In our globalizing world, social democracy more than ever calls for solidarity and fairness. It is necessary to integrate a sense of political responsibility and social and ecological regulations in the world community and the world markets.

The Friedrich-Ebert-Stiftung contributes to social democracy by means of:

- political education in order to reinforce its fundamental values,
- scholarships for young academics who are committed to it,
- various forms of public dialogue in order to pave the way for it,
- development cooperation aimed at global justice,
- research and political consultancy to study its foundations and to impart it, and
- building bridges of international cooperation for worldwide democracy.



DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG TRAUERT UM IHREN EHRENVORSITZENDEN



Holger Börner bei einer „Falken“-Helferschulung auf dem Dörnberg, 1950
(Foto: Archiv der Arbeiterjugendbewegung)



Holger Börner beim Bau des Kasseler
Polizeiverwaltungsgebäudes, 15.8.1957



Holger Börner, Ministerpräsident des
Landes Hessen 1976-1987

Geprägt von familiärer Verfolgung unter dem Nationalsozialismus wusste er um die Notwendigkeit, für unser Gemeinwesen aufrechte Demokraten heranzuziehen. Politische Bildung im weitesten Sinne auf wissenschaftlicher Grundlage stand daher im Zentrum seiner 15jährigen Tätigkeit als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung von Dezember 1987 bis Januar 2003. Dies galt insbesondere in der Phase des Zerfalls des Ostblocks und der Einigung Deutschlands – nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in der ganzen Welt. Die Ausweitung der Stiftung auch auf die neue Hauptstadt Berlin war Holger Börners Werk. Er hat die Stiftung in seinem langen Wirken entscheidend geprägt.

Sein Wirken zur Durchsetzung der Ideale der Stiftung von Freiheit, sozialer Demokratie und internationaler Zusammenarbeit bleibt unvergessen. Sein politisches Leben gibt Beispiel. Über die Parteigrenzen hinweg fand er Anerkennung und genoss Sympathie und Hochachtung. Tief durchdrungen von den sozialdemokratischen Grundwerten Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit, lag ihm das Los der einfachen Menschen allezeit besonders am Herzen.

HOLGER BÖRNER, MINISTERPRÄSIDENT A.D.
7. FEBRUAR 1931 – 2. AUGUST 2006



Der Ministerpräsident Holger Börner spricht
im hessischen Landtag, 1978
(Foto: Gerhard Weitkamp, Maintal)



Holger Börner, Vorsitzender der Friedrich-
Ebert-Stiftung seit Dezember 1987
(Foto: FES)



Holger Börner im Berliner Neubau der
Friedrich-Ebert-Stiftung
(Foto: Bernd Raschke)

Holger Börner hat, geprägt von seinen sozialdemokratischen Grundüberzeugungen, als Stadtverordneter, 1957 als jüngstes Mitglied des Deutschen Bundestages, als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verkehr, Post und Fernmeldewesen, als Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesgeschäftsführer der SPD an der Seite Willy Brandts, als hessischer Ministerpräsident und als Mitglied des Hessischen Landtags sowie als Landesvorsitzender der Hessen-SPD unserem Land gedient.

Er war Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, des Großkreuzes Erster Klasse der Republik Österreich und anderer ausländischer Auszeichnungen, der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen sowie Ehrenbürger der Stadt Kassel.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

VORWORT DER VORSITZENDEN



Anke Fuchs
Vorsitzende der
Friedrich-Ebert-
Stiftung
*Chairwoman of the
Friedrich-Ebert-
Stiftung*

Wenn ich auf die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Jahr 2006 zurückblicke, gehen meine ersten Gedanken an unseren Ehrenvorsitzenden, den Ministerpräsidenten a.D. Holger Börner, der am 2. August in seiner Heimatstadt Kassel starb. Er war von 1987 bis 2003 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung. Kondolenzschreiben aus aller Welt machten deutlich: Sein Beitrag zur Durchsetzung der Ideale der Stiftung von Freiheit, sozialer Demokratie und internationaler Zusammenarbeit bleibt unvergessen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist stolz darauf, dass Holger Börner ihr Vorsitzender und Ehrenvorsitzender war und bleibt ihm in Dankbarkeit verbunden.

Auch im Jahr 2006 haben die Angebote und Veranstaltungen der FES großes Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern geweckt und wurden sehr gut angenommen. Allein in Deutschland führte die Stiftung rund 3.000 Veranstaltungen durch, auf denen etwa 150.000 Menschen zusammen kamen, um sich informieren zu lassen, sich eine Meinung zu bilden und sich Grundlagen für ihr gesellschaftspolitisches Engagement zu holen. Diese Maßnahmen fanden überwiegend statt im Rahmen unserer politischen Bildungsarbeit. Informationen und Kenntnisse wurden vermittelt, Kompetenzen entwickelt, um eine engagierte und sachverständige Teilhabe am gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozess zu ermöglichen.

Unter unserem Dach trafen sich auch regelmäßige Expertenrunden etwa zu Fragen der Energie- und Verkehrspolitik, des Wohnungsbaus oder der Medienpolitik. Wir organisierten den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verwaltung und Politik zu weiteren zahlreichen Themenfeldern. Nicht zu vergessen sind dabei die Veranstaltungen, auf denen internationale Partner und Gäste der Friedrich-Ebert-Stiftung die Möglichkeit nutzten, ihre Positionen dem deutschen Publikum vorzustellen; unter ihnen der bulgarische Staatspräsident Parvanov, der Präsident der Republik Moldau Voronin oder die chilenische Staatspräsidentin Bachelet.

Ein Beleg für den Erfolg unserer Arbeit sind die Ergebnisse von Umfragen. Über 60% der Befragten kennen die Friedrich-Ebert-Stiftung und wissen, dass sie sich mit politischer Bildungsarbeit beschäftigt. Unter den sogenannten Think-Tanks gehört die FES zu den bekanntesten Einrichtungen und unter den Forschungseinrichtungen, deren Informationsangebote tatsächlich genutzt werden, liegt sie ebenfalls auf einem Spitzenplatz.

Im Jahr 2006 ist die Friedrich-Ebert-Stiftung so häufig wie noch nie in den Medien zitiert worden. Das hatte vorwiegend mit zwei Untersuchungen der Stiftung zu tun, deren Themen ganz vorn auf unserer Agenda stehen, da sie zwei große Herausforderungen unserer Demokratie und unserer Gesellschaft bezeichnen, auf die wir uns seit langem in der politischen Bildungsarbeit, in Studien und Diskussionsforen konzentrieren.

PREFACE OF THE CHAIRWOMAN

When I look back at the last year and the work of the Friedrich-Ebert-Stiftung, my thoughts turn first to our Honorary Chairman, Holger Börner, the former Minister President of Hessen, who died on 2 August in his home town, Kassel. From 1987 to 2003 he was the Chairman of the Friedrich-Ebert-Stiftung. Condolence letters from the whole world reveal clearly that his contribution to the ideals of this foundation: freedom, social democracy and international cooperation, remains unforgettable. The Friedrich Ebert Stiftung is proud to have had Holger Börner as its Chairman and its Honorary Chairman and will cherish his memory.

In 2006, as in the years before, the programme, events and meetings of the FES sparked the interest of our citizens and were well attended and received. In Germany alone the Friedrich-Ebert-Stiftung organised around 3,000 events and meetings, which were attended by approximately 150,000 people. These people came to form their opinions, to inform themselves about important developments in order to strengthen the foundation of their social and political work. These events and meetings were carried out largely within the framework of our political education. Information and knowledge was conveyed, expertise and competence was developed in order to enable our citizens to be better able to participate in important discussions and decision-making processes.

Groups of experts met regularly under our roof to discuss questions like energy and transportation policy, city planning and development or media policy. We organised an exchange of ideas between scientists, businessmen, journalists, civil servants and politicians on a vast number of topics. Nor should one forget all of the numerous events during which international partners and guests of the Friedrich-Ebert-Stiftung were given the opportunity to present their positions to the German public: among these were the Bulgarian President Georgi Parvanov, the President of the Moldavian Republic, Vladimir Voronin, or the President of Chile, Michelle Bachelet.



Langjährige Verbundenheit mit der FES: Den Vizekanzler und Bundesarbeitsminister Franz Müntefering kann die FES-Vorsitzende Anke Fuchs häufig zu Veranstaltungen im Berliner Konferenzzentrum begrüßen (Foto: Zensen)

Die erste Herausforderung liegt in der zunehmenden Distanz von Bürgerinnen und Bürgern zu unserer Demokratie und zum Parteiensystem. Diese zunehmende Politikferne steht offensichtlich in einem Zusammenhang mit unübersehbaren Tendenzen sozialer Isolierung. Für viele Menschen sind Zukunftschancen nicht mehr erkennbar. Unsere Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ löste im Oktober des vergangenen Jahres eine heftige bundesweite Diskussion aus. Der Bundestag beschäftigte sich in einer Debatte mit den Ergebnissen dieser Studie. Mit dieser Untersuchung hoffen wir, eine nachhaltige Auseinandersetzung zu einem besorgniserregenden gesellschaftlichen Krisenphänomen anzustoßen.



Privataudienz bei Spaniens König Juan Carlos: die FES-Vorsitzende Anke Fuchs, der langjährige FES-Vertreter Dieter Koniecki und dessen Nachfolger Alexander Kallweit (Foto: Borja Fotografos)

Eine Untersuchung zu rechtsextremen Einstellungen und ihren Einflussfaktoren stieß ebenfalls auf erhebliche Resonanz in der Öffentlichkeit. Diese Untersuchung wurde fast 200.000 mal von der FES-Website heruntergeladen. Die bedrückende These der Studie, dass der Rechtsextremismus „vom Rand zur Mitte“ der Gesellschaft vorgerückt sei, hat die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Die Stiftung kann hier freilich auf eine jahrelange breite und umfassende Praxis ihrer politischen Bildungsarbeit verweisen, die nicht erst jetzt diese Herausforderungen erkannt und angenommen hat.

Die Stiftung hat aber auch neue Wege beschritten, um gesellschaftliches Handeln im Sinne friedlicher demokratischer und respektvoller Gemeinsamkeit zu begleiten.

Ein Beispiel hierfür ist das Projekt „Fans for Football“, das wir im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 etabliert haben. Politische Bildung findet selten in Fußballarenen oder den berüchtigten „Nordkurven“ statt. Vor dem Hintergrund unseres Auftrages, die internationale Verständigung, aber auch das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, haben wir uns gefragt, was können wir tun, um das Motto der Fußball-WM: „Die Welt zu Gast bei Freunden“ mit Leben zu füllen. Schwerpunkt dieses Projekts war die gezielte Förderung und internationale Vernetzung ehrenamtlicher Faninitiativen und Fanbetreuer, denen eine friedliche und weltoffene Fußball-WM ein Anliegen war. Auch dieses Projekt stieß auf große Resonanz und hat vielleicht dazu beitragen können, dass die Fußball-WM in Deutschland so ausgesprochen friedlich verlaufen ist.

Recent polls have produced further evidence of the success of our work. Over 60% of those polled are acquainted with the Friedrich-Ebert-Stiftung and know that it is involved in political education. Among the so-called “think tanks,” the FES is one of the best known institutions. Among those research institutions whose research and policy suggestions are actually used, the FES is likewise at the very top of the list.

In 2006 the FES was mentioned in the press even more often than in previous years. This was largely because of two studies conducted by the Friedrich-Ebert-Stiftung. The topics of these studies are at the very centre of our agenda because they designate and refer to two of the greatest challenges faced by our democracy and our society. We have concentrated on these two topics already for a long time in our political education work, in studies and in discussion forums.

The first challenge is the increasing alienation of our citizens from our democracy and our political parties. This increasing alienation needs to be analysed in the context of tendencies toward social isolation which can not be overseen. Many people no longer believe that their future will develop positively. Last October, our study, “A Society undergoing Reforms,” sparked off a vehement nation-wide debate; even the German parliament debated the results of this study. With this study we hope to have initiated a sustained discussion of a social crisis which gives cause for worry.

Considerable public attention was also given to an investigation of extreme right-wing political attitudes and of the factors which influence them. This study was downloaded almost 200,000 times from the FES-website. The depressing thesis of this study, that the extreme right has moved from the periphery to the centre of our society, scared and startled the public. Of course, the Friedrich-Ebert-Stiftung has not just recently recognised and attempted to respond to this challenge but has tackled this topic for many years in its political education work, with broad and comprehensive practical programs.

The Friedrich-Ebert-Stiftung has also broken new ground in order to support social action which works toward finding a peaceful, democratic and respectful common ground.



Große Abschlussveranstaltung des WM-Projekts „Fans for Football“: Mit DFB-Präsident Theo Zwanziger, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Anke Fuchs und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck (Foto: Liebe)

Die internationale Arbeit der Stiftung erstreckt sich auf über 100 Länder. Wir sind weltweit daran beteiligt, zivilgesellschaftliche Strukturen und Organisationen zu stärken, demokratische Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse zu fördern, Konfliktpotentiale zu reduzieren und ein solidarisches und gleichberechtigtes Miteinander zu ermöglichen. Zur Entwicklungszusammenarbeit in den Ländern des Südens ist inzwischen immer mehr die Kooperation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion gekommen. Unsere Dialog- und Beratungsarbeit, die auf gute Nachbarschaft in Europa und auf eine Vertiefung der transatlantischen Beziehungen zielt, ergänzt diese Kooperation.



Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva würdigte beim Besuch von Anke Fuchs in seinem Arbeitssitz „Palácio do Planalto“ die fast 30 Jahre währende Präsenz der FES in Brasilien und bedankte sich für die geleistete Arbeit

Mit unseren Partnern, vor allen mit den Gewerkschaften, treten wir dafür ein, dass weltweit Regeln gesetzt werden und Normen respektiert werden, die die Globalisierung sozial regulieren helfen. Unverzichtbare Grundlage hierfür ist die Wahrung und aktive Verteidigung der Menschenrechte. Der von der Stiftung jährlich vergebene Menschenrechtspreis steht für das Leitmotiv „Demokratie fördern – Zivilgesellschaft stärken“ unserer internationalen Arbeit. Der Menschenrechtspreis 2006 ging an den thailändischen Gewerkschaftsführer und Menschenrechtskämpfer Somsak Kosaisook.

Die Erfahrung sämtlicher Arbeitsbereiche der Stiftung, ihre hervorragende Vernetzung mit maßgeblichen Gruppen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Medien sind ein in vielen Jahren erworbenes Kapital, das wir nutzen, um unseren Auftrag als „Dienstleister der sozialen Demokratie“ auch in den kommenden Jahren engagiert und kompetent zu erfüllen.

Das kooperative und von wechselseitigem Vertrauen bestimmte Verhältnis von Vorstand, Mitgliedern der Stiftung, des Kuratoriums sowie der Belegschaft wird uns auch in Zukunft helfen, unsere Aufgaben erfolgreich anzugehen.

An example of this is the project, "Fans for Football," which we initiated in conjunction with the World Cup in 2006. It is seldom that political education takes place in football stadiums, especially in the notorious fan crowd sections. Yet we asked ourselves, given our task of promoting international understanding as well as promoting the voluntary engagement of our citizens, what we could do to give life to the motto of the World Cup, "A Time to Make Friends." The focal point of this project was the systematic promotion and creation of an international network of voluntary fan initiatives for fans and fan organisers interested in a peaceful and cosmopolitan World Cup experience. This project, too, was responded to very positively and perhaps even made its own small contribution to the fact that the World Cup in Germany was such a peaceful, enjoyable event.

The Friedrich-Ebert-Stiftung is active in over one hundred countries. Throughout the world we work to strengthen the structures and organisations of civil society, to promote democratic participation and decision making, to reduce the potential for conflicts and to promote cooperation on the basis of solidarity and equal rights. Whereas previously our work in development cooperation focused on countries in the southern hemisphere, in recent years this work has been increasingly accompanied by our cooperation with the countries of Middle and Eastern Europe or of the former Soviet Union. Our dialogue and consulting service aims to reinforce our policy of being good neighbours in Europe as well as to enrich and to deepen the transatlantic relationship.

With our partners, above all with the trade unions, we argue that throughout the world regulations and norms need to be respected so that globalisation develops compassionately. The basic foundation for such a development is the preservation and active defence of human rights. The human rights prize, which the Friedrich-Ebert-Stiftung awards yearly, reflects the guiding idea of our international work, "promoting democracy – strengthening civil society." In 2006 the human rights prize was awarded to the trade union leader and human rights activist from Thailand, Somsak Kosaisook.

The broad experience of all of the divisions of the Friedrich-Ebert-Stiftung, their superb contacts with leading figures in politics, business, academia, science, public administration and the media are assets which we have acquired over many years and which we use and will continue to use in coming years to fulfil our task competently as an "Organisation working in the service of Social Democracy."

The relationship between the board of directors, members of the Friedrich-Ebert-Stiftung, the board of trustees and the employees, which is characterised by mutual trust, will help us in the future to continue to tackle our tasks successfully.

BERICHT DES GESCHÄFTSFÜHRERS



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-
Stiftung
*Secretary General of
the Friedrich-Ebert-
Stiftung*

Als „Ideenwerkstatt der Sozialen Demokratie“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung auch im Jahr 2006 ihre Programme, Arbeitsmethoden und Strukturen kontinuierlich den Veränderungen in der Gesellschaft und den neuen globalen Herausforderungen angepasst. Werteorientiert und pragmatisch wollen wir Reformprozesse mit anstoßen und begleiten. In Hunderten von Projekten und Einzelmaßnahmen haben wir diese Ziele in Deutschland und weltweit konkretisiert. Gerade im vergangenen Jahr haben wir beweisen können, dass wir Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik kompetent zu analysieren verstehen und versuchen, die Veränderungen dieser Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten.

In der globalisierten Welt verlangt soziale Demokratie mehr denn je Solidarität und faire Zusammenarbeit. Die Weltgesellschaft und die Weltmärkte bedürfen der Einbettung in politische Verantwortung sowie soziale und ökologische Regulation. In diesem Verständnis leisten wir Beiträge zur sozialen Demokratie durch *politische Bildung*, die ihre Grundwerte stärkt, die *Förderung junger Wissenschaftler*, die ihr verpflichtet sind, *öffentliche Dialoge*, *Entwicklungszusammenarbeit*, die globaler Gerechtigkeit dient, *Forschung und Politikberatung*, die ihre auch geschichtlichen Grundlagen erforschen und vermitteln, sowie durch *Brücken internationaler Kooperation*, die zum Aufbau weltweiter Demokratie beitragen.

Wie in den Jahren zuvor haben wir auch für 2006 auf dieser Grundlage zentrale Themenfelder definiert, denen für unsere Arbeit besondere Bedeutung zukommt. Damit sind Leitbegriffe für Praxisbereiche beschrieben, die unserer weltweiten Arbeit Orientierung geben.

Das wichtige Themenfeld der FES-Arbeit *„Gerechte Gesellschaft und Sozialer Zusammenhalt“* ist eine fundamentale Zielvorstellung der sozialen Demokratie. Die Auswirkungen der Reformpolitik der letzten Jahre berühren in besonderem Maße die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, etwa in der Erwerbsarbeit der Gesellschaft oder dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit. Eine gerechte Gesellschaft bleibt dabei das Leitbild, für das die Bürgerinnen und Bürger sich einzusetzen bereit sind und das sie von der Politik einfordern. Die von der Regierung Gerhard Schröder eingeleiteten Strukturreformen waren und sind für uns Schwerpunktthemen: In vielen Dutzend Veranstaltungen wurden die Reformen mit Experten, mit Politikern und Vertretern aller betroffenen Bevölkerungsgruppen erläutert, analysiert und diskutiert.

Das Schwerpunktthema *„Demokratische Kultur, Gesellschaft und moderner Staat“* benennt fundamentale Felder für die Zukunft unseres Gemeinwesens. Hierbei geht es auch um die Grundwerte der sozialen Demokratie. Von unseren Foren und Debatten – genannt sei hier das „Grundwerteforum 21“ oder das „Forum soziale Demokratie“, aber auch unsere Zeitschrift *„Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“* – gehen entscheidende Impulse aus. Ein wichtiges Element dieser Grundwertedebatte betrifft dabei auch die Stärkung der Bürgergesellschaft. Die Spielregeln der Bürgergesellschaft – Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Eigenverantwortung, Vertrauen und solidarische

REPORT OF THE SECRETARY GENERAL

In 2006 the Friedrich-Ebert-Stiftung, the "Workshop of Ideas for Social Democracy," continually revised its programme, methods of operation, and its structures to keep up with changes and developments in our society and challenges throughout the world. Grounded in our values, yet at the same time pragmatic, we aim to initiate and see through political and social reforms. Last year we put this philosophy into practice in hundreds of projects and individual measures both in Germany and throughout the world. We were able to show again both that we can understand and analyse social, economic, cultural and political developments competently and effectively and that we are active participants in shaping the changes to our society's general framework.

In a globalised world, Social Democracy, more than ever, calls for solidarity, fairness and cooperation. The global community and the world markets need to be embedded into political responsibility and social and ecological regulation. Using this understanding as our foundation, we contribute to Social Democracy by supporting *political education* which strengthens the basic values of our society, by *promoting the studies of young scientists and academics* who are committed to *public dialogue and to development cooperation* in the service of global justice, by *conducting research* and offering informed, scientific *policy advice*, including research into the historical roots, and by building *bridges in international cooperation*, thus contributing to the building up of democracy worldwide.



In 2006, as in the years before, within the framework of these basic values, we set forth central topics which had a special importance for our work. These marked out the central themes for those fields where we were active; they gave an orientation to our work worldwide.

One important theme of the FES's work, "*A Fair, Just and Caring Society*," is a fundamental objective of Social Democracy. The consequences of the reform policies of the last few years have affected our understanding of questions of social justice, for example, in the workplace or in how to achieve justice between the generations. Our basic model remains a just society, which citizens are prepared to be committed to and to speak out for and which they demand from our politicians. The structural reforms which were begun under the government of

Häufiger Gast bei Veranstaltungen der FES: Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck; hier mit dem geschäftsführenden FES-Vorstandsmitglied Dr. Roland Schmidt (Foto: Schicke)



Rechtspolitische Tagung aus Anlass des 80. Geburtstages von Hans-Jochen Vogel: Zu den Gratulanten zählten Anke Fuchs, Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und Roland Schmidt (Foto: Liebe)

Unterstützung – sind Wegmarken für jede Reformpolitik. Wir bieten auch hier eine Fülle von Programmen, die die Bürgerinnen und Bürger befähigen, sich aktiv für das Gemeinwohl zu engagieren und Politik kompetent mitzugestalten.

Das ist letztlich auch eine wichtige Voraussetzung für eine harmonische Entwicklung in unseren Städten und Gemeinden bei der Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Wir fördern deshalb intensiv den interkulturellen Dialog und wirken so mit gegen Gefahren der Abschottung ethnischer, religiöser oder kultureller Gemeinschaften, die zu Ghettos oder Parallelgesellschaften führen können.

Unsere politische Bildungsarbeit ist insgesamt grundsätzlich Bildung für Demokratie. Gegen antidemokratische, insbesondere rechtsextremistische Einstellungs- und Politikpotenziale setzen wir dauerhafte Angebote zur Qualifizierung für ein demokratisches Engagement. Zusätzlich zu unserem ohnehin seit Jahren breiten Angebot haben wir ein Sonderprojekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ eingerichtet, das auch den Blick für den internationalen Kontext schärft, z.B. in der Studie „Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik“.

„Zukunftssicherung durch Innovation und Teilhabe“ ist ein weiteres großes Themenfeld.

Bildungsfragen, von der Vorschule über die Schule und Hochschule bis hin zu den Perspektiven des lebenslangen Lernens wurden von uns aufgegriffen. Wichtige Gutachten, etwa zur Bildungsfinanzierung oder zu Studiengebühren konnten die öffentliche Diskussion mitgestalten. Zahlreiche Foren – z.B. zur Ganztagschule – arbeiteten nicht nur die pädagogischen Aspekte, sondern auch die gesellschafts- und familienpolitischen Hintergründe heraus. Denn Bildungspolitik, das wurde bei all unseren Veranstaltungen deutlich, muss stets die Frage der Chancengleichheit im Blick haben. Das Erreichen von Bildungsabschlüssen darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen.

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung ist dies natürlich eine besonders wichtige Herausforderung, ist doch die Studienförderung traditionell eine Kernaufgabe der Stiftung. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in seiner akademischen Ausbildung

Gerhard Schröder have always been one of our most important topics. In a large number of events and meetings we explained, analysed and discussed these reforms with experts, politicians and representatives from all the sections of the population affected by these reforms.

The central theme, *“Democratic Culture, Democratic Society and a Modern State,”* describes fundamental issues for the future of our community. Here, too, it is the basic values of Social Democracy which we are discussing. Our forums and public debates – to name just two here: the “Grundwerteforum 21” or the “Forum for Social Democracy” – as well as our magazine, *“Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte”* – have given this discussion vital momentum. One important element of this discussion concerns the strengthening of civil society. The basic rules of civil society – organising and taking responsibility for one’s own actions, volunteering, developing trust and showing solidarity and support – these are landmarks for every reform policy. We offered here, too, a broad variety of programs which aimed to empower our citizens so that they could become more actively engaged for the common good and more competent in their efforts to shape policy.

In the final analysis this is also a basic precondition for the harmonic development of the immigration and integration policy of our cities and communities. We are therefore intensely promoting intercultural dialogue and are active in working against the dangerous tendency toward the development of ghettos or of parallel societies through the sealing-off of ethnic, religious or cultural communities.

Our work in the field of political education is, taken as whole, fundamentally education for democracy. We offer a year-round set of programmes for those interested in developing their qualifications to engage in a democratic debate against anti-democratic, especially extreme right-wing political attitudes. Alongside the programs that we have offered for years we have also set up a special project, *“Debating with Political Right-Wing Extremism,”* which raises people’s awareness for the international context, for example, in the study, *“Right-Wing Extremism, the Social Question and the Criticism of Globalisation.”*

“Securing the Future Through Innovation and Participation” is another important theme of our work.



Betrachtungen zur Außenpolitik nach der Wende: der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck zu Gast in Chemnitz (Foto: Hennig)

und seinem gesellschaftspolitischen Engagement betrifft aktuell über 1.700 Studierende. Wir sind stolz darauf, dass etwa 90 % unserer bislang insgesamt über 15.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit einem Prädikatsexamen abschließen konnten.

„Globalisierung solidarisch gestalten“ ist ein Leitmotiv unserer Auslandsarbeit. Globalisierung, also die zunehmende internationale Verflechtung von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen, bedeutet: Armut und Unterentwicklung

von zwei Dritteln der Weltbevölkerung müssen als Krisenpotenzial der internationalen wirtschaftlichen und politischen Ordnung wahrgenommen werden. Die gestiegene Verantwortung Deutschlands in Europa und der Welt verpflichtet uns dazu, Gerechtigkeit durch solidarische Gestaltung des Globalisierungsprozesses erfahrbar zu machen. Das gilt auch für zahlreiche Projekte z.B. der Friedenssicherung oder der Konfliktvorbeugung, mit denen wir internationale Netzwerke herausbilden.

Unser besonderes Anliegen war es dabei auch im vergangenen Jahr, Aspekte der Globalisierung mit unserer gesellschaftspolitischen Arbeit im Inland zu verbinden.



Sozialpolitische Konferenz in Berlin: Teilnehmer/innen u.a. der ehemalige Bundesarbeitsminister Walter Riester, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Angelica Schwall-Düren, der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Anke Fuchs und Dr. Roland Schmidt (Foto: Zensen)

Auf der anderen Seite interessiert uns bei unserer Arbeit im Ausland auch, welche Erfahrungen und Konzepte andere Länder anzubieten haben und wo Kooperationen sinnvoll sein könnten. Dies gilt u.a. für Fragen der Generationengerechtigkeit, der sozialen Sicherungssysteme oder ökologischer, friedens- und energiepolitischen Themenstellungen bis hin zu denen der Bildungs- oder Familienpolitik. In diesem Zusammenhang steht die Einrichtung des kürzlich in Schweden eröffneten Stiftungsbüros. Skandinavien ist immer ein wichtiger Referenzpunkt in der Gestaltung von Politik auf einer sozialen demokratischen Wertegrundlage gewesen.

Weltweites Engagement, die Entwicklung und Festigung der Demokratie und der internationalen Verständigung auf dem Wertefundament der sozialen Demokratie bleiben für unsere Arbeit von höchster Aktualität und werden sie auch in Zukunft bestimmen.

www.fes.de

Education issues, from pre-school to elementary school to the university up through the perspective of life-long learning were taken up by us. We were able to participate in influencing the public discussion with important expert opinions, for example, on the financing of education or on university tuition fees. Numerous forums – for example, on all-day schools – shed light not only on pedagogical aspects, but also on the social background to these aspects, for example, in family policy. Education policy, this became clear in all our meetings and events, must always be conducted with an awareness of the importance of equal opportunity and equal access to education. We must not allow the level of educational degree achieved to depend solely on one's social background.

This is naturally an especially important challenge for the Friedrich-Ebert-Stiftung, for our scholarship program has traditionally been one of our central tasks. We presently assist over 1,700 students and young scientists in their academic education and in their social and political engagement. We are especially proud that approximately 90% of the over 15,000 people whom we have assisted with a scholarship over the years passed their final examinations with a mark of "distinction."

"Shaping Globalization in a Spirit of Solidarity" is the guiding theme of our work abroad. Globalisation, that is, the ever increasing international interdependence of economic, political and social developments, means that the poverty and underdevelopment of two-thirds of the world's population has to be perceived as endangering the world's economic and political order, as a potential crisis. Germany's increased responsibility in Europe and the world means that we have an obligation to make tangible the idea of justice by shaping globalization in a spirit of solidarity. This is true as well for the numerous projects where we are working to develop international networks, for example, in peacekeeping or in our efforts to prevent conflicts from arising.

One of our central concerns this last year, as in years before, was to integrate our international work on aspects of globalization with our social and political work in Germany.

On top of this, in our international work we were also interested in examining the experiences and the concepts of other countries, finding out what they have to offer and where we can profit from cooperation, especially in regard to questions like justice between the generations, social welfare systems or issues of ecological, peace, energy, education and family policy. In this context, it is significant that the Friedrich-Ebert-Stiftung recently opened an office in Sweden. Scandinavia has always been an important reference point for policy discussions within the context of Social Democratic values.

To be engaged and active throughout the whole world, to work to develop, strengthen and stabilise democracy and international understanding on the basis of our fundamental values – these fundamental tasks of Social Democracy remain timely and will continue to define our work in the future.

VERANTWORTUNG PARTNERSCHAFTLICH TEILEN

Bürgergesellschaft als Leitbild für ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft

Erfolgreiche Reformpolitik braucht ein gesellschaftspolitisches Leitbild. Solange finanzielle Gesichtspunkte die Diskussion beherrschen, wird es den notwendigen Reformen sowohl an Qualität als auch an Akzeptanz mangeln. Als Orientierung für eine reformpolitische Agenda bietet sich das Leitbild Bürgergesellschaft an.

Stärkung der Bürgergesellschaft als Reformperspektive bedeutet, dass die Spielregeln der Bürgergesellschaft – Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Eigenverantwortung, Vertrauen und gegenseitige Unterstützung – für alle gesellschaftlichen Lebensbereiche normative Kraft gewinnen. Sie erfordert Unternehmen, die sich dem Gemeinwesen gegenüber verantwortlich verhalten. Sie erfordert einen Staat, der bürgerschaftliches Engagement nicht durch bürokratische Auflagen hemmt, sondern schützt und ermöglicht. Und sie erfordert bürgerschaftliche Organisationen, die optimale Mitbestimmungsmöglichkeiten bieten.



Es geht um ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft, das nicht in Kategorien staatlicher Planung und Steuerung definiert wird, sondern im Sinne einer neuen, kooperativen und partnerschaftlichen Verantwortungsteilung. Daher stellt die Öffnung der staatlichen Institutionen und Entscheidungsprozesse für bürgerschaftliche Mitwirkung eine der wichtigsten Aufgaben in Bund, Ländern und Kommunen dar.

Die Gestaltung von engagementfreundlichen Rahmenbedingungen darf nicht allein darauf gerichtet sein, die individuelle Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Wichtiger noch ist eine Perspektive, die verbesserte Beteiligungschancen bei der Gestaltung und Entwicklung des Gemeinwesens schafft.

Die Kommunen sind die Kristallisationspunkte von aktiver Bürgergesellschaft und lebendiger Demokratie, in denen die neue Verantwortungsteilung zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern konkret werden kann.

Auch die Unternehmen sind aufgerufen, ihre Verantwortung für Gemeinwohl und Gemeinwesen wahrzunehmen. Es ist zu wünschen, dass die deutsche Wirtschaft den Anschluss an die internationalen Entwicklungen des „Corporate Citizenship“ findet.

Die Modernisierung des Sozialstaats ist ein exemplarischer Anwendungsfall für die neue Verantwortungsteilung zwischen Bürgergesellschaft und Aktivierendem Staat. Die Zukunftsfrage sollte nicht lauten, ob bzw. wie viel Sozialstaat wir uns noch leisten können oder wollen, sondern wer die notwendigen Sozialleistungen künftig erbringt: der Staat, der Markt oder Netzwerke bürgerschaftlicher, gegenseitiger Hilfe.

Bürgersinn und Leistungsorientierung sind keine Gegensätze. Im Gegenteil: Empirische Studien belegen, dass Leistungs- und Engagementbereitschaft miteinander einhergehen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung will mit dem Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ einen Beitrag leisten zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und zu den praktischen Reformen der Modernisierung des „aktivierenden Staates“ andererseits. In diesem Forum werden diese beiden Themen- und Politikfelder konzeptionell und programmatisch zusammengedacht und weiterentwickelt. Es geht dabei darum, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als Impulsgeber für die Reformdebatte.

Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen. Die Mitglieder des Arbeitskreises spiegeln den interdisziplinären Arbeitsansatz wider: Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissen-

schaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen stellen ihre Erfahrungen zur Verfügung. Daneben werden Einladungen an einen themenspezifischen Adressatenkreis ausgesprochen. In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die bürgerschaftlichem Engagement sowie den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder. Der Arbeitskreis wird geleitet von Dr. Michael Bürsch, MdB, Vorsitzender der Enquetekommission und in der laufenden Legislaturperiode Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“.

DEUTSCHLAND KANN SICH AUSGRENZUNG NICHT LEISTEN

Einwanderer sind Bestandteil der Bevölkerung

Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einem rasanten sozialen Wandel. Langfristige Lebensentwürfe können immer seltener verwirklicht werden. Die Chancen, individuell erfolgreich zu sein, variieren sehr stark nach sozialer Herkunft. Gleichzeitig ist die Gesellschaft zunehmend durch kulturelle Vielfalt geprägt. Zu- und Einwanderer sind Teil dieses sozialen Wandels. Etwa jeder fünfte Einwohner Deutschlands hat eine

des Landes maßgeblich prägen. Lange wurde diese Tatsache ignoriert und veräußt, ein Selbstverständnis als Einwanderungsland zu entwickeln. Erst langsam setzt sich in Politik und Gesellschaft die Erkenntnis durch, dass die Einwanderer zu einem integralen Bestandteil der Bevölkerung Deutschlands geworden sind. Die Grenzziehung „wir“ und „die“ verliert an Bedeutung.

So hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung unter anderem in ihrem Gesprächskreis Migration und Integration zum Ziel ge-



Zuwanderungsgeschichte, weil er selbst oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist. Zu- und Abwanderungen werden auch die Zukunft

setzt, die gleichberechtigte Teilhabe von Einwanderern am politischen, sozialen und kulturellen Leben zu fördern. Die Gesellschaft kann und darf es sich nicht leisten, einen großen Teil der Bevölkerung dauerhaft auszugrenzen und zu be-

nachteiligen. Nach wie vor bestimmen Bildung und Qualifikation, berufliche Position und Einkommen sowie Wohnlage maßgeblich die persönlichen Lebenschancen der Menschen. Der Beseitigung vorhandener Benachteiligungen und Diskriminierungen von Einwanderern, z.B. in der Schule, im Betrieb und beim Wohnen, müssen verstärkte Anstrengungen gewidmet werden.

Dies setzt zum einen politische Konzepte voraus, die die besondere Situation von Zuwanderern berücksichtigen. Zum anderen müssen die Bereitschaft und Motivation der Einwanderer gestärkt werden, einen aktiven Beitrag zur Integration zu leisten. Eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist eine von allen beherrschte Verkehrssprache. Nur durch Kommunikation sind Konflikte zu lösen und gemeinsame Werte zu entwickeln. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung, um in Schule und Beruf erfolgreich zu sein.

Die Zuwanderungs- und Integrationspolitik ist in den letzten Jahren neu gestaltet worden. Der Gesprächskreis Migration und Integration begleitet diesen Prozess und beschäftigt sich z.B. mit den Fragen, wie Integrationskurse zur Sprach-

vermittlung optimiert werden und sich Schulen und Betriebe auf die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung einstellen können.

Außerdem werden Analysen zu den Auswirkungen des sozialen Wandels auf Migrantinnen und Migranten erstellt. Zu- und Einwanderer arbeiten besonders häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen, auf ungesicherten, unterbezahlten Arbeitsplätzen. Auch die Krise des Ausbildungssystems wirkt sich vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund aus. Einerseits verringern Bildungsdefizite die Chancen auf den Einstieg ins Erwerbsleben, aber selbst diejenigen mit vergleichbaren Qualifikationen wie ihre Altersgenossen erhalten seltener einen Ausbildungsplatz. Und schließlich wurde analysiert, weshalb sich in Großstädten Arme, Alte, Ausländer und Arbeitslose in bestimmten Stadtteilen konzentrieren. In diesen Quartieren nehmen soziale Konflikte zu und soziale Abwärtsspiralen setzen ein. Dort aufwachsende Kinder leiden bereits bei der Einschulung häufiger unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen als Kinder

aus wohlhabenderen Gebieten. Ihre Chancen, weiterführende Schulen zu besuchen, sind gering.

Diese sozialen Schieflagen stellen eine Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft dar. Lebenschancen und Lebensqualität dürfen nicht von sozialer und ethnischer Herkunft abhängen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung sucht mit ihrem Gesprächskreis Migration und Integration nach Wegen und Konzepten, die Chancengleichheit für Einwanderer und ihre Familien zu verwirklichen.

KOMMUNEN ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN



KommunalAkademie stärkt ehrenamtliches Engagement

Über 200.000 ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind in den Räten der 12.241 Städte und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland tätig, um den sozialen Zusammenhalt der Bürgerschaft zu gewährleisten und die Kommunen zukunftsfähig zu machen. Hierfür braucht es nicht nur guten Willen, sondern auch Qualifikation und kreative Ideen.

Die KommunalAkademie ist das Qualifizierungs- und Dialogangebot der Friedrich-Ebert-Stiftung für die lokale Politik und das bürgerschaftliche Engagement in der Kommune. Durch die Vermittlung von Fachwissen und methodischer Kompetenz wird die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Akteure gestärkt. Auch der praxisorientierte Erfahrungsaustausch fördert den kommunalpolitischen Sachverstand. Das Modell der Bürgergesellschaft und des aktivierenden Staates wird auf die Städte und Gemeinden übertragen und Aktivitäten daraus steigern das selbstbewusste und eigenverantwortliche Handeln im Wohnumfeld.

Das kommunalpolitische Internet-Portal www.fes-kommunalakademie.de bietet einen Überblick über die Seminarangebote. Nach Ländern und Regionen geordnet findet der Suchende hier den ersten Zugang zu den Veranstaltungen. Das Kommunalportal bietet jedoch wesentlich mehr. Die fachlich orientierten Nutzer erhalten über die Suchfunktion den schnellen Zugang zu Informationen sowie weiterführende Links. Zwanzig Themenbereiche mit über sechzig Rubriken bietet die Schriftenreihe „Wegbeschreibungen für die kommunale Praxis“.

In inzwischen fünf regionalen KommunalAkademien werden Nachwuchskräfte gefördert. Ausbildungsgänge von jeweils drei Modulen bieten jungen Leuten fachlichen und methodischen Zugang zur Kommunalpolitik. Den jährlichen Höhepunkt bildet die Kommunalpolitische Sommerakademie in Bonn.

DEUTSCHLAND BRAUCHT AUCH SOZIALE INNOVATIONEN

Vergleiche internationaler Erfahrungen als Grundlage für Problemlösungen

Innovation gilt als Königsweg, um die Herausforderungen des globalen Wandels zu bewältigen. Wenn viele traditionelle Güter, die nur geringe Qualifikationen und relativ wenig Kapital erfordern, günstiger in ärmeren Ländern produziert werden können, müssen sich reichere Länder wie Deutschland auf innovative Produkte und Verfahren spezialisieren. Aber der Wandel braucht nicht nur die neuen Technologien wie Informations-, Solar- oder Biotechnologie. Deutschland braucht auch soziale Innovationen. Wie bei technologischen Neuerungen ist es dabei ratsam zu vergleichen, wie andere Länder bestimmte Probleme gelöst haben. Über den Erfolg jeglicher Innovation entscheidet aber letztlich die gelungene Anpassung an die spezifische Problemlage in Deutschland, die auf genauer Analyse, der Einbeziehung aller betroffenen Gruppen und der Berücksichtigung der eigenen Stärken und Schwächen aufbaut. Dieser Herausforderung stellt sich die FES aktiv in zahlreichen Dialogveranstaltungen und Projekten ihrer nationalen wie auch internationalen Forschungs- und Beratungstätigkeit.

Zum Beispiel gibt es das Problem der Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten. Wie können sie wieder in das Berufsleben integriert werden? Die Reformen der Agenda 2010 (Hartz IV etc.) setzten stark darauf, die Anreize für Arbeitslose zu verstärken, einen neuen Job zu übernehmen, indem Leistungen begrenzt werden. Den besten Anreiz würde eine gute Entlohnung darstellen, die aber kaum ein Arbeitgeber dieser Bewerbergruppe bieten will oder kann. Eine Lösung, mit der auch schon vielfältig experimentiert wird, sind Kombilöhne, bei denen der Lohn seitens des Unternehmens durch Zuzahlungen oder Minderforderungen seitens des Staates und der Sozialversicherungen ergänzt wird. Die in Deutschland schon praktizierten Ansätze umfassen – wie eine FES-Studie („Kombilöhne in Deutschland – neue Wege, alte Pfade, Irrweg?“) zeigt – eine Fülle regionaler Versuche in Rheinland-Pfalz, Köln, Kassel, Hessen, Duisburg, Baden-Württemberg und Hamburg sowie das bundesweite „Mainzer Modell“. Während diese Ansätze nur wenige Personen erreichten, nutzen zahlenmäßig viel bedeutendere Gruppen Modelle, die zwar formal nicht als Kombilohn gelten, aber de facto eine ähnliche Wirkung haben wie z.B. Ergänzendes Arbeitslosengeld, Zuverdienstmöglichkeiten, Mini- und

INNOVATION

Midijobs, Einstiegsgeld oder Kinderzuschläge. Andere Länder sind da weiter: Die USA, Großbritannien und Frankreich bieten mit dem „Earned Income Tax Credit“ (USA), dem „Working Tax Credit“ (UK) oder der „Prime pour l'Emploi“ flächendeckende Systeme auch auf Steuerbasis an.

Innovationen haben auch unbeabsichtigte Nebenwirkungen, die innovative Korrekturen erfordern. Unternehmer kommen angesichts von Kombilohnmodellen in Versuchung, die eigenen Löhne zu senken oder höher bezahlte Arbeitskräfte durch billigere „Kombilöhner“ zu ersetzen. Das kann eine eigentlich effiziente Politik in ihr Gegenteil verkehren. Bezeichnenderweise haben daher auch alle drei genannten Länder Mindestlohnregelungen, die dieser Möglichkeit Grenzen setzen. Wären Mindestlöhne auch für Deutschland zu empfehlen? Einerseits gibt es schon branchenweise Regelungen, die tarifliche Vereinbarungen bindend erklären. Andererseits ist da, wo die Gewerkschaften stark genug sind, einen Flächentarifvertrag durchzusetzen, eine staatliche Regelung vielleicht überflüssig. Eine FES-Studie („Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland?“) hat schon einmal durchgerechnet, welche Kosten und Effekte eine solche innovative Einkommenspolitik hätte.



Menschen mit Migrationshintergrund sind ein Teil der Bevölkerung, der oft besonders schlecht in den Arbeitsmarkt integriert ist. Gleichzeitig erhoffen sich viele von den geburtenstarken Zuwandern einen positiven Einfluss auf die immer ungünstigere Alterspyramide der deutschen Gesellschaft. Aber nur, wenn Kinder mit Migrationshintergrund gut ausgebildet, gesund und integriert sind, werden sie einen positiven Nettoeffekt

für die Sozialsysteme in Deutschland haben. Aber welche Integrationsmodelle funktionieren? Die internationale Szene ist von gescheiterten Modellen übersät, deren Folgen sich u.a. in wachsender Fremdenfeindlichkeit, Krawallen und Terrorismus ausdrücken. Hier sind ebenso innovative Lösungen gefragt wie bei der Integration älterer Menschen in Arbeit, Wohnumfeld und Bildungssysteme. So suchte etwa eine Serie von Veranstaltungen der FES in Zusammenarbeit mit ver.di und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung („Alternsgerechtes Leben, Arbeiten und Lernen“) nach brauchbaren Ideen für und aus Betrieben und Politik. Ein mögliches, dort identifiziertes Innovationsfeld sind Arbeitszeitmodelle, für die in der Praxis ständig neue Lösungen erfunden werden.

Nur wenn Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eng zusammenarbeiten, Ansätze von best practice identifizieren, zum Experiment ebenso bereit sind wie zur rücksichtslosen Wirkungsanalyse und Korrektur, sind Fortschritte möglich, auf die Deutschland so dringend angewiesen ist.

LEISTUNGSFÄHIGKEIT UND CHANCENGLEICHHEIT VERKNÜPFEN

Netzwerk Bildung fördert Diskurs an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik

Internationale Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand eines Landes sind in einer globalisierten Welt eng mit seiner politischen, sozialen und technologischen Innovationsfähigkeit verbunden. Bildung, Wissenschaft und Forschung bilden das Rückgrat für eine innovative Gesellschaft.

Eine Wissensgesellschaft lebt von der Kreativität, Qualifikation und den Kompetenzen der Menschen. Das Bildungssystem muss sich außerdem daran messen lassen, inwieweit es Leistungsfähigkeit mit Chancengleichheit verbindet. International vergleichende Studien zeigen, vor welchen Herausforderungen Deutschland hier steht. Bildungspolitik hat aus diesen Gründen als eines der wichtigsten zukunftsentscheidenden Politikfelder Anerkennung gefunden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt diese Reformdiskussion und fördert den bildungspolitischen Diskurs an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Die Stiftung hat dazu das Netzwerk Bildung ins Leben gerufen, zu dem neben Vertreter/innen von Bund und Ländern die

wichtigsten Wissenschaftsinstitutionen, Organisationen und Experten eingeladen werden. In mehreren Veranstaltungen und Publikationen setzte sich das Netzwerk Bildung mit Föderalismus in der Bildungspolitik, der sozialen Selektivität des Bildungswesens sowie der Zukunft der Berufsbildung auseinander. Ein weiteres Thema, das für die Entwicklung der deutschen Hochschullandschaft von großer Bedeutung ist, ist die Begleitung der Exzellenzinitiative.

Wissenschaft und Forschung sollen Grundlagenkenntnisse und neue Technologien effizient entwickeln. Gleichzeitig hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit von der Anwendung neuen Wissens in innovativen Produkten und Prozessen getragen werden. Der neu eingerichtete Arbeitsbereich ‚Forschung und Innovation‘ befasst sich mit Struktur und Steuerungsmöglichkeiten der deutschen Forschungslandschaft sowie mit wissensintensiven KMU und leistet damit Beiträge zur Entwicklung einer erfolgreichen Innovationspolitik. Wie lassen sich z.B. die Rahmenbedingungen von Forschung und Innovation aus der Perspektive exportstarker mittelständischer Unternehmen verbessern? Gleichzeitig werden Aktivitäten zum Drei-Prozent-Ziel des Lissabon-Prozesses

INNOVATION

und der deutschen Hightech-Strategie vorbereitet. Im Rahmen des Berliner Forums für Wissenschaft und Innovation (BEFOWIN) wurde die ‚Regionale Vernetzung von Wissenschaft und Innovation – Innovationsschub für Deutschland‘ mit prominenten Gästen aus Deutschland und den USA diskutiert.

Die Abteilung ‚Zentrale Aufgaben‘ der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet außerdem Beiträge zur Schaffung zukunftsfähiger Rahmenbedingungen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und diskutiert diese mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Zukunft der Energie ist ein entscheidender Faktor für die nachhaltige Entwicklung Deutschlands. Ein breiter Kreis von Fachleuten und Verantwortlichen des Energiesektors greift im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate Kernfragen der zukünftigen Energieversorgung auf. Neben der zentralen Frage der Versorgungssicherung stehen der Mix der Energieträger, Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Mittelpunkt der Arbeit.

Die Zukunft der Mobilität ist ein weiteres Themenfeld, in dem ökonomische und ökologische Faktoren ineinander greifen. Hier werden Ideen zur Zukunft der Mobilität entwickelt, Empfehlungen für Entscheidungsprozesse in Wirtschaft und

Politik erarbeitet und technologische Aspekte diskutiert. In regelmäßigen Fachgesprächen der Arbeitsgruppe Verkehr des Managerkreises wurde das Thesenpapier zu ‚Zukunft des Verkehrs – Finanzierung und Mobilität‘ entwickelt. Eine stark beachtete Konferenz zu ‚Mobilität braucht Kommunikation – für eine neue deutsche Verkehrspolitik‘ förderte den Dialog führender Vertreter aus Wirtschaft und Politik.

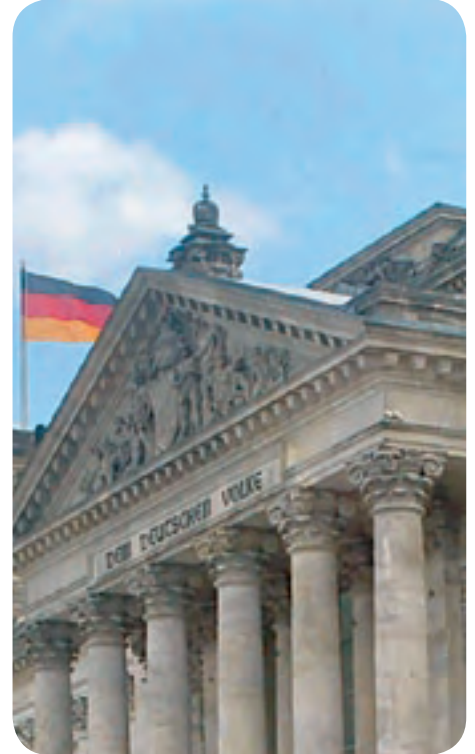
Kontrovers diskutiert wurden außerdem die Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie. Die inhaltliche Spannweite reichte dabei von der Grünen Gentechnologie bis zur Präimplantationsdiagnostik oder zum Umgang mit der umstrittenen Stammzellforschung.



ABSCHIED VOM NATIONALSTAAT?

**Projekt „Staatsmodernisierung“ widmet sich Fragen zukünftigen Regierens**

Die Diskussion über die Funktion des modernen Staates und vor allem die Beziehung zwischen Bürger und Staat steht im Mittelpunkt des Projekts „Staatsmodernisierung“ der FES. Neben den Steuerungsverlusten in einer global vernetzten Wirtschafts- und Finanzwelt bewirkt auch die europäische Integration einen tiefgreifenden Wandel in bisher überwiegend nationalstaatlichen Entscheidungs- und Handlungsstrukturen. Die Abgabe von staatlichen Kompetenzen nach Brüssel wird von einem Zuwachs an Gestaltungsanforderungen innerhalb der EU begleitet. Gleichzeitig wird eine moderne und effiziente Verwaltung benötigt, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft gerecht wird.



Deshalb stehen Fragen nach dem Erhalt demokratischer, rechts- und sozialstaatlicher Wertorientierungen und Politikkonzepte im Mittelpunkt von Konferenzen, Gesprächskreisen und Publikationen des Projekts „Staatsmodernisierung“:

Können mehr Transparenz des Regierungshandelns, Bürokratieabbau und eine klare Aufgabentrennung im föderalen Staat sowohl die staatliche Steuerungsfähigkeit als auch das Vertrauen der Bürger langfristig sichern? Die Friedrich-Ebert-Stiftung bemüht sich um Antworten; u.a. mit ihren öffentlich vorgestellten Gutachten „Qualitätskriterien für die Gesetzgebung“ und „Weniger Gesetze durch Privatisierung?“. Möglichkeiten politischer Teilhabe durch die Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler sowie auf Bundesebene und in der Europäischen Union werden z.B. in den Werkstattgesprächen zur Europäischen Verfassung verhandelt.

Welche Rolle spielt der Staat beim Schutz der Rechtsgüter Würde, Freiheit, Leben und Gleichheit? Mit der Zuordnung staatlicher Regelungsbefugnisse an die

Europäische Union müssen auch die Grundrechte gegenüber den Eingriffsrechten in der Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus verankert werden. Als beispielhaft dafür steht das FES-Projekt „Verfahrensrechte in Strafsachen in der EU – die Rechte des Beschuldigten und die gegenseitige Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz.

Welche neuen Möglichkeiten guten Regierens eröffnen sich dem Staat innerhalb nationaler und transnationaler Wirkungszusammenhänge? Dieser Fragestellung geht die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2005 in der Veranstaltungsreihe „Moderner Staat – Vom Wandel der Grundlagen zu einem neuen Staatsverständnis“ nach, in der die Themen „Grundlagen der Staatlichkeit und der Beziehung zwischen Staat und Bürger“, „Sozialstaat im Wandel“, „Staat und Kommunikation“ sowie „Staat und Innere Sicherheit“ debattiert wurden.

ENGAGEMENT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



Teilhabe-Projekte vermitteln Erfahrungen der politischen Mitgestaltung

Das Gefühl politischer Einflusslosigkeit zählt zu den wichtigsten Faktoren, die zu der Herausbildung einer rechtsextremen Einstellung führen. Dieses war ein Ergebnis der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ der Leipziger Wissenschaftler Prof. Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker, die im November 2006 unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit vorgestellt wurde.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass politische Teilhabe gemeinsam mit der Teilhabe an Bildung zu den wichtigsten Mitteln im Kampf gegen Rechtsextremismus zählt. Bildung kann jedoch nur langfristig Einstellungen verändern und somit gegen rechtsextremes Gedankengut wirken. Politische Teilhabe hingegen kann Bürgerinnen und Bürgern auch kurzfristig ermöglicht werden, und die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dies 2006 im Rahmen des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Forum Berlin zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Ziele der Teilhabe-Projekte waren, Menschen (wieder) in den

politischen Prozess zu integrieren, ihnen positive Erfahrungen der Mitgestaltung zu vermitteln und ihrer Meinung Gehör zu verschaffen.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen Teilhabeverfahren fünf Voraussetzungen erfüllen:

1. Alle Verfahren müssen prinzipiell offen für alle Bürgerinnen und Bürger sein.
2. Die Teilnehmer/innen müssen sich über das jeweilige Thema informieren können, um Entscheidungskompetenz zu erlangen.
3. Die Gruppe arbeitet selbstbestimmt und inhaltlich unbeeinflusst. Die Friedrich-Ebert-Stiftung stellt lediglich den organisatorischen Rahmen und die Moderation.
4. Am Ende des Verfahrens entsteht im Konsens der Gruppe ein gemeinsames Dokument, das durch Diskussionen in einem politischen Prozess erarbeitet wurde.
5. Das Ergebnisdokument wird der Öffentlichkeit präsentiert und mit Politikvertreter/innen diskutiert. Somit erhalten die Bürger/innen ihre Stimme in der öffentlichen Debatte.

Beispielhaft für innovative Projekte zur Förderung von Teilhabe wurde im Jahr 2006 eine „Bürgerkonferenz“ durchgeführt. Dabei haben 18 zufällig ausgewählte Bürger/innen aus Berlin und Brandenburg eine Handlungsempfehlung für die Politik zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erarbeitet. Diese wurde im Rahmen einer Pressekonferenz unter großer öffentlicher Anteilnahme dem Schirmherrn der Bürgerkonferenz, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, überreicht und in mehreren politischen Fachkreisen diskutiert. Als kommunales Teilhabeprojekt fand eine Zukunftskonferenz in der Stadt Rheinsberg (Brandenburg) statt. Hierbei entwickelten rund 60 Multiplikator/innen ein Leitbild für ihre Stadt und bildeten zehn Projektgruppen, die konkrete Vorhaben in die Tat umsetzen, um zu einer Verbesserung des Zusammenlebens sowie zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit beizutragen.

In einem erfolgreichen Teilhabeprojekt machen die Teilnehmer/innen praktische Erfahrungen mit einem politischen Prozess bei der Beteiligung an öffentlichen Debatten sowie den Möglichkeiten, mit der eigenen Meinung wahr-

genommen zu werden und etwas bewirken zu können. Im Idealfall – so geschehen in Rheinsberg – übernehmen die Bürger und Bürgerinnen anschließend Verantwortung für ihr Gemeinwesen, indem sie sich der Lösung des zuvor behandelten Problems in der Praxis widmen.

Die Erfahrung zeigt, dass eine positive Grundhaltung gegenüber der Demokratie und ihrer politischen Prozesse und das Engagement im eigenen Gemeinwesen die beste Prävention gegen Rechtsextremismus sind. Beides fördern Partizipationsprojekte, die daher auch 2007 vom Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Projekts „Ausinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ durchgeführt und weiterentwickelt werden.

ANTWORTEN FÜR IMMER NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Flexibilität und Bürgernähe als Kennzeichen der politischen Bildungsarbeit

Die Demokratie bedarf zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung der Überzeugung und Zustimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Identifikation mit den Werten, Institutionen und Verfahren des demokratischen Systems wächst vor allem aus der Erfahrung, dass

Die komplexer werdenden Verhältnisse, die sich aus Globalisierung und Europäisierung, Wissensgesellschaft, Zuwanderung und demographischem Wandel ergeben, stellen Bürgerinnen und Bürger vor immer neue Herausforderungen. Ausmaß und Tempo des gesellschaftlichen Wandels erzeugen Verunsicherungen, die nicht selten zu Distanz zu



in dessen Rahmen die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme fair gelöst, oder doch zumindest besser bewältigt werden können, als in jeder anderen politischen Ordnung.

Parteien und Politik und oft genug in die Arme von Populisten und Extremisten führen.

Demoskopische Berichte über eine wachsende Demokratieverdrossenheit, schrumpfende Mitgliederzahlen bei den

politischen Parteien und Großorganisationen, Wahlenthaltung und Nachwuchsmangel im politischen Ehrenamt sind Alarmzeichen unserer demokratischen Kultur. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat auch im Jahre 2006 mit zahlreichen Projekten die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger als ein zentrales Anliegen ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit für eine soziale Demokratie gefördert. Mit den Möglichkeiten politischer Bildung, mit Informations-, Qualifizierungs-, Partizipations- und Dialogangeboten sollen die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft für Demokratie und politisches Engagement gewonnen werden.

Flexibilität und Bürgernähe kennzeichnen die politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die optimale Verknüpfung von Lerninhalten, Themen und Zielgruppen mit den Methoden und den jeweiligen Orten im Rahmen der verfügbaren Ressourcen ist ein dynamischer Prozess. Angesichts der Herausforderungen, die das Medien- und Informationszeitalter stellt, sind die Bildungsangebote an den Prinzipien einer größeren Regionalisierung und Differenzierung in der Zielgruppenansprache und der Methodenauswahl ausgerichtet.

Neben dem breiten Informations- und Dialogangebot für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker zu aktuellen und grundsätzlichen Themen, zeigen die folgenden Projekte die Vielfalt der Ansätze zur Förderung politischer Teilhabe:

Die neue „Akademie für Soziale Demokratie“ macht ein besonderes Angebot zur Auseinandersetzung mit den Zielen, Prinzipien und Grundwerten der Sozialen Demokratie im Vergleich zu anderen politischen Grundströmungen. Damit wird auch eine fundierte Begleitung des Diskussionsprozesses zur Erarbeitung neuer Grundsatzprogramme in den Volksparteien ermöglicht.

Ohne Jugend ist kein Staat zu machen! Mit methodisch innovativen Lernprojekten wie dem Planspiel Kommunalpolitik hat die Friedrich-Ebert-Stiftung erstmals in einem bundesweiten Programm Schülerinnen und Schüler mit praktischer Kommunalpolitik vertraut gemacht. Der Dialog von Jugend und Politik wurde u. a. über den Ausbau der JugendMedienAkademie intensiviert.

Mit der Erweiterung der Kommunal-Akademie bietet die FES jetzt auch in Bayern ein landesweites Qualifizierungsprogramm für aktive und zukünftige Mandatsträger/innen im Bereich der Kommunalpolitik an. Mit dem praxisorientierten Projekt „Auf Augenhöhe“ wird die Integrationsarbeit in der Zuwanderungsgesellschaft auf kommunalpolitischer Ebene gefördert.

Die FES will zur Entwicklung einer starken Bürgergesellschaft beitragen. Ihre Aktivierung ermöglicht die Neubestimmung der Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Dazu trägt auch die Akademie Management und Politik bei, die besonders Menschen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem politischen Ehrenamt professionelle Kompetenzen für ein wirkungsvolles Engagement vermittelt.

NEUE MÄCHTE AUF DEM WELTPOLITISCHEN PARKETT?

Dialogserie über die Gestaltung regionaler und globaler Ordnungsgefüge

Länder wie China, Indien, Brasilien und Russland fungieren bereits heute als Lokomotiven des weltwirtschaftlichen Wachstums. Der Aufstieg Chinas und Indiens zu globalen Wirtschaftsmächten wird von einer Reihe von Experten gar als ein ähnlich grundlegender Wandel der internationalen Ordnung gesehen, wie er sich mit der industriellen Revolution und dem anschließenden Aufstieg der USA vollzogen hat. Im Westen wird dieses neue Antlitz der Globalisierung mit einer Mischung aus Faszination und Besorgnis betrachtet. Ob die in Umrissen zu erkennende „neue Handelsgeografie“ auch auf der politischen Landkarte ihre Spuren bereits hinterlassen hat und welche Dynamik in der internationalen Politik erkennbar ist, waren die Schlüsselfragen der einleitenden Dialogforen einer im Jahr 2006 begonnenen Dialogserie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Strategien zur Gestaltung der regionalen und globalen Ordnung sowie die Wahrnehmung der geopolitischen Veränderungen in einer Reihe wichtiger Länder

Asiens, Lateinamerikas und Afrikas sowie in Deutschland und der EU sind Gegenstand der Dialogserie: „New Powers for Global Change?“. Ziel des auf zwei Jahre angelegten Programms ist es, sowohl in den Partnerländern als auch in Deutschland und Europa einen Beitrag zur außenpolitischen Meinungs- und Strategiebildung zu leisten. Die FES nutzt ihr weltweites Netzwerk an eigenen Büros und Partnerorganisationen sowie ihre engen Kontakte zu deutschen und europäischen politischen Entscheidungsträgern, um die Verständigung über außenpolitische Ziele und Strategien zwischen Ländern wie China, Indien, Brasilien, Mexiko, Ägypten, Türkei, Nigeria, Kenia, Südafrika und Deutschland/EU zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei, mit Blick auf die Gestaltung der internationalen Ordnung, Fragen nach den Motiven, den Prioritäten und dem Fokus der Außenpolitik, nach der Kontinuität bzw. dem Wandel außenpolitischer Strategien sowie nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden.

2006 begann das Programm mit Workshops in den genannten Ländern sowie Veranstaltungen in Genf, New York und Berlin. Die Workshops sind als Dialogforen konzipiert; z.B. chinesisch-

deutsch/europäischer Dialog, brasilianisch-deutsch/europäischer Dialog, etc. Im Jahr 2007 folgen regionale Veranstaltungen in Asien, Lateinamerika und Afrika sowie eine Konferenz über Süd-Süd-Kooperation. Den Abschluss bildet eine Konferenz in Berlin, auf der die Ergebnisse der Dialogreihe zusammengetragen werden.

Eine Verständigung über außenpolitische Ziele unterschiedlicher Länder setzt voraus, sich auch über die von verschiedenen Politik- und Gesellschaftsmodellen geprägten Motive und Interessen auszutauschen. Gefragt wurde deshalb nach den außenpolitischen Prioritäten der einzelnen Länder und nach deren Entwicklungen. Es wurde beispielsweise erörtert, wie die Fähigkeiten entwickelt werden, um Politik auf der regionalen und globalen Ebene mitzugestalten: Welche Akteure sind an der Formulierung der Außenpolitik beteiligt? Welche Zielkonflikte entstehen? Gibt es eine innenpolitische Debatte über Außenpolitik?

Bei einer Reihe der behandelten Länder lässt sich bereits eine neue außenpolitische Dynamik erkennen. Vor allem das regionale Umfeld wird von diesen Ländern immer mehr als wichtige politische Handlungsfläche entdeckt – nicht immer ohne Misstrauen bei den (kleineren)



Nachbarn. Aber auch übergreifende Koalitionen gewinnen erkennbar an Bedeutung. Zu klären sind deshalb auch die geopolitischen Konsequenzen sowie die Folgen für die Institutionen des internationalen Systems:

Welche neuen geostrategischen Konstellationen bilden sich heraus? Wie reagieren die USA, Japan, die EU und die multilateralen Organisationen auf die „neuen Mächte“?

Welche Vorstellung zu einer Reform der internationalen Institutionen und zu einer besseren Einbindung der „neuen Mächte“ in die Global Governance gibt es?

Seit Februar 2006 wurden zu diesen Themen fünf Dialogveranstaltungen durchgeführt: in Mexiko, China, Ägypten, Südafrika und zuletzt Ende November in Berlin zur Türkei. Diese erste Phase wird Anfang 2007 in Indien fortgesetzt und mit Brasilien abgeschlossen.

Mit inzwischen vier Briefing Papers (zu Mexiko, Ägypten, China und Südafrika), zwei Fact Sheets aus New York zu der Rolle Brasiliens bzw. Indiens in der UNO sowie einem Paper zu Chinas Engagement in Afrika liegt inzwischen auch eine beachtliche Reihe an Materialien vor, um die Diskussion über die Rising Powers zu begleiten und weiter anzuregen. In der zweiten Phase des Arbeitsprogramms soll der „Blick aus den Regionen“ im Vordergrund stehen, also die regionale Perspektive auf die Rising Powers und auf Allianzbildungen untereinander.

www.fes-globalization.org/

SICHERHEITSPOLITIK KANN NUR GEMEINSAM GESTALTET WERDEN

Suche nach internationaler Verständigung und Lösungsansätzen

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – vom internationalen Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, dem Staatsversagen und den regionalen Konflikten bis hin zu sozialen und wirtschaftlichen Bedrohungen wie Armut, Umweltzerstörung und Seuchen – kann kein Staat, auch nicht der mächtigste, im Alleingang bewältigen. Gemeinsame Antworten und kollektives Handeln sind in der Sicherheitspolitik wichtiger denn je. Im Zeitalter stetig wachsender internationaler Interdependenz lassen sich die inneren und äußeren, nationalen, regionalen und globalen Aspekte von Sicherheit und Frieden immer weniger voneinander trennen.

Doch mangelt es gerade in diesem Politikbereich an internationaler Verständigung und gemeinsamen Lösungsansätzen. Die Skepsis gegenüber übergreifenden politischen Strukturen ist besonders auf einem so sensiblen Politikfeld wie der Sicherheitspolitik groß. Als Folge entwickeln sich Fragen der internationalen Sicherheit innerhalb der Staatengemeinschaft häufig eher zu einem Moment der Konfrontation und Entfremdung als der

Kooperation. Dies gilt für die Beziehungen zwischen „Nord“ und „Süd“, aber auch für das transatlantische Verhältnis. Selbst Europa, das sich wie keine andere Region der Idee einer gemeinschaftlichen Sicherheitspolitik verschrieben hat, fehlt es in vielen zentralen sicherheitspolitischen Fragen noch an gemeinsamen Antworten und Handlungsstrategien. Doch die Konflikte der letzten Jahre haben gezeigt, dass es zu einer kooperativen sicherheitspolitischen „Global Governance“ keine Alternative gibt.

Als Forum und Netzwerk zur Förderung der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit sieht sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in der internationalen Debatte um Sicherheit und Frieden in besonderer Weise gefordert. Sie fördert den sicherheitspolitischen Dialog auf globaler und regionaler Ebene, aber auch innerhalb von Gesellschaften und zwischen den Akteuren unterschiedlicher Politikfelder. Auf diese Weise führt die Stiftung in Deutschland und in Europa, auf transatlantischer und globaler Ebene die politischen Kräfte zusammen, die sich aktiv für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einsetzen und deren Zusammenarbeit für die Bewältigung der komplexen sicherheitspolitischen Herausfor-

derungen der Gegenwart von zentraler Bedeutung ist. Dies gilt neben einer gestärkten und effizienten UNO in erster Linie auch für die unterschiedlichen regionalen Arrangements, die in den letzten Jahren vor allem in den Regionen des Südens an Bedeutung gewonnen haben.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist dank ihres umfassenden Büronetzwerkes auch in internationalen Krisenregionen vor Ort präsent. Durch die Zugänge, die sie zu staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren innerhalb der Regionen hat, kann sie einen aktiven Beitrag zur zivilen Konfliktbearbeitung und -lösung leisten. Die Stiftung unterstützt den Aufbau von politischen Strukturen für eine friedliche Interessenauseinandersetzung und bietet Dialogplattformen jenseits formeller Gipfeldiplomatie, die „das Gespräch in schwieriger Zeit“ (Gernot Erler) ermöglichen. Besonderen Wert legt die FES auf die Einbindung der Zivilgesellschaft. Denn nachhaltiger Friede kann nur gelingen, wenn Stabilität und Sicherheit auch „von unten“ wachsen.

„Kein nationales Interesse lässt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen.“

(Willy Brandt, Friedenspolitik in unserer Zeit, 11. Dezember 1971)

Das Thema Sicherheitspolitik nimmt auch in der europapolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung einen besonderen Stellenwert ein. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist der Integrationsbereich, in dem die EU in den vergangenen Jahren die größten Fortschritte verzeichnen konnte. Europa ist heute zunehmend bereit, auch auf globaler Ebene sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen – das unterstreichen nicht nur die Militäreinsätze im Kongo und im Libanon. Doch wenn Europas Stimme in der Welt gerufen wird, antwortet allzu oft noch ein vielstimmiger Chor. Europa ist von einer gemeinsamen sicherheitspolitischen und -strategischen Kultur noch weit entfernt.

Zudem mehren sich mit dem wachsenden internationalen Engagement der EU auch die kritischen Töne. Viele sehen die EU und ihre Mitgliedstaaten durch die derzeitigen militärischen und zivilen



Missionen bereits am Rand ihrer Kapazitäten. Weiterhin wird kritisiert, dass es der EU in ihrem sicherheitspolitischen Engagement an klaren politischen Zielen und Prioritäten mangelt. Entsprechend findet sich für eine weitergehende Vertiefung und Ausdehnung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit derzeit nur wenig politischer Wille. Um die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik zu stärken und zu fokussieren, muss die EU die politischen Ziele und Strategien weiter konkretisieren.

Ziel der Friedrich-Ebert-Stiftung ist es, durch Beratung und Dialoge zu einer zukunftsfähigen Konzeption der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beizutragen und Europas Stimme in der Welt zu stärken. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die Vernetzung progressiver Sicherheitspolitiker und -politikerinnen in West- und Osteuropa und die Identifikation neuer und tragfähiger Lösungsansätze für die zentralen strategischen Herausforderungen der gemeinsamen Sicherheitspolitik. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist der sicherheitspolitische Dialog mit Nachbarn und zentralen Partnern der EU, insbesondere den USA.

POLITISCHE AKADEMIE

Ziele, Arbeitsformen, Adressaten, Organisation und Daten

Die entscheidende Arbeitsgrundlage der Politischen Akademie der FES war auch 2006 das vom gesamten Bereich Politische Bildung formulierte Orientierungspapier „Lernen für Soziale Demokratie“. Mit dem Leitziel, die soziale Demokratie zu fördern und zu stärken sowie die politische Kultur der Demokratie weiter zu entwickeln, tragen die Projekte der Politischen Akademie zur persönlichen Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger bei. Darüber hinaus motivieren und befähigen sie zum Engagement im politischen Ehrenamt und leisten Politikberatung für Personen in politischen Führungspositionen und Mandaten.

Mit der Einführung einer zielorientierten Projektplanung hat die Politische Akademie vierzehn themen- bzw. zielgruppenbezogene abteilungsweite Arbeitslinien mit strategischen Oberzielen für 2006/07 definiert. Hierzu werden von den verschiedenen Arbeitseinheiten insgesamt 60 Projekte durchgeführt:

- Reformpolitik, gerechte Gesellschaft und sozialer Zusammenhalt
- Forum Soziale Demokratie und Programmdiskussion
- Zukunftsgestaltung / Innovation
- Zeitgeschichte / Antidemokratische Strömungen
- Aktive Demokratie – Engagement in Politik und Zivilgesellschaft
- Globalisierung / Internationale Politik
- Europa

► DIE FES IM SPIEGEL DER PRESSE

Ausgewählte Pressezitate 2006
(chronologisch)

Thüringer Allgemeine, 10. Januar 2006

Fiktive Krise in Nahost – Studenten der Universitäten Erfurt und Greifswald simulieren UN-Sicherheitsrat und Generalversammlung. (...) Unterstützt wurde das „Thüringer Model United Nations“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Durch die Simulation von UN-Konferenzen sollte theoretisch erworbenes Wissen über die Vereinten Nationen praktisch nachvollzogen werden.

Abendzeitung, 17. Januar 2006

Zehn Präsidentschaftswahlen und sechs Parlamentswahlen stehen 2006 in Lateinamerika an. Beobachter erwarten eine weitere Verschiebung nach links (...). Dabei ist links aber nicht gleich links: Obwohl gewisse Sympathien unter den Ländern bestehen, wird das Band der Staaten untereinander nicht zwangsläufig enger. (...) Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterscheidet in einer Analyse der neuen Linken Südamerikas



Die Hauptarbeitsformen der Politischen Akademie sind:

Politikvermittlung durch öffentliche Dialoge:

- Akademiegespräche, Grundwerte- und Regionalforen sowie Gesprächskreise zur Vermittlung von Informationen für Teilnehmer mit genauen Erwartungen und geringem Zeitbudget,
- Politikberatung,
- Vermittlung von Informationen und Analysen im Rahmen von Wissenschaftsdialogen,
- Policy-Papers, Expertenhearings und Workshops für Personen in politischen Führungspositionen und Mandaten.

Kompetenztraining:

Qualifizierung persönlicher Handlungskompetenzen durch Trainingsseminare, insbesondere für Menschen im politischen Ehrenamt, Mandatsträger, für das bürgerschaftliche Engagement in der Zivilgesellschaft sowie für den journalistischen Nachwuchs.

Politische Seminararbeit und innovative Lernprojekte:

Didaktisch strukturierte Erarbeitung von Themen mit der Chance zu gründlichen, verständigungsorientierten Gesprächen für politische, kulturelle und soziale Multiplikatoren, Jugendliche und Arbeitnehmergruppen.

Alle Arbeitsformen können projektbezogen im Sinne einer Erweiterung und Vertiefung der Präsenzveranstaltungen mit verschiedenen Online-Angeboten vorbereitet, begleitet und nachbereitet werden. Dazu zählen: Selbststudienmaterialien, Diskussionsforen, Themenportale mit Mediathek, Audio und Video-Livestreams, Newsgroups, Blended learning und CBT-Programme.

- Migration und Integration / Interkultureller Dialog
- Kommunalpolitik
- Medien
- Kulturpolitik und kulturelle Angebote
- Jugend und Politik
- Information und Orientierung
- Pilotvorhaben / Zentrale Aufgaben

zwischen den „pragmatisch-moderaten“ Regierungschefs Chiles oder Brasiliens und den „populistisch oder dogmatisch agierenden Präsidenten“ Venezuelas und Kubas.

Der Tagesspiegel, 25. Januar 2006

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung plädiert für einen neuen Ansatz der Förderung innovativer Unternehmen in Berlin: Die öffentliche Hand soll bei ihrer Beschaffung stärker als bis-

her innovative Produkte aus der Hauptstadt berücksichtigen. Die Innovationsstrategie des Landes sei im Kern richtig, schreiben die Autoren der SPD-nahen Stiftung. Doch: Insbesondere kleine und junge Unternehmen tun sich schwer mit innovativen Produkten, die sie nicht für bereits bekannte Kunden entwickelt haben, am Markt Fuß zu fassen.

Stuttgarter Zeitung, 27. Januar 2006

Bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Arbeitsplätze auf der Flucht“ forderte der erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, eine gesetzlich verankerte Verlagerungsabgabe. Mit ihr soll die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verhindert werden. Wo keine Verhinderung möglich ist, sollen damit die sozialen Kosten bezahlt werden, die bei Verlagerungen entstehen.

Mit der neuen Schriftenreihe „Policy Politische Akademie“ werden die Ergebnisse herausragender Tagungsprojekte in prägnanter Darstellung an politische Multiplikatoren weitergegeben.

Vorrangige Adressaten, Zielgruppen und Projektpartner sind:

- Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen;
- Aktive in den Handlungsfeldern der Zivilgesellschaft;
- Multiplikator/innen mit Einfluss auf das gesellschaftliche Reformklima;
- Jugend und politischer Nachwuchs;
- Multiplikator/innen in Parteien und Parlamenten;
- Multiplikator/innen aus dem Bereich Medien und Kultur.

- dem ForumNRW im Tagungszentrum Bonn;
- dem Forum Jugend und Politik, Bonn;
- der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel;
- der FES-OnlineAkademie;
- sowie der im Aufbau befindlichen „Akademie für Soziale Demokratie“.

Im Jahr 2006 wurde die Förderung der politischen Seminararbeit der Gesellschaft für politische Bildung e.V., Akademie Frankenwarte in Würzburg sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., München/Kochel, fortgesetzt. Nach der umfassenden Modernisierung der FES-eigenen Immobilie auf der Frankenwarte steht seit 2006 ein behindertengerechtes Gästehaus mit Drei-Sterne-Standard bereit.

Die Politische Akademie moderiert weiterhin das trägerübergreifende „Netzwerk Politische Bildung“.

Politische Akademie	
Veranstaltungen	905
Teilnehmer/-innen	31.200
davon	
in Baden-Württemberg	4.240
in Bayern	12.720
in Berlin	2.140
in Bremen	1.080
in Hamburg	3.310
in Nordrhein-Westfalen	6.460
in Schleswig-Holstein	1.250
männlich	56 %
weiblich	44 %
bis 25 Jahre	19 %
bis 25-60 Jahre	58 %
über 60 Jahre	23 %

Die Arbeit der Politischen Akademie basiert heute auf dem organisatorischen Verbund von:

- Akademiegesprächen und Gesprächskreisen in Berlin und Bonn;
- den regionalen Bildungsbüros in Hamburg, Stuttgart, München und Regensburg;
- der Akademie Management und Politik;
- der JournalistenAkademie;

► **Thüringer Allgemeine, 7. Februar 2006**

Seiner Klassiker erinnert sich Weimar gern und oft, seiner Opfer mit dem gebotenen Respekt. Mit einer Projektwoche will die Friedrich-Ebert-Stiftung nun die Gedanken der Stadt an ein bisher eher beiläufiges Kapitel ihres Erbes schärfen – jenes der Weimarer Republik. „Manchmal scheint es so, als sei es Weimar peinlich, womit es da konfrontiert wird. Was kann schon gut gewesen sein, was schlecht endete.“ Michael

Schultheiß, Leiter des Thüringer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, sieht es der Stadt nach, dass sie die erste deutsche Republik, die parlamentarische Wirren begleiteten und die schließlich im Nationalsozialismus mündete, nicht als ihr liebstes Erbe begreift.

Süddeutsche Zeitung, 14. Februar 2006

Unlängst hat Johannes Kandel, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung zuständig für Interkultu-

rellen Dialog, Suren zusammengetragen, die es unwahrscheinlich machen, dass derselbe Gott Jesus in die Welt sandte und später durch Mohammed erklären ließ. Jesus sei nicht der Messias, sei nicht am Kreuz gestorben; seine Anhänger, die Christen schmorten im Höllenfeuer. Kandel kommt zu dem Schluss: Laut Koran seien Judentum und Christentum irrende Religionen, hätten den „ursprünglichen Monotheismus verfälscht.“

ABTEILUNG GESELLSCHAFTSPOLITISCHE INFORMATION – GPI

Mehr als 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden im Jahr 2006 von den Bildungsangeboten der Abteilung Gesellschaftspolitische Information erreicht. Veranstaltungen wurden angeboten von den Büros Bonn für Nordrhein-Westfalen, Hannover für Niedersachsen und Mainz für Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland.

Die inhaltliche Arbeit war zweigeteilt. Auf der einen Seite gab es die traditionelle Seminararbeit, auf der anderen Seite machte sich aber der Druck durch den Wandel in der Gesellschaft bemerkbar, wodurch zunehmend neue Veranstaltungsformate und auch neue Antworten nachgefragt werden. Eine Hilfe bei der Fortentwicklung des Angebots werden die Ergebnisse der Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ sein.

Das Zukunftsforum NRW widmete sich aktuellen Themen der Demografie oder schrumpfender Städte. Das blended-learning-Projekt „Meet Europe“ wurde fortgesetzt und für Jugendliche sogenannte „Demokratietrainings“ angeboten. Erstmals fand

eine Fachkonferenz mit ausschließlich afrikanischstämmigen Referentinnen und Referenten statt, die sich an afrikanischstämmige Jugendliche und Eltern wandte, um deren Schul- und Lebenssituation zu thematisieren und Lösungen für die erheblichen Probleme zu finden.

Highlight des Jahres 2006 aber war sicherlich das Projekt „Fans for Football“, das – in der Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft im Juni 2005 begonnen – die Arbeit des ersten Halbjahres 2006 bestimmte. Mit Unterstützung der FES-Auslandsbüros waren Vertreterinnen und Vertreter von Fanorganisationen, Vereinen, ehrenamtlichen Sportprojekten sowie aus Politik und Verbänden zu internationalen Hearings nach Paris, Warschau, London, Sao Paulo, Amsterdam, Rom und Prag eingeladen worden. In Bonn trafen sich im April 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 15 Ländern, um über die Kommerzialisierung des Sports, das Verhältnis von Fans und Sicherheitskräften und über Rassismus innerhalb und außerhalb der Stadien zu diskutieren. Den Abschluss des Projektes bildete schließlich eine internationale Fachkonferenz in Berlin, bei der sich Repräsentanten aus Politik und Sport trafen, um über die politischen Herausforderungen internationaler Großereignisse nachzudenken und Konsequenzen auch für die Fanarbeit bei der nächsten Fußballweltmeisterschaft in Südafrika zu erörtern. Die Eingangsstatements hielten der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sowie der DFB-Präsident Theo Zwanziger.

Neues Deutschland, 16. Februar 2006

Auf der verkehrspolitischen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Mobilität braucht Kommunikation“ in Berlin gab es das passende Plädoyer an die Politik: aufhören mit der Kleinstaaterei und gemeinsam Rahmenbedingungen für eine Verkehrspolitik des 21. Jahrhunderts schaffen. Sie „muss endlich auch in der Föderalismusdebatte eine Rolle spielen“, forderte Volker Sparmann, Geschäfts-

führer des Rhein-Main-Verkehrsverbundes.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 2006

Die Trennung von Staat und Kirche ist schon etwas Urgemütliches: Wie die Ebert-Stiftung den Katholizismus modernisiert. (...) Ist das Papsttum gar schuld an der Moderne, der es sich im neunzehnten Jahrhundert so energisch widersetzte? Auf diese Frage des Freiburger

Historikers Wolfgang Reinhard wurde eine Antwort gesucht während einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Papsttum und Politik“ in Berlin.

Norddeutsche Neueste Nachrichten, 23. Februar 2006

Den Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern sind soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Ordnung sowie Gleichberechtigung zwischen Mann und

DIALOG OSTDEUTSCHLAND

Politische Bildung in Ostdeutschland und – zu ausgewählten Themenfeldern – in Berlin ist das Aufgabengebiet der Abteilung Dialog Ostdeutschland. Getragen wird diese Arbeit von den ostdeutschen Landes- und Regionalbüros, die politische Bildung in der Vielfalt ihrer Aspekte anbieten, sowie von zwei Berliner Foren, die sich mit Jugendpolitik, Familienpolitik, Frauenpolitik/Gender, Rechtspolitik, Staatsmodernisierung, Innerer Sicherheit, Rechtsextremismus, Gesellschaftlicher Integration, Kulturpolitik und berlinbezogenen Fragestellungen befassen.

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit qualifiziert die Abteilung Dialog Ostdeutschland für ein politisches bzw. bürgerschaftliches Engagement und stärkt damit die Bereitschaft und Fähigkeit, in der Demokratie Verantwortung zu übernehmen. Mit Foren des öffentlichen Dialogs zu den Aufgaben und Problemen der Gesellschaft trägt der Arbeitsbereich zur Entwicklung der politischen Kultur der Demokratie und zur Gestaltung des

gesellschaftlichen Wandels bei. Die Fachtagungen und Studien helfen, die politische und gesellschaftliche Arbeit handlungs- und entscheidungsorientiert zu beraten und zu qualifizieren.

Vor allem auch junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und sie für ein Engagement in der Gesellschaft zu interessieren und zu befähigen, ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung der Landes- und Regionalbüros wie auch insbesondere des Forums Politik und Gesellschaft in Berlin.

Um diese Arbeit noch weiter zu profilieren, wurde 2006 das Sonderprojekt „Politische Bildung für und mit jungen Menschen“ eingerichtet, das, mit Sitz im Regionalbüro Dresden, eine Dienstleistungsfunktion für die gesamte jugendbezogene Bildungsarbeit der Abteilung übernimmt. Ansatzpunkte für die politische bzw. bürgerschaftliche Beteiligung junger Menschen werden mit dem in zahlreichen ostdeutschen Städten durchgeführten Planspiel Kommunalpolitik für Jugendliche und mit der neu eingesetzten Methode der Jugendplanungszelle geboten. Weiterhin wichtiger Projektansatz ist die Qualifizierung von Schülervertreter/innen und Schülerzeitungsredakteur/innen.

► *Frau persönlich wichtiger als z.B. Freiheit und Leistung, die sie als die in der Gesellschaft dominierenden Werte ansehen. Das ergab eine Umfrage des Sozialforschungsinstituts TNS Infratest im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.*

Süddeutsche Zeitung, 25. Februar 2006

Michail Gorbatschow, den letzten Präsidenten der Sowjetunion, erinnert „das heutige Russland an die Breschnew-Ära – einen Stalinismus

ohne politische Repressalien, aber mit Verfolgung und totaler Kontrolle. Gerade nach jener Breschnew-Zeit sehnen sich viele Russen der mittleren und der älteren Generation zurück. Einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge würden mehr als 51 Prozent der 46 bis 55 Jahre alten Russen heute gerne wieder in jener Epoche leben. Je älter die Befragten, desto höher liegt dieser Wert.

Frankfurter Rundschau, 2. März 2006

Auf welchen Wegen können zivilgesellschaftliche Gruppen dem organisierten Rechtsradikalismus in Deutschland begegnen? Diese Frage stand im Zentrum einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die nun als Dokumentation vorliegt. Im Land gibt es etwa 40.000 organisierte Rechtsextremisten. (...) Allein im Bundesland Sachsen reicht ihre Präsenz aus, um in bestimmten Wahlkreisen 25 Prozent der

Der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus widmet sich ein in den Themen, Zielgruppen und Instrumenten differenziertes Bildungsprogramm. Im Sonderprojekt Rechtsextremismus wird in Berlin konzentriert an der Entwicklung von neuen Ansätzen zur Bekämpfung antidemokratischer Einstellungs- und Politikpotenziale und zur Unterstützung eines entsprechenden bürgerschaftlichen Engagements gearbeitet. Beispielfähig dafür stehen eine Bürgerkonferenz zu den Ursachen von Rechtsextremismus und zu möglichen Gegenstrategien der Politik sowie eine bundesweite Repräsentativerhebung zu rechtsextremen Einstellungen.

Angesichts unübersehbarer Tendenzen sozialer Desintegration und ihrer negativen Folgen für die Haltung der Bürger zu Demokratie und Politik, wurde im Forum Berlin das Sonderprojekt „Gesellschaftliche Integration“ eingerichtet. Es stellt die Probleme von Desintegration und in der Folge sozialer und politischer Exklusion zur Diskussion und sucht nach Wegen zu einem stärkeren politischen und sozialen Zusammenhalt und damit zu einer wieder stärkeren Einbindung aller Bürger/innen in die Gesellschaft.

Die Grundwerte und Ideen der Sozialen Demokratie sind für das Selbstverständnis der FES von konstitutiver Bedeutung. Mit Regionalen Programmforen begleiten wir in Ostdeutschland die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie.

Stimmen zu erhalten. (...) Diese Hegemonie in der Alltagskultur kann nur gebrochen werden, wenn sich zivilgesellschaftliche Gruppen entschließen, den öffentlichen Raum zurück zu erobern.

Die Zeit, 2. März 2006

Doch die Statistiken zeigen, dass prekäre Jobs für viele Beschäftigte keine Übergangslösung sind – und überdies ein Massenphänomen. „In

der Bauwirtschaft oder dem Einzelhandel sind Normalarbeitsverhältnisse für Mehrheiten nicht (mehr) erreichbar,“ schreibt die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer gerade erschienenen Untersuchung. Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen von 38,6 Millionen im Jahr 1991 auf 38,8 Millionen im Jahr 2005 leicht stieg, gab es in dieser Zeit immer weniger reguläre Jobs.

General Anzeiger, 17. März 2006

„Sozialdemokratie will Freiheit, die durch soziale Gerechtigkeit gewährleistet wird und auf Solidarität fußt“, sagte Franz Müntefering gestern Abend beim „Bonner Dialog“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese Werte seien die Richtschnur, an der man sich zu orientieren habe und für man arbeiten müsse. „Das Sonnendeck ist nicht unsere Sache, wir wollen in den Maschinenraum und ans Steuerrad“, beschrieb ►

ARBEITSGRUPPE KOMMUNALPOLITIK

Die Abteilung Dialog Ostdeutschland hat im Jahre 2006 zahlreiche Studien und Publikationen vorgelegt. Unter den Studien zur Politikberatung sind beispielhaft zu nennen:

- „Qualitätskriterien für die Bundesgesetzgebung und für Bundesgesetze“
- „Die finanzpolitische Situation in Thüringen“
- „Familienpolitik unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten. Europäische Länder im Vergleich“
- „Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Problemregionen der neuen Bundesländer“
- „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Repräsentativbefragung“

Dialog Ostdeutschland

Veranstaltungen	1.163
Teilnehmer/-innen	57.700

„Demokratie findet in der Kommune statt oder sie findet nicht statt.“ Dieser Satz von Holger Börner ist Auftrag, die Kommunalpolitik lebendig mit zu gestalten. „Kommunalpolitik besser machen“, lautete deshalb Motto der Aktivitäten der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik im Jahr 2006, in deren Zentrum die „Interkommunale Zusammenarbeit“ stand.

Dabei nahm die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den Kommunen breiten Raum ein. In einer Veranstaltungsreihe in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurden handlungsorientierte Vorschläge für den Umgang mit Rechtsextremisten vorgestellt. Teilnehmer waren Bürgermeister, Gemeinderäte, Leiter von Ordnungsämtern, Polizei, Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen sowie Eltern und Schülersprecher. Dazu erschien die Broschüre „Keine Chance den Rechtsextremisten“, die inzwischen in zweiter Auflage mit 10.000 Exemplaren erschienen ist.

Daneben kam der Dialog zwischen Bürgermeistern, ehrenamtlichen Kommunalpolitikern/innen sowie Führungskräften kommunaler Verwaltungen und Abgeordneten aus dem deutschen Bundestag, den kommunalen Spitzenverbänden und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik nicht zu kurz.

► der Vizekanzler die Rolle der SPD in der Regierung.

Der Tagesspiegel, 25. März 2006

Aimo und Rory muss keiner zur Demokratie bekehren. Die beiden sind zum „Aktionstag für Erstwähler“ gekommen, weil sie wissen wollen, wer überhaupt wählbar ist. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat 200 Schüler eingeladen, um ihnen das politische System der Bundesrepublik näher

zu bringen und sie zum Mitmachen zu motivieren.

Dresdner Neueste Nachrichten, 8. April 2006

„Man muss schon ein großer Optimist sein, um nicht zu verzweifeln“, sagt Heide Simonis nach gut 30-minütigem Vortrag bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung über das Elend der Kinder in der Welt, dem sich seit nunmehr

60 Jahren Unicef, das UN-Kinderhilfswerk widmet.

Frankfurter Rundschau, 13. April 2006

Vietnam gehört zu den weltweit fünf Ländern, die sich noch kommunistisch nennen. (...) Auf die Frage, weshalb die Partei weiter über das Land herrschen sollte, sagt die Generation über 60 oder zumindest deren politische Kader: „Weil wir den Krieg gewonnen und das Land

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Der Gesprächskreis Kommunalpolitik widmete sich dem Thema Europa. Im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft fand die Bonner Veranstaltung „Kommunen und Europa“ mit Europaabgeordneten und vielen (Ober-)Bürgermeistern große Resonanz.

Die Stichwortsammlung „Wegbeschreibungen für die kommunale Praxis“ wurde durch neue Stichworte erweitert.

Der Gesprächskreis „Sport – Gesellschaft – Zukunft“ trägt der Tatsache Rechnung, dass über die Hälfte der deutschen Bevölkerung mittelbar oder unmittelbar Mitglied im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) ist. Mehrere Workshops in Abstimmung mit dem DOSB und deren Führungsakademie sowie in Zusammenarbeit mit der Universität Münster im gemeinsamen Projekt „Die lokal – globale Fußballkultur“ hatten Bezug zum größten sportlichen Ereignis des Jahres 2006, der Fußballweltmeisterschaft.

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (bis August 2006 noch „Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum“) berät und informiert Politik und Gesellschaft in Deutschland zu wichtigen Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und ihrer politischen Gestaltung. Zu diesem Zweck organisiert sie Veranstaltungen, auf denen Vertreter von Politik und Gesellschaft mit Experten aktuelle Probleme und Grundsatzfragen diskutieren, und sie publiziert Analysen und Expertisen (z.B. zur Geschlechterpolitik), die einerseits auf diesen Veranstaltungen vorgestellt werden und die andererseits handlungsorientierte Diskursergebnisse einem Fachpublikum in Wirtschaft und Gesellschaft zugänglich machen. Die Abteilung verfügt über eine Reihe von Arbeits- und Gesprächskreisen, in denen sie einen kontinuierlichen Meinungsaustausch und Beratungsprozess zu aktuellen Fragen organisiert, aus denen häufig einschlägige Veröffentlichungen hervorgehen. Dazu zählen

vereinigt haben.“ Doch auch unter den etwa 2,7 Millionen Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die über die Geschicke der gut 80 Millionen anderen Vietnamesen entscheiden, wird diese Altersgruppe kleiner. (...) Die letzten der Kriegsgeneration werden vermutlich durch Kader ersetzt, die im früheren Ostblock ausgebildet wurden. Die werden, wie Beobachter der Friedrich-Ebert-Stiftung meinen, „nicht unbedingt für Reformeifer stehen.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Mai 2006

„Verträge werden nicht mit dem Wahltag über Bord geworfen“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Mützenich über das deutsch-russische Verhältnis – Weltanschauungen auch nicht, möchte man nach den neunten Schlangenbader Gesprächen hinzufügen, bei denen er sprach. Der Verlauf dieses deutsch-russischen Meinungsaustauschs, der von der Friedrich-

Ebert-Stiftung und der Hessischen Friedens- und Konfliktforschung veranstaltet wird, zeigte, wie unvorbereitet die jüngsten Verstimmungen über Gas- und Öllieferungen die politischen Eliten in beiden Ländern getroffen haben.

Neues Deutschland, 5. Mai 2006

Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich in lobenswerter Weise für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf, sucht nach Al-

- Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik
- Arbeitskreis Mittelstand
- Arbeitskreis Dienstleistungen
- Arbeitskreis Verbraucherpolitik
- Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik
- Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik
- Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung
- Gesprächskreis Sozialpolitik
- Gesprächskreis Migration und Integration

Im Jahr 2006 standen vor allem die in Deutschland heiß umstrittenen Themen der Arbeitsmarktpolitik, der Lohnpolitik, der Demografie und der Rentenreform, der Einwanderung und der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Mittelpunkt der Aktivitäten.

In der Arbeitsmarktpolitik wurden einerseits die Hartz-Reformen untersucht, andererseits widmete sich die Abteilung dem Kernproblem des deutschen Arbeitsmarktes, der Beschäftigung gering Qualifizierter mit Analysen und Veranstaltungen zur prekären und einfachen Arbeit, zur Situation leistungsminderter Langzeitarbeitloser und zur Entwicklung des Dienstleistungssektors. Im Spannungsfeld zwischen sozialstaatstauglichen Konzepten und der Beschäftigungssicherung waren die Einführung eines deutschen Mindestlohns sowie die Suche nach beschäftigungsorientierter Lohnpolitik Gegenstand von Veranstaltungen sowie einer Publikation.

► *alternativen für eine flächendeckende Kinderbetreuung, beschäftigt sich mit sperrigen Themen wie dem geschlechtergerechten Personennahverkehr oder „Gender Mainstreaming“. Problematisch wird es aber, wenn eine Debatte die Frage nach dem Entweder-Oder – Karriere oder Kind – stellt und nicht provokanterweise vom Optimum – Karriere und Kind – ausgeht.*

Der Tagespiegel, 13. Mai 2006

In seiner charmant-sarkastischen Art Denkmuster aufzubrechen, eröffnete (Neuköllns Bürgermeister) Buschkowsky den „1. Neuköllner Präventionstag“ in der Friedrich-Ebert-Stiftung und blickte aufmunternd in 250 Gesichter von Pädagogen, Sozialarbeitern, Schulpsychologen und Projektleitern aus seinem Bezirk. Nach den Ereignissen an der Rütli-Schule und dem Film „Knallhart“ könnte man vermuten, in den Ge-

sichtern Resignation oder Zynismus zu lesen. Doch die Stimmung war anders, sehr sachlich und aufgeräumt.

Sonntagsblatt Regensburg, 14. Mai 2006

So genau will es eigentlich niemand wissen: Übergriffe mit rechtsradikalem Hintergrund seien Einzeltaten, heißt es schnell, wenn ein Überfall, eine Schmiererei oder ein Brandanschlag bekannt wird. Die jüngste Doku-

FRAUEN- UND GESCHLECHTERPOLITIK

Trotz bisheriger Erfolge der Frauen- und Gleichstellungspolitik verbleibt weiterhin ein beträchtlicher Handlungsbedarf in Politik und Gesellschaft. Frauen- und genderpolitische Anliegen haben daher einen festen Platz in der Arbeit der FES. Neben der notwendigen Verbesserung von Rahmenbedingungen für mehr Chancengleichheit setzt sich die FES gezielt für einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel ein. Dabei trägt sie dem Prinzip des Gender Mainstreaming als einer modernen und wichtigen Säule Rechnung: In allen Politikbereichen und Themenfeldern wird zunehmend versucht, die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen. Männliche Entscheidungsträger sind hierbei wichtige Gesprächspartner und Multiplikatoren. Gender Mainstreaming ist nicht nur Bestandteil von Demokratieförderung, sondern auch ein Instrument des Qualitätsmanagements, da es eine präzisere Analyse der Zielgruppen ermöglicht und automatisch Fragen der Wirkungsanalyse der Arbeit aufwirft.

In Deutschland leistet die FES durch Politikberatung und die Eröffnung und Steuerung von Diskursen zu Geschlechterthemen einen Beitrag zur Verwirklichung der Geschlechterdemokratie. Dabei greift sie die kontroversen Themen auf, z. B. die neue Rolle der Männer, die Arbeitsteilung der Geschlechter im privaten und öffentlichen Sektor und auch das neue Instrument des Gender Budgeting, das zur Analyse von Budget-Zuweisungen in kommunalen Verwaltungen und ihrer Auswirkungen auf beide Geschlechter angewandt wird.

Mit besonderer Sensibilität widmet sich die Stiftung den Gleichstellungsfragen im interkulturellen Dialog. Das gilt für unsere internationale Arbeit vor allem in islamischen Ländern, aber auch in Deutschland. In der Projektarbeit in fast allen Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, aber auch beispielsweise im nordöstlichen Mittelmeer spielen Fragen der aktiven Einbindung von Frauen in gesellschaftspolitische Prozesse eine wichtige Rolle.

Im Rahmen der Studienförderung wurden zahlreiche Diplom- und Masterarbeiten zu Geschlechterthemen erarbeitet; die Stipendiat/innen haben Arbeitsgruppen zu der Thematik gebildet und der Frauenanteil der 2006 geförderten Studierenden und Graduierten liegt mit 47,5% weiterhin auf hohem Niveau.

mentation der Friedrich-Ebert-Stiftung spricht eine andere Sprache. Bereits zum dritten Mal listen Andreas Angerstorfer und Annemarie Dengg akribisch auf, wann und wo (in Ostbayern) gepöbelt wird, Hetzparolen geschrien, Dunkelhäutige verfolgt oder verprügelt werden.

Deutsche Welle, 15. Mai 2006

Nach dem Massaker von Andischan vor einem

Jahr wies das Regime in Taschkent mehrere ausländische Organisationen aus. Die deutschen politischen Stiftungen dürfen vorerst bleiben. Auch weil sie mit dem Staat kooperieren. Hoffnung ist nicht gerade ein Wort, das mit der politischen Lage in Usbekistan in Verbindung gebracht wird. Reinhard Krumm, Büroleiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Taschkent formuliert deshalb verhalten, wenn er über dieses Land spricht: „Ich glaube, dass

unsere Arbeit hier langfristig Früchte trägt.“

Vorwärts Online, 19. Mai 2006

„Nein“, sagte der für den Sport zuständige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble am Donnerstag in Berlin. Regieren könne der Fußball nicht. „Aber er kann dazu beitragen, die Welt ein ganzes Stück besser zu machen.“ Fußball habe eine große politische Bedeutung nach außen. Schäuble sprach als Gast bei einer Fach-

Einen alternativen Blick auf die deutsche Demografie aus geschlechterpolitischer Perspektive warf eine Studie, indem sie die Familienpolitik kritisch in ihrem Verhältnis zu den Lebensentwürfen der betroffenen Frauen und Männer beleuchtete. Der Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik widmete sich der Rente mit 67. Weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit den Auswirkungen einer alternden Gesellschaft auf die Städte, dem „alternsgerechten“ Arbeiten und Lernen und mit Konzepten des lebenslangen Lernens.

Einwanderung droht nur noch als sicherheitspolitisches Problem betrachtet zu werden. Beiträge zu einer Integrationspolitik, die präventiv Ausgrenzung abbaut, wurden in Veranstaltungen entwickelt, die sich mit dem Zuwanderungsgesetz und der Stadtteilarbeit auseinandersetzten. Dabei wird Migration immer mehr zu einer europäischen Aufgabe, wie auch auf einer Veranstaltung zur europäischen Flüchtlingspolitik deutlich wurde.

Der europäischen Politik widmeten sich Konferenzen zur Übernahme des Euro durch die neuen Mitgliedstaaten und zur Sozialpolitik im europäischen Kontext. Dieses Projekt zum sozialen Ausgleich in den alten und neuen Mitgliedstaaten der EU war

Teil eines mehrjährigen Programms zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell, das in Zusammenarbeit mit der Abteilung Internationaler Dialog (Internationale Politikanalyse) durchgeführt wurde.

2006 begann die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einem Projekt zur Zukunft des Sozialstaates, das 2007 fortgesetzt wird. Es geht dabei nicht nur um eine Klärung des Begriffs „vorsorgender Sozialstaat“, sondern um eine grundsätzliche Klärung der Bedingungen für soziale Gerechtigkeit angesichts des Wandels in der Arbeits- und Lebenswelt, der Bevölkerungsentwicklung und der Weltwirtschaft. Der Sozialstaat wird dabei als integraler Teil von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft begriffen, der nicht nur Geld kostet, sondern Funktionsleistungen erbringt, ohne die weder Wohlstand noch soziale Gerechtigkeit zu erzielen sind.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Veranstaltungen	41
Teilnehmer/-innen	5.600
Publikationen	24

- *konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung vor Vertretern aus 20 WM-Teilnehmerländern.*

Rheinische Post, 1. Juni 2006

Seit geraumer Zeit wächst das Interesse der Deutschen an dem, was christliche Kultur ausmacht und überhaupt an religiösen Fragestellungen und Antworten. Das Tagungsthema der Friedrich-Ebert-Stiftung „Braucht Deutschland Religion?“ traf deshalb einen neuen gesell-

schaftlichen Zeitgeist; das Thema variierte die alte Gretchen-Frage in Goethes Faust: „Nun sag, wie hast du’s mit der Religion?“

Der Tagesspiegel, 2. Juni 2006

Nach zahlreichen rechtsextremistischen Gewalttaten wird Rheinsberg jetzt aktiv. Die Stadt sucht Hilfe bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, einem von der Landesregierung geförderten Beratungsinstitut, einer PR-Agentur so-

wie erfahrenen Familien- und Jugendhelferinnen. „Allein schaffen wir kein neues Klima in der Stadt,“ bekannte Bürgermeister Manfred Richter (SPD) gestern vor der Presse. „Wir starten deshalb den Versuch, Jugendliche vom rechtsextremistischen Gedankengut abzuschneiden.“

ZENTRALE AUFGABEN

Die Abteilung Zentrale Aufgaben greift aktuelle politische Entwicklungen auf mit dem Ziel, Diskurse anzuregen, Dialogprozesse zu organisieren und für ausgewählte Problemfelder Analysen zu erstellen. Partner und Adressaten ihrer Aktivitäten sind Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft. Ihr Instrumentarium umfasst Fachgespräche, Expertenrunden, Hintergrundgespräche, Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussionen und Konferenzen. Im Jahr 2006 wurden zwei neue Arbeitsbereiche eingerichtet, die sich mit Forschung und Innovation bzw. mit Industrie- und Energiepolitik befassen.

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich auf Bundes- und regionaler Ebene mit Thesenpapieren und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen an den reformpolitischen Debatten beteiligt. Es entstanden Positionspapiere über die Gesundheitsreform, Corporate Governance, die Rolle von Finanzinvestoren in Deutschland und die Perspektiven der Wissensgesellschaft. Sie wurden auf Podiumsveranstaltungen präsentiert, an denen u.a. Bundesminister Peer Steinbrück, Staatssekretär Thomas Mirow und Landesminister Jürgen Zöllner teilnahmen.

Die regionalen Managerkreise haben neben größeren öffentlichen Veranstaltungen verstärkt auch kleinere mit einem begrenzten Einladungskreis durchgeführt. Gastredner waren unter anderem Heinrich von Pierer, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG, Jochen Dieckmann, der damalige Vorsitzende der SPD Nordrhein-Westfalen, Kai-Uwe Ricke, (damals) Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG, Prof. Dr. Bernd Huber, Rektor der Ludwig Maximilian Universität München, und Rolf Oesterhoff, Geschäftsführer MHKW Rothensee.

Der Arbeitskreis Wohnungspolitik setzte sich mit der Einbeziehung von Wohnungsimmobiliën in die Altersvorsorge, dem Konzept der sozialen Stadt und den Auswirkungen von REITS auf die kommunale Wohnungsvorsorge auseinander. Mit der Konferenz „Reform der Arbeitsvermittlung“ griff die Abteilung das Anliegen auf, der Förderung von Arbeitsuchenden mehr Gewicht zu geben, nachdem der Aspekt des Forderns in den Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre im Vordergrund gestanden hatte.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 3. Juni 2006

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat inzwischen fast jeder zehnte Arbeitnehmer nur noch einen befristeten Job – Tendenz steigend. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass „atypische, nicht standardisierte Beschäftigung längst zu einem Massenphänomen geworden ist“. Am häufigsten betroffen seien

Beschäftigte der Bauwirtschaft und im Einzelhandel. In diesen Bereichen seien „Normalarbeitsverhältnisse für Mehrheiten nicht (mehr) erreichbar“, stellen die Forscher fest.

Kölner Stadt Anzeiger, 26. Juni 2006

Da sitzt eine Elite – Michael Schürz von der Wiener Nationalbank, der Berliner Historiker Jürgen Kocka, der Berliner IG-Metall-Funktionär Michael Guggemos und der ehemalige

NRW-Justizminister Jochen Dieckmann – auf dem Podium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und diskutiert über Eliten. Das hat Schmackes und ist überdies lobenswert, und zwar nicht nur wegen der erwiesenen Fähigkeit zur elitären Selbstreflexion.

Bietigheimer Zeitung, 26. Juni 2006

Sie versagen öfter in der Schule als Mädchen, ziehen bei Ausbildung und Job den Kürzeren ►

Daneben ist die Medienpolitik ein wichtiges Arbeitsfeld der Abteilung. Politiker, Journalisten und Experten diskutierten den Nutzen und die Gefahren des Gebrauchs von Internet-Suchmaschinen auf einem wissenschaftlichen Workshop und der anschließenden internationalen Konferenz zum Thema „Die wachsende Macht der Suchmaschinen im Internet“. Das Gutachten von Prof. Welfens, Universität Wuppertal, zur „Zukunft des deutschen Telekommunikationsmarktes“ wurde auf einer Konferenz zu diesem Thema vorgestellt.

Im Rahmen der Konferenz zum Thema „Kontrolle von Meinungsmacht in Zeiten der Konvergenz – Demokratie und Wirtschaft brauchen klare Regeln“ wurde das gleichnamige Gutachten von Dr. Schulz und Dr. Held vom Hans-Bredow-Institut vorgestellt. Staatssekretär Martin Stadelmaier, Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, kommentierte das Gutachten.

Die Arbeitsgruppe Verkehr des Managerkreises hat in regelmäßigen Fachgesprächen ein Thesenpapier zur „Zukunft des Verkehrs – Finanzierung und Mobilität“ erarbeitet, das der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Thilo Sarrazin, Finanzsenator in Berlin, konnte für ein kommentierendes Eingangsstatement gewonnen werden.

Mit Unterstützung der Deutschen Energie-Agentur dena GmbH wurde die Konferenz „Biotkraftstoffe der Zukunft. Strategien einer nachhaltigen Mobilität“ organisiert, die Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mit einer Grundsatzrede eröffnete.

Mit der in der Öffentlichkeit stark beachteten Konferenz „Mobilität braucht Kommunikation – für eine neue deutsche Verkehrspolitik“ hat die Stabsabteilung den Dialog führender Vertreter aus Wirtschaft und

Politik gefördert, darunter Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee.

Stabsabteilung	
Konferenzen und Podiumsveranstaltungen	39
Fachgespräche	14
Arbeitsgruppensitzungen	27
Hintergrundgespräche	19
Publikationen	16

► *und lösen Probleme nur mit Gewalt: Jungs sind das schwache Geschlecht der Moderne, sagen Wissenschaftler. „Brauchen wir eine gezielte Förderung für unsere Söhne?“, fragte eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung. „Ja“, antworteten die Fachleute auf dem Podium. (...)„Fachleutesprechen von der Jungenkatastrophe“, erklärt (die Diplom-Pädagogin) Margitta Kunert-Zier.*

Die Welt, 27. Juni 2006

„Drei US-Unternehmen teilen sich mehr als 90 Prozent des deutschen Internet-Suchmarktes“, sagt der Internet-Experte Marcel Machill, der an den Universitäten Dortmund und Leipzig Journalistik lehrt. „Es ist wichtig, dass sich diese Macht nicht unbeobachtet entwickeln kann“, erklärt Machill. Auf einer internationalen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung fordert er daher gemeinsam mit anderen Medienexper-

ten eine größere Kontrolle der Monopolmacht von Internet-Suchmaschinen wie Google und Yahoo.

dpa, 27. Juni 2006

„Die friedlich-fröhliche Atmosphäre auf den Straßen spielt sich auch in den Wohnzimmern ab“, berichtet Marc Bialojahn von der Fanorganisation „Ein Dach für Fans“, die auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt wird. Die

STUDIENFÖRDERUNG

Die Förderung besonders begabter und gleichzeitig gesellschaftspolitisch engagierter Studierender und Nachwuchswissenschaftler bleibt eine Kernaufgabe der Friedrich-Ebert-Stiftung. In einem mehrstufigen Verfahren werden die besten Bewerber ausgewählt. Hierbei wird die Studienförderung von zahlreichen Vertrauensdozenten und einem unabhängigen Auswahlausschuss unterstützt.

Zu den Förderzielen zählen ein überdurchschnittlicher Studienabschluss sowie die Intensivierung des gesellschaftspolitischen Engagements der Stipendiaten. Neben der materiellen Unterstützung bildet die ideelle Förderung das Herzstück der Arbeit. Zahlreiche Instrumente unterstützen die Stipendiaten, ihre Ausbildung mit einem überdurchschnittlichen Examen abzuschließen, insbesondere persönliche Ansprechpartner in der Studienförderung, halbjährliche Studienverlaufskontrolle, Fachberatung durch Vertrauensdozenten sowie Förderung und Beratung bei Auslandsaufenthalten. Um den Einstieg der Geförderten in den Beruf zu erleichtern, werden Seminare zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, Orientierungshilfe bei der Berufswahl durch berufsorientierende Seminare und eine Praktikantenbörse angeboten.

Neue Betreuungselemente wurden im Jahr 2006 weiter ausgebaut. Das in Zusammenarbeit mit den ehemaligen Stipendiaten entwickelte Mentorenprogramm startete in diesem Jahr bundesweit. Vorgegangen waren erfolgreiche Pilotprojekte im Rhein-Main-Gebiet, München/Augsburg und Berlin/Potsdam. Im Programm unterstützen ehemalige Stipendiaten bei Studienfragen und beim Berufseinstieg. Darüber hinaus konnten Ehemalige zur Vermittlung von Praktikumsstellen gewonnen werden.

Einen wesentlichen Beitrag zu besserer Kommunikation stellen die drei Intranet-Plattformen www.fes-stip.de, www.fes-ehemalige.de und www.fes-studienfoerderung.de dar.

Für die Vertrauensdozenten wurde hier zur besseren Information und Kommunikation ein geschützter Bereich geschaffen. Als zusätzliches Angebot wurde das Who's Who der ehemaligen Stipendiaten erstmals online zur Verfügung gestellt. Auch die aktuell geförderten Promotionsvorhaben sind leicht zu finden. Auf den drei Plattformen des Intranets können Stipendiaten, Ehemalige, Vertrauensdozenten und Mitarbeiter der Stiftung komfortabel Experten recherchieren – im Pool der Ehemaligen und Vertrauensdozenten.

Resonanz sei überwältigend. Die Idee der Völkerverständigung werde „Total ausgelebt“. Rund 5000 Schlafmöglichkeiten werden über das Portal angeboten, gut 60 Prozent kostenlos. Bettenbörsen zu einer Fußball-WM habe es in der Form bislang noch nicht gegeben.

Main Post, 27. Juni 2006

Als erste Schule in Bayern zeigt das (Würzburger Friedrich-Koenigs-Gymnasium) FKG ge-

meinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ die auf einem neuen pädagogischen Konzept beruhende Wanderausstellung, deren Grundlage das weltberühmte Tagebuch ist, das Anne Frank hinterlassen hat. FKG-Schüler führen andere Jugendliche durch die Ausstellung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juli 2006

Der große Mann im Anzug stellt sich der Gruppe nicht vor. Es geht einfach los (...) Die anderthalb Tage in der Bildungsstätte der Friedrich-Ebert-Stiftung beginnen mit einem Rollenspiel, manche sagen später: mit einem Schock. Wer ist das? Ist das jetzt schon echt? Was soll ich sagen? Medientrainer Thorsten Reinke kann zufrieden sein mit seiner Provokation. Der Berli-

Zur Förderung des gesellschaftspolitischen Engagements wird ein umfangreiches studienbegleitendes Seminarprogramm angeboten. Darüber hinaus legt die FES besonderen Wert auf die Förderung der Eigeninitiative von Stipendiaten. In diesem Zusammenhang unterstützt sie die Arbeit der FES-Hochschulgruppen, die stipendiatischen Arbeitskreise und die Herausgabe der Zeitschrift „Forum“.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Vertrauensdozenten wurde ein Newsletter für diese Gruppe entwickelt. Zur Gewinnung neuer Bewerberkreise wurde das Informationsmaterial aktualisiert, der Vertrieb optimiert und es wurden neue Ansprechpartner zur Vorstellung der Förderungsmöglichkeiten gefunden. Verstärkt werden Studierende aus einkommensschwachen Schichten sowie mit Migrationshintergrund angesprochen.

Studienförderung 2006	
Stipendiaten	1.653
Neuaufnahmen 2005	353
Frauenanteil	47,5%
Migranten bzw. mit Migrationshintergrund	10%
Herkunftsregionen der ausländischen Stipendiaten	
Asien	45%
Europa	37%
Afrika	12%
Amerika	6%
Abschluss mit Prädikatsexamen	
Deutsche Stipendiaten	93,0%
Ausländische Stipendiaten	86,4%

Um die Erfahrungen und Kompetenzen der zahlreichen ehemaligen Stipendiaten für die Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung zu nutzen, werden die Kontakte zu den Ehemaligen besonders gepflegt. Die Palette der Ehemaligenarbeit umfasst eine Reihe bundesweiter Treffen im Rahmen der politi-

Veranstaltungen der Studienförderung 2006		
Veranstaltungstyp	Anzahl	Teiln.
Auswahltagungen	6	90
Sitzungen des Beirats ehemaliger Stipendiaten	2	40
Studienbegleitendes Seminarprogramm gesamt	64	1.485
- davon gesellschaftspolitische Themen	24	540
- davon berufsorientierende Seminare	5	125
- davon Kompetenztrainings	5	100
- davon Journalistenförderung	7	120
- davon Informationsseminare für Stipendiaten	15	375
- davon stipendiatische Konferenzen	3	125
- davon Studienreisen	3	60
- davon Fachtagungen für Doktoranden	2	40
Ehemaligentreffen	12	1.000
Summe	84	2.615

schen Bildungsarbeit, das Mentorenprogramm und die Herausgabe des mehrbändigen, regelmäßig aktualisierten Nachschlagewerks „Who's Who der Ehemaligen“ in gedruckter und Online-Version. Unterstützt wird auch die Arbeit des Vereins „FES-Ehemalige“ – eine institutionalisierte Fortsetzung der Initiative der ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In der „Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung“ beim LIT-Verlag sind inzwischen 30 Bände erschienen. In der Reihe, die von den ehemaligen Stipendiaten Klaus-Jürgen Scherer, Adalbert Schlag und Burkard Thiele herausgegeben wird, können mit „Magna cum laude“ oder „Summa cum laude“ bewertete Dissertationen von Promotionsstipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert werden. Nähere Infos unter: www.lit-verlag.de/reihe/fes

► *ner Fernsehjournalist braucht die Unsicherheit seines Publikums, auf dass er sie in souveräne Gelassenheit verwandeln kann.*

Brand Eins, Juli 2006

Eine wirksamere Arbeitsmarktpolitik setzt zuerst „die Anerkennung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse voraus“; schreibt Klaus Dörre, Professor für Arbeitssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in seiner vor kurzem

erschienenen, über 100 Seiten dicken Studie „Prekäre Arbeit“, die er im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat. Und: „Ziel muss es sein, flexible Arbeitsformen nicht zu verhindern, sondern ihnen nach und nach ihren prekären Charakter zu nehmen.“

Süddeutsche Zeitung, 8. Juli 2006

„Kann Sport noch Vorbild sein?“, lautet die Frage dieses Ersten Münchner Sportgesprächs, zu

dem die Friedrich-Ebert-Stiftung Funktionäre, Wissenschaftler und Politiker aufs Podium geladen hat. Am Ende zeigt sich weniger eine Antwort auf diese Frage als ein Appell: Die Menschen brauchen den Breitensport als Bewegungskultur um gesund zu bleiben, und der Breitensport braucht Vorbilder um sich zum Spitzensport zu entwickeln.

HISTORISCHES FORSCHUNGSZENTRUM

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung von deutschen und ausländischen Stipendiaten und Ehemaligen gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen. Für das Jahr 2006 ist das Spendenaufkommen mit 230.000 Euro ungefähr auf der Höhe des Vorjahres geblieben.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort: „Solidaritätsfonds der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung“, Konto 10 10 60 62 08 bei der SEB AG Bonn (BLZ 380 101 11).

Herbert-Wehner-Stipendium

Im Jahr des 100. Geburtstags von Herbert Wehner erschien 2006 die aus diesem Fonds finanzierte Biographie „Herbert Wehner – ein deutscher Jahrhundertpolitiker“ von Dr. Christoph Meyer. Des weiteren wurden fünf Stipendien vergeben, z.B. zur Drucklegung der Dissertation „Eiserne Kohorte der Revolution? Zur Sozialgeschichte der KPD in der Weimarer Republik“ von Ulrich Eumann sowie „Zwei Farben Rot. Parteien in Ostdeutschland und Polen vor der Herausforderung postsozialistischer Wählermärkte. PDS und SLD im Vergleich“ von Inka Jörs.

Spenden für das „Herbert-Wehner-Stipendium“ können auf das Sonderkonto der Friedrich-Ebert-Stiftung Nr. 10 10 60 62 10 bei der SEB AG Bonn (BLZ 380 101 11) eingezahlt werden.

Nicht nur für die Geschichte des Nationalsozialismus gilt das Diktum von der „Vergangenheit, die nicht vergeht“. Deshalb unterhält die FES mit großem Aufwand ein einmaliges Historisches Forschungszentrum; denn sie sieht sich in die Pflicht genommen zur Bewahrung, Analyse und Auswertung der Tradition der gesamten sozialdemokratischen Bewegung – Partei, Gewerkschaften, Kulturbewegung – seit der Revolution von 1848. Deren historische und aktuelle Materialien werden im Archiv und in der Bibliothek gesammelt und gesichert, in der kleinen Forschungsabteilung mit Unterstützung externer Forscher analysiert, im Karl-Marx-Haus sowie in Wanderausstellungen museal aufbereitet und mit modernstem Datenmanagement einem breiten Publikum weltweit vermittelt.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 9. Juli 2006

Zudem war (Südafrikas Präsident) Mbeki der Vordenker und Stratege seiner Partei, die er im Einklang mit dem Nationalidol Mandela aus dem bewaffneten Widerstand zu Verhandlungen sowie 1994 zu einem friedlichen Machtwechsel führte und bald darauf auch zu einem Umdenken in der Wirtschaftspolitik veranlasste. (...) Mbeki wusste, dass der aussichtsreiche

Weg nicht Populismus sein konnte, zu dem viele seiner Anhänger neigten, sondern eine soziale Marktwirtschaft nach deutschem Modell. Dazu trugen frühe, diskrete Hilfen der Friedrich-Ebert-Stiftung ebenso bei wie Kontakte zur deutschen Wirtschaft.

Thüringische Landeszeitung, 21. Juli 2006

Das Projekt „Weimar und die Republik“ tritt in seine nächste Phase: Am 31. Juli 1919 wurde

im Deutschen Nationaltheater die Verfassung verabschiedet. Stadt und Friedrich-Ebert-Stiftung erinnern daran, wie schwierig der Weg zur Demokratie in Deutschland war. (...) Vom Balkon des DNT sprechen Reichspräsident Friedrich Ebert und Marie Juchacz (dargestellt von Schauspielern), im Originalton werden Reden aus der Zeit der Nationalversammlung 1919 übertragen.



In diversen Schriftenreihen und in dem Jahrbuch „Archiv für Sozialgeschichte“ sind seit der deutschen Einheit insgesamt 300 Bände mit 93.000 Druckseiten veröffentlicht worden, vorwiegend im sozialdemokratischen Traditionsverlag J.H.W. Dietz Nachf..

Aus den insgesamt 19 Publikationen des Jahres 2006 sei nur auf vier verwiesen:

- Das „Archiv für Sozialgeschichte“ behandelt das Rahmenthema „Integration und Fragmentierung in der europäischen Stadt“. Es ist dem Gedenken des verstorbenen Ehrenvorsitzenden Holger Börner gewidmet.
- Zusammen mit der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte legt die Stiftung die erste umfassende Biographie ihres Namensgebers Friedrich Ebert aus der Feder von Walter Mühlhausen vor.
- Im Rahmen einer vielbändigen Edition der Quellen deutscher Gewerkschaften wurde 2006 der Band zum DGB in der von wichtigen gewerkschaftlichen und politischen Konflikten gekennzeichneten Phase von 1964 bis 1969 veröffentlicht.
- Unter der Führung des FES-Vorstandsmitglieds Peter Brandt ist der erste Band eines „Handbuchs der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert“ erschienen, der alle verfassungsrelevanten Bereiche aller europäischen Länder von 1770 bis 1815 analysiert. Die zugehörige CD-ROM mit den Verfassungstexten liegt schon vor.

Auf zwei neue Projekte ist kurz hinzuweisen:

- In Zusammenarbeit mit den internationalen Abteilungen planen die Historiker der FES eine Taschenbuchreihe zur Geschichte der internationalen Arbeit der Stiftung. Das Manuskript des ersten Bandes über die Zeit von den Anfängen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts liegt bereits vor und erscheint 2007.
- Mit Blick auf das Jubiläumsjahr 2009 wurde eine Darstellung der Geschichte der SPD-Bundestagsfraktion begonnen, die 60 Jahre Geschichte der Bundesrepublik im Spiegel der Fraktionstätigkeit nachzeichnen wird.

Von den insgesamt neun Ausstellungen seien an dieser Stelle drei hervorgehoben:

- Eine Wanderausstellung über den großen bayerischen Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringen anlässlich seines 100. Geburtstags wurde im bayerischen Landtag von Anke Fuchs und Hans-Jochen Vogel eröffnet.
- Zum 100. Jahrestag des „Mannheimer Abkommens“ beleuchtet eine Wanderausstellung die komplizierte Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften von den Anfängen bis heute. Sie wurde in Berlin von Kurt Beck und Margret Mönig-Raane eröffnet.
- Eine weitere Ausstellung widmete sich dem sozialdemokratischen Traditionsverlag J.H.W. Dietz Nachf..

► Märkische Allgemeine, 26. Juli 2006

Skeptisch zu einem Einsatz deutscher Soldaten äußerte sich auch der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel, Hermann Bünz. Die Deutschen hätten in der Krisenregion bislang eine ganz andere Aufgabe gehabt, sagte er am Dienstag im Südwestrundfunk, nämlich „im Stillen zu wirken“.

Der Spiegel, 31. Juli 2006

Ohne durchgreifende Reformen geht es nicht – davon sind die meisten Deutschen weiter überzeugt, sie erwarten aber eine gerechte Verteilung der Lasten und sichtbare Erfolge. Dies geht aus einer Untersuchung des Münchner Sozialforschungsinstituts Sinus im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hervor.

Die Zeit, 24. August 2006

Steinbrück will Sanierer und Gestalter zugleich sein, auch Sparminister, das schon, aber vor allem Modernisierer. Denn was sich bisher nicht allzu weit herumgesprochen hat: Steinbrück ist auch stellvertretender Parteivorsitzender der SPD, und das will er durchaus deutlich machen. Darum hält er solche Reden wie im Juni die vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Potsdam über ein neues sozialdemokratisches Staatsverständnis.

Das Archiv der sozialen Demokratie ist besonders stolz auf den Neuzugang des schriftlichen Nachlasses des Bundespräsidenten Johannes Rau, ein Bestand, der rund 300 laufende Meter umfasst. Im Organisationsbereich ist bei den Neuerwerbungen vor allem der riesige Aktenbestand des ÖTV-Archivs zu nennen.

Neben der Bestandspflege werden im Archiv der sozialen Demokratie kontinuierlich diverse Digitalisierungsprojekte durchgeführt, die die weltweite Nutzung der Archivalien ermöglichen. Die ersten Findbücher sind ins Internet eingestellt worden. Die Archiv-Homepage verzeichnet etwa 2,5 Mio. Zugriffe im Jahr.

Die Bibliothek der FES zählt mit gut 730.000 Bänden weltweit zu den größten sozialwissenschaftlich-historisch orientierten Spezialbibliotheken und erfüllt vielfältige nationale und internationale Aufgaben. Über 12.000 Fernleihbestellungen aus dem In- und Ausland – eine Verdoppelung innerhalb von drei Jahren – und fast 19 Mio. Zugriffe auf die verschiedenen Internet-Angebote der Bibliothek zeugen von einem geradezu sprunghaften Wachstum der Attraktivität dieser Einrichtung.

Das Karl-Marx-Haus in Trier verzeichnet mit seiner neuen Dauerausstellung eine zunehmende Resonanz. Über 39.000 Besucher aus aller Welt haben 2006 das Museum besucht, allein fast 13.000 aus China. Sie nutzen die angebotenen Audioguides in deutscher, englischer, französischer und chinesischer Sprache und werden darüber intensiv museumspädagogisch betreut. Zahlreiche Veranstaltungen und auch Sonderausstellungen erhöhen die Attraktivität des Hauses.

nis, die mehr Beachtung verdient hätte, als sie bekam.

Freies Wort, 13. September 2006

Ohne striktes Sparen droht dem Land Thüringen schon bald die finanzielle Handlungsunfähigkeit, warnt eine Studie des Finanzexperten Helmut Seitz. (...) Die im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung entstandene Studie kritisiert, dass Land und Kommunen zusammen

etwa 1,2 Milliarden Euro mehr für Personal- und Sachkosten ausgeben als etwa Sachsen oder vergleichbare West-Bundesländer.

Giessener Anzeiger, 25. September 2006

„Die Furcht vor Neuerungen darf nicht dazu führen, dass man nicht darüber redet“, mahnte Magdalena Schirm von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Deshalb wolle man sich in punkto Gentechnik nicht verstecken und dieses heiße The-

ma im Politischen Club, der regelmäßig im Dach-Café zu aktuellen Themen debattiert, zur Diskussion stellen. Als Experte war Professor Karl-Heinz Kogel, Biologe an der Justus-Liebig-Universität, eingeladen. (...) „Gerade wir in Deutschland müssen die Chance dieser Technik nutzen, da wir Biosicherheitsforschung betreiben, wie sie in keinem anderen Land betrieben wird“, antwortete Kogel den Kritikern.



DIE AUSLANDSBÜROS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG



INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (IEZ)

Die Abteilung IEZ war 2006 in 72 Ländern mit 64 Büros in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen Osten und an den UN-Standorten in New York und Genf vertreten. Neben den regional- und landesspezifischen Projektansätzen widmete sie sich auch im abgelaufenen Jahr verstärkt der Beratung und dem Erfahrungsaustausch zu kontinentübergreifenden internationalen Fragen wie der globalen Gewerkschaftskooperation, der veränderten geopolitischen Rolle großer Länder in der Globalisierung und der Zukunft der deutschen Außenbeziehungen.

Globalisierung

Das 2006 abteilungsübergreifend geplante Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung „Kompass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen – Ziele, Instrumente, Perspektiven“ möchte einen Beitrag zur Debatte der außenpolitischen Grundorientierungen und Strategien Deutschlands unter den Bedingungen eines veränderten globalen Umfeldes leisten. In rund 25 Einzelartikeln, die ab Mai 2007 vorliegen und zum Großteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FES verfasst werden, gibt das Projekt einen Überblick über die wichtigsten Themen und Regionen deutscher Außenbeziehungen. Neben der Analyse der zentralen Herausforderungen in den einzelnen Politikfeldern konzentriert sich „Kompass 2020“ in erster Linie auf die Formulierung von plausiblen, alternativen Szenarien sowie auf kurz- und mittelfristige Handlungsoptionen für die deutsche Politik.

„New Powers for Global Change?“ ist der Titel eines kontinentübergreifenden Programms, das 2006 seine Arbeit aufnahm und der neuen außenpolitischen Rolle aufstrebender Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas und deren Strategien zur Gestaltung der regionalen und globalen Ordnung sowie den Möglichkeiten der damit einhergehenden geopolitischen Veränderungen nachgeht. In einer ersten Runde fanden Veranstaltungen in Mexiko, China, Ägypten und Südafrika statt; weitere sind in Vorbereitung. Ergänzt wird dieses Programm durch Kurzstudien in der internationalen Reihe Dialogue on Globalization.

► Vorwärts, 26. September 2006

Dreimal in Folge hat Tony Blair seine Partei zum Wahlsieg geführt und war damit so erfolgreich wie kein anderer Partei-Chef der britischen Linken zuvor. Doch Anfang September kündigte Tony Blair seinen Rücktritt im Laufe der nächsten zwölf Monate an. Seine Popularitätswerte bewegten sich seit längerer Zeit auf einem historisch niedrigen Niveau. (...) Dr. Ernst Hillebrand, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Lon-

don, hat in einer sachkundigen Analyse Hintergrundinformationen über die Situation Labours am Ende der Blair-Ära zusammengetragen und dargestellt, an welchen Themen die Partei eine neue politisch-programmatische Diskussion führen muss.

Kölner Stadt Anzeiger, 3. Oktober 2006

Liebesroman, Gesellschaftsroman und Geschichte der Medien in Norwegen: Die Wege-

land-Trilogie des norwegischen Autors Jan Kjaerstad fesselte die Zuhörer jüngst in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel. Die Lesung des Erfolgsschriftstellers gehörte zu den Höhepunkten der 61. Bad Münstereifeler Literaturgespräche. „Einen vergleichbaren zeitgenössischen deutschen Gesellschaftsroman gibt es momentan nicht“, urteilte Dr. Helmut Mörchen, Leiter der zur Friedrich-Ebert-Stiftung gehörenden Akademie.

Die Gewerkschaften sind ein zentraler Partner für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese Partnerschaft gehört zu den unverzichtbaren Kernaufgaben und zum eigenen Grundverständnis: Die FES definiert ihre Arbeit im Rahmen der gemeinsamen Werte, die die beiden großen Institutionen der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, verbinden. Daher tragen alle Arbeitsbereiche der Stiftung dazu bei, diesen Auftrag umzusetzen.

In Deutschland findet in der politischen Bildung und im Rahmen der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Beratungsarbeit eine Kooperation mit den Gewerkschaften auf vielfältigen Ebenen statt: Kompetenztrainings und Informations- und Lernprojekte vermitteln Wissen und Fertigkeiten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage versetzen, erfolgreich Führungsaufgaben in den Gewerkschaften und bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen wahrzunehmen. Zum anderen sind Gewerkschafter und betriebliche Arbeitnehmervertreter an den wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Foren der FES beteiligt und bringen hier die gewerkschaftliche Sicht der Dinge und den Sachverstand der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen ein. Auch und gerade in unternehmensorientierten Gesprächszusammenhängen wie dem Managerkreis der FES liefern Gewerkschafter wichtige Beiträge auf den Podien oder in Hintergrundgesprächen und wirken so aktiv am Dialog zwischen Politik, Unternehmen, Managern und Arbeitnehmerorganisationen mit. Zugleich begleitet die FES mit ihren Foren und Studien die Gewerkschaften im Modernisierungsprozess, indem gemeinsam zentrale sozial- und wirtschaftspolitische Themen erarbeitet und öffentlich diskutiert werden. Im Jahr 2006 standen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Deutschland im Zentrum dieser Zusammenarbeit.

Die Förderung von Gewerkschaften in der internationalen Zusammenarbeit konzentrierte sich 2006 auf die Stärkung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Rahmen regionaler Zusammenschlüsse. Daher unterstützte die Stiftung neben der Zusammenarbeit mit nationalen Gewerkschaften in ihren Projektländern die Global Union Federations (GFU) und den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) bei ca. 100 regionalen Maßnahmen.

Ein thematischer Schwerpunkt der Projekte lag auf der Einhaltung und Überwachung der Sozialstandards, also der ILO-Kernarbeitsnormen, der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie der Internationalen Rahmenabkommen.

Die Bibliothek und das Archiv der sozialen Demokratie flankieren die Gewerkschaftsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie stellen das „historische Gedächtnis der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung“ dar. Die Angebote werden fortlaufend für ein internationales Publikum modernisiert, z.B. durch eine Datenbank als Online-Informationsangebot, in der die weltweit zugänglichen Bestände der internationalen Gewerkschaftsorganisationen nachgewiesen werden.

ZDFheute.de, 15. Oktober 2006

Die vom SPD-Vorsitzenden Kurt Beck angestoßene Debatte über ein wachsendes „Unterschichten-Problem“ in Deutschland zieht weitere Kreise. Nach einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung gehören dieser neuen gesellschaftlichen Unterschicht acht Prozent der Bevölkerung an. Dies berichtete die „Bild am Sonntag“ unter Berufung auf die repräsentative Untersuchung des Instituts

TNS Infratest. Zur neuen Unterschicht zählen demnach 20 Prozent der Ostdeutschen und 4 Prozent der Westdeutschen. Die Wissenschaftler sprechen in der Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ vom „abgehängten Prekariat“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Oktober 2006

Eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie über neue Armut in Deutschland hat in

der großen Koalition eine Diskussion über Begriff und Phänomen der „Unterschicht“ ausgelöst.

tagesschau.de, 16. Oktober 2006

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist noch nicht erschienen, da sorgen Auszüge schon für Schlagzeilen. Im Gespräch mit tagesschau.de erklärt Frank-Dieter Karl, Abteilungsleiter Gesellschaftspolitische Informa- ▶

Das Globalisierungsprojekt begleitete 2006 zwei der markantesten, auf dem UN-Gipfel im September 2005 beschlossenen Reformprojekte der Vereinten Nationen: die Einrichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission) und die Ersetzung der bisherigen Menschenrechtskommission durch einen Menschenrechtsrat (Human Rights Council). In einer Reihe regionaler Konferenzen (in Islamabad, Maputo und Rio de Janeiro) wurde über den Vorbereitungsstand auf UN-Ebene berichtet, und es wurden Positionen und Argumente der Akteure in den jeweiligen Regionen diskutiert. Diese wurden im Anschluss in einer Konferenz in New York in den UN-Prozess zurückgeführt. So konnte nicht nur eine interessierte politische Gemeinschaft über die Entwicklung der Peacebuilding Commission informiert, sondern auch eine breite Auswahl regionaler Positionen in die Beratungen einbezogen werden. Das FES-Büro in Genf leistete 2006 im Zuge des Umbruchs von der bisherigen diskreditierten UN-Menschenrechtskommission zum neuen Menschenrechtsrat durch Publikationen und Veranstaltungen wertvolle Informationsarbeit, die bei den involvierten Akteuren und Menschenrechtsaktivisten auf positive Resonanz stieß.

Ein weiterer Fokus der Arbeit 2006 lag in der Begleitung der lebhaften Diskussionen zur Krise der Welthandelsrunde und der WTO als Stützpfeiler eines multilateralen Ordnungssystems durch zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen. Der mit

der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin ausgerichtete 5. Nord-Süd-Dialog zu Global Governance-Herausforderungen war 2006 der Frage nach der Zukunft der WTO gewidmet. An der Konferenz nahmen Experten aus über 20 Ländern teil. Im September beteiligte sich die FES an dem von der WTO ausgerichteten öffentlichen Forum „Welche WTO für das 21. Jahrhundert?“ in Genf.

In einer gemeinsamen Konferenz mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu Sozialrechtsreformen in Entwicklungsländern in Berlin wurde die Debatte über Herausforderungen und Optionen einer sozialen Gestaltung der Globalisierung aufgegriffen.

Aids hat sich in den vergangenen Jahren zu einem globalen Problem entwickelt. Vor diesem Hintergrund fand in Berlin eine internationale Konferenz „Generation Aids – 25 Jahre nach der ersten Diagnose“ in Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF statt. Dabei ging es darum, gemeinsam nach Strategien zu suchen, um eines der größten Hindernisse beim Kampf gegen die Epidemie, das Stigma, mit dem HIV-infizierte Menschen und ihre Kinder gebrandmarkt werden, zu überwinden. Der Gesundheitsminister von Namibia, die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, die Vorsitzende von UNICEF-Deutschland, Heide Simonis, und der UN- Sonderbeauftragte für HIV/Aids, Stephen Lewis, diskutierten mit einem engagierten Fachpublikum.

► *tion bei der FES, womit sich die Studie genau beschäftigt, was das „Prekariat“ ist und warum er sich gegen den Begriff „Unterschicht“ wehrt.*

die tageszeitung, 16. Oktober 2006

An Metaphern ist bei der ersten Diskussionsrunde des deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs nicht gespart worden. Zum achten Mal veranstaltete die SPD-nahe Friedrich-

Ebert-Stiftung mit zwei KP-nahen Organisationen aus China diese Gesprächsrunde. Gleich Eingangs verglich Dr. Tao Tao von der Chinesischen Gesellschaft für Internationale Verständigung Menschenrechte mit Wassertropfen, die je nach Sonneneinstrahlung unterschiedlich gefärbt seien. (...) Exjustizministerin Herta Däubler-Gmelin nutzte das Bild für ihr Gegenargument: Genau wie die Substanz des Wasstners sei der Inhalt der Menschenrechte überall

auf der Welt gleich und könne nicht vom nationalen Kontext abhängig gemacht werden.

Süddeutsche Zeitung, 17. Oktober 2006

Die Politikwissenschaft wiederum befasst sich, 150 Jahre nach Marx und Engels, erneut mit den „Deklassierten“ oder dem „neuen Proletariat“. In der Studie „Gesellschaft im Reformprozess“, die Infratest für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung angefertigt hat, ist jetzt die Rede

Afrika

Viele Länder Afrikas zeigen in den letzten Jahren eine deutlich bessere Wirtschafts- und Reformdynamik und scheinen auf dem Weg zu sein, ihre Entwicklung in den Griff zu bekommen. Langjährige Konflikte sind beendet worden, in vielen Ländern südlich der Sahara haben demokratische Wahlen im Rahmen von Mehrparteiensystemen stattgefunden. Die Gründung der Afrikanischen Union (AU) und die Formulierung der „Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NEPAD) haben dazu beigetragen, das Gewicht des Kontinents auch auf der internationalen Bühne zu erhöhen.

„Der Islam“ wird in der Regel mit der „arabischen Welt“ gleichgesetzt. Eine vertiefte Beschäftigung mit dem politischen Islam in Westafrika ist jedoch angebracht, da gerade diese Region durch ein erhebliches demographisches Gewicht der Muslime geprägt ist. Im März 2006 widmete sich deshalb eine internationale Konferenz in Berlin dem Thema des politischen Islam in Westafrika. Grundlage bildete die Vorstellung und Besprechung der von der FES herausgegebenen Studie „Politischer Islam in Westafrika – eine Bestandsaufnahme“. Diese Studie zeigt zum einen, dass gewalttätige Ausschreitungen wie zum Beispiel in Cote d’Ivoire und Nigeria eben nicht – wie oft vermutet – originär religiös motiviert sind, und dass von einem grundsätzlichen Gegensatz zwischen „Islam“ und „Demokratie“ in Westafrika keine Rede sein kann.

Mit einer Konferenz in Mosambik hat die FES 2006 die Debatte um die Ratifizierung der Statuten zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs aufgenommen. An der Veranstaltung nahmen rund 70 Personen aus Mosambik, Angola, Namibia, Südafrika, Botswana, Lesotho, Brasilien und Portugal teil. Die USA, Holland, Südafrika und Portugal waren durch ihre Botschafter vertreten. Die Mehrzahl der Teilnehmer waren Richter an den höchsten Gerichten ihrer Länder bzw. an den Verfassungsgerichten, Anwälte, Abgeordnete, Parteienvertreter sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Asien

Die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Asien wird besonders durch die großen Länder der Region, China und Indien, angezogen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in China in den letzten zehn Jahren um 131%, in Indien um 76%. China ist mittlerweile die drittgrößte Handelsnation der Welt. Indien ist schon heute wichtigster Bezugspunkt für die Bemühungen um ein ziviles Konfliktmanagement und die Erreichung der internationalen Entwicklungsziele in der Region Südasien. Deutschland hat ein vitales wirtschaftliches und politisches Interesse daran, die „strategische Partnerschaft“ zwischen Indien und der EU auszubauen und zu festigen.

von einem „abgehängten Prekariat“, einer Gruppe, die etwa acht Prozent der Gesellschaft ausmacht, ein geringes Einkommen, wenig familiären Rückhalt und keinen oder einen unsicheren Arbeitsplatz hat und die geprägt ist von dem Gefühl, gesellschaftlich im Abseits und auf der Verliererseite zu stehen.

Financial Times Deutschland, 17. Oktober 2006

Rund 6,5 Millionen Deutsche fühlen sich nach einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung auf der Verliererseite. Ihre Distanz zu Parteien und Politikern ist nach dieser Untersuchung enorm. Sie fühlen sich von den bisherigen Reformen am stärksten benachteiligt, die Demokratie halten sie nicht für die beste Regierungsform.

Süddeutsche Zeitung, 17. Oktober 2006

Ein einziges Wort scheint der Öffentlichkeit die Augen geöffnet zu haben: Unterschicht. Die Friedrich-Ebert-Stiftung brachte eine Sozialstudie heraus, und jetzt tun plötzlich alle so, als hätten sie die soziale Frage eben erst entdeckt.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 21. Oktober 2006

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Ge- ►

Vor diesem Hintergrund hatte auch die Arbeit des Referats Asien und Pazifik im vergangenen Jahr Indien und China im Fokus, entwickeln sich doch die beiden Länder nicht zuletzt durch ihr wirtschaftliches Wachstum und ihre Rolle in internationalen Organisationen zu regionalen Führungsmächten und globalen Akteuren. Gleichzeitig ist das FES-Engagement in Asien darauf ausgerichtet, in 16 Projektländern zusammen mit den Partnern soziale und politische Konflikte, die sich in dieser dynamischen Wachstumsregion ergeben, anzusprechen und durch einen gleichberechtigten Dialog innerhalb der Region oder auch mit Deutschland/Europa umsetzbare Lösungen zu finden.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit bestimmt auch in Asien zunehmend die gesellschaftspolitische Diskussion. Mit der internationalen Fachkonferenz „Erinnern als Chance“ bot die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit Watch Indonesia! und Justitia et Pax Akteuren aus acht asiatischen Ländern, Deutschland, der USA und der Schweiz eine Plattform für den Dialog und Erfahrungsaustausch über Prozesse der Vergangenheitsaufarbeitung. Die Teilnehmenden kamen u.a. aus Japan, Südkorea, Kambodscha, Indonesien, Osttimor, Sri Lanka und Afghanistan.

Der FES-Menschenrechtspreis 2006 wurde an den thailändischen Gewerkschaftsführer Somsak Kosaisook verliehen. Somsak Kosaisook setzt sich seit den Massenprotesten in den Jahren 1973 und 1992 gegen die damaligen Militärdiktaturen für die Abschaffung katastrophaler Arbeitsbedingungen und für Menschenrechte und Demokratie in seinem Land ein. In Würdigung dieses Lebenswerkes verlieh ihm die Vorsitzende Anke Fuchs am 19. September 2006 den Menschenrechtspreis. Direkt nach der Preisverleihung traf die Nachricht vom erneuten Militärputsch in Thailand ein. Der Preisträger betonte in den folgenden Tagen in seinen Gesprächen mit deutschen Politikern, Gewerkschaftern und Menschenrechtlern immer wieder die Notwendigkeit einer schnellen Rückkehr zur zivilen und demokratischen Herrschaft des Landes.

Lateinamerika

2006 war das Superwahljahr in Lateinamerika: In zwölf Ländern der Region wurden neue Regierungen gewählt. Nach 20 Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik wollten die latein-amerikanischen Wähler und Wählerinnen nicht länger auf die angekündigte, aber ausgebliebene Verteilung von Wohlstand durch den freien Markt warten. Ihr Votum tendierte deutlich nach links, wobei das politische Spektrum hier von pragmatisch Mitte-Links bis linkspopulistisch reicht.

Wie wichtig der Dialog zwischen den Tendenzen ist, haben zwei Gäste der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen ihrer Deutschlandbesuche betont: die chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet, die im Oktober in der FES Berlin sprach, und der bolivianische Vizepräsident Álvaro García Linera, der sich im November zu politischen Gesprächen in Berlin aufhielt.

► *sprächsstoff geliefert. Darin geht es um weit mehr als nur um die dominierende Frage: Wie kann die Gesellschaft eine sich scheinbar verfestigende soziale Spaltung reparieren? (...) Wer sich mit Armut beschäftigt, kennt das Problem schon lange. Der wundert sich, welche Aufmerksamkeit die soziale Spaltung plötzlich bekommt. Dass sie sie bekommt, ist gut. Wobei eine Lösung nicht in Sicht ist. Wie auch? Arbeit wäre eine, die beste.*

Passauer Neue Presse, 21. Oktober 2006
Autorin Erika Rosenberg erzählt 29 Euregio-Gastschülern von Emilie Schindler. Seit elf Jahren besteht das Projekt des Euregio-Schuljahrs, das aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und der Friedrich-Ebert-Stiftung finanziert wird. (...) Die 2001 verstorbene Emilie Schindler stand lange im Schatten ihres berühmten Mannes, dem „Judenretter“ Oskar Schindler. „Auch Emilie hat 1300 Juden geret-

et“, sagte Erika Rosenberg über die unbekanntete Frau aus Mähren.

Welt am Sonntag, 22. Oktober 2006

Wenige Kilometer weiter nördlich trat der Reichstag zu einer aktuellen Stunde über eben jenes Unterschichten-Thema zusammen. Grüne und Linkspartei hatten die Aussprache erst zu Beginn der Woche beantragt, nachdem eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sozusagen

Arbeitsschwerpunkte der FES in Lateinamerika und der Karibik waren 2006 auch die Parteienkooperation, die Förderung der regionalen Integration und des bi-regionalen Dialogs mit Europa sowie die beratende Begleitung des inhaltlichen und organisatorischen Einigungsprozesses der Gewerkschaften.

Das von den FES-Büros in der Subregion vor drei Jahren ins Leben gerufene Forum der Progressiven Parteien des Cono Sur, das aus Parlaments- und Senatsabgeordneten sowie hochrangigen Führungskräften der Parteien besteht, beschäftigte sich 2006 mit Themen der wirtschaftlichen Integration, der Sozialpolitik im Zeichen der Globalisierung und den Außenbeziehungen der Region wie zum Beispiel den Europäisch-Lateinamerikanischen Freihandelsverhandlungen. Das Forum tagt zweimal jährlich.

Mittlerer und Naher Osten – Nordafrika

Auf einer Fachtagung im April 2006, an der Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch der Stiftung Wissenschaft und Politik und anderer politischer Stiftungen teilnahmen, analysierten Experten anhand von 13 Fallbeispielen die gesamte Palette des politischen Islam in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas. Wie wird in der Region mit islamistischen Bewegungen umgegangen, was macht sie für die Bevölkerung so attraktiv, was ist ihre politisch-gesellschaftliche Agenda?

Es wurde deutlich, dass politische islamistische Gruppen als Akteure wahrgenommen werden müssen und Kontakte zu ihnen grundsätzlich erforderlich sind, wobei Voraussetzung für eine Diskussion mit solchen Gruppen ist, dass sie international gültige Regeln für politisches Agieren akzeptieren. Ein kritischer Diskurs mit den autoritären Regimen der Region ist notwendig, wenn der Westen als glaubwürdiger Partner im Demokratisierungsprozess wahrgenommen werden will.

Den historischen Rahmen der internationalen Konferenz „Tage der arabischen Welt(en)“ bildeten die 50-jährige Unabhängigkeit Marokkos, Tunesiens und des Sudan sowie die 60-jährige Unabhängigkeit Syriens und Jordaniens im Jahr 2006. Ziel war eine Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen ausgewählter arabischer Staaten. Zu den Diskussionsteilnehmer/-innen zählten Regierungsvertreter, Wissenschaftler, Journalisten und Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen. Erstmals trat mit Ayman Abdel Nour auch ein Vertreter der regierenden Baath-Partei aus Syrien bei einer öffentlichen Veranstaltung der FES in Deutschland auf.

eruptiv die Unterschicht ganz oben auf die Tagesordnung geworfen hatte. Kein anderes Thema hat die Nation in dieser Woche stärker emotionalisiert. Die Unterschicht füllte Radioprogramme, beherrschte Stammtische, Talkshows, den Plausch mit dem Nachbarn. Und nun eben auch den Bundestag.

Christ in der Gegenwart, 29. Oktober 2006
Akademischen Tagungen eilt nicht selten der Ruf voraus, trocken zu sein. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin wusste man um dieses Vorurteil und inszenierte eine Veranstaltung über den Glauben junger Muslime in Deutschland mit den modernsten Mitteln, wie eine Fernsehshow am Samstagabend. Man engagierte zwei jugendlich coole Radiomoderatoren und Filmemacher als „Tagungsleiter“, lud Ver-

treter islamischer Jugendorganisationen und ihre Kritiker, Lehrer und Politiker zu Live-Streitgesprächen ein, präsentierte filmische Porträts von vier in Berlin lebenden jungen Moslems und fing die Reaktionen des Publikums mit der Kamera ein, um sie unmittelbar auf eine große Leinwand zu projizieren. Schließlich wollte man nicht über die Jugendlichen reden, sondern mit ihnen.

Im Jerusalem-Berlin-Forum (JBF), einer israelisch-palästinensisch-deutschen Initiative, die 2001 in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ins Leben gerufen wurde, haben sich Jerusalemer und Berliner Experten das Ziel gesetzt, realistische Zukunftsmodelle für die Stadt Jerusalem zu entwickeln, die in den Verhandlungen um den Status Jerusalems als konkrete Vorschläge dienen können.

„UN-lösbar? Von einem brüchigen Waffenstillstand zu einem nachhaltigen Frieden im Nahen Osten“: Die Fachkonferenz u.a. mit Gernot Eler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, Martin Schulz, MEP, und Rolf Mützenich, MdB, stellte am 30. November mögliche Konzepte einer zukünftigen deutschen Nahostpolitik vor.

Verfassungsberatung als demokratischer Prozess: Im Juni und November 2006 organisierte das FES-Büro in Amman zwei Workshops mit dem Ziel, politischen Entscheidungsträgern und Multiplikator/innen aus einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen des Irak eine aktive Mitwirkung am Verfassungsprozess zu ermöglichen. Aufbauend auf einer Analyse der Schwachpunkte der Verfassung, entwickelten Arbeitsgruppen Verbesserungsvorschläge, die sie mit Entschei-

dungsträgern diskutierten. Im zweiten Workshop entwickelten die Teilnehmer/innen Handlungsoptionen für den nun auf zwei Jahre verlängerten Verfassungsprozess.

Im Rahmen der deutschen Diskussion um die Krise in Darfur, den stockenden Friedensprozess im Sudan und die geplante Umwandlung der Darfur-Friedenstruppen unter ein UN-Mandat wurden Hintergrundinformationen der FES stark nachgefragt. Im Mai berichtete der FES-Vertreter in Khartum dem Nahost-Gesprächskreis der SPD-Fraktion, am 20. September war er zur Berichterstattung im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages geladen. Die FES-Expertise wird bei allen Fraktionen im Bundestag, aber auch bei der Europäischen Union, die Ende Juni zu einem Expertentreffen nach Brüssel eingeladen hatte, geschätzt. In politischen Gesprächen diskutierte der stellvertretende SPLM-Generalsekretär Yasir Arman den Transformationsprozess der SPLM von einer Rebellenorganisation zu einer politischen Partei.

Im Sudan selbst hat eine überparteiliche Arbeitsgruppe als Ergebnis einer von der FES organisierten Expertenreise nach Deutschland ein gemischtes Zwei-Stimmen-Wahlrecht vorgeschlagen. Bei der Verbreitung der Inhalte des Friedensprozesses in der sudanesischen Öffentlichkeit ist die FES derzeit der wichtigste Akteur im Sudan und konnte als erste Organisation überhaupt 2006 eine Veranstaltung zu der Frage organisieren, welche Herausforderung für den Friedensprozess der „Politische Islam“ darstellt.

► Cicero, November 2006

Die Wallfahrer des 21. Jahrhunderts sind Chinesen. Ihr Ziel ist die Geburtsstätte des ersten Kommunisten, Karl Marx. „Die kommen mit mehr Ehrfurcht nach Trier, als wir hätten, wenn wir nach Bethlehem fahren würden“, sagt Beatrix Bouvier. Die Geschichtsinstitutlerin wurde vor gut drei Jahren von der Friedrich-Ebert-Stiftung von Bonn nach Trier geschickt, eigentlich um als Direktorin des Karl-Marx-Museums

mit angeschlossenem Studienzentrum ein wenig frischen Wind an die Wiege des Kommunismus zu lassen.

tagesschau.de, 8. November 2006

Jeder vierte Bundesbürger wünscht sich laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung eine einzige Partei, die die „Volksgemeinschaft“ verkörpert. Außerdem habe der Nationalismus in Deutschland zugenommen, so die Studie. (...)

Laut der aktuellen Studie findet sich rechts-extremes Gedankengut quer durch alle Bevölkerungsschichten, Bundesländer, Generationen und Wähler aller Parteien. Das Problem werde noch größer, wenn man die mehr oder weniger unausgesprochene Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Antisemitismus betrachtet, so die Wissenschaftler.

INTERNATIONALER DIALOG

Die Außen- und Sicherheitspolitik entwickelte sich im Jahr 2006 notgedrungen immer mehr zum Motor der Europäischen Union – trotz anhaltender Ratlosigkeit in der selbstverordneten Denkpause der EU. Von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 werden wesentliche Beiträge in zentralen Politikfeldern erwartet: zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie zur Verfassungsfrage, zur Partnerschaft mit Russland, zu einer glaubwürdigen Nachbarschaftspolitik und Zentralasienstrategie, zu einer neuen Energiepolitik und zur Ausformung des EU-Sozialraumes. Die FES-Abteilung Internationaler Dialog richtete einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit auf die Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft aus und verband dabei die Reaktion auf aktuelle Herausforderungen mit langfristig angelegten Arbeitssträngen (z.B. in regelmäßig tagenden Arbeitskreisen, Serien von Veranstaltungen und aufeinander bezogenen Publikationen). Ziel ist der Auf- und Ausbau von „strategischen Gemeinschaften“: der Dialog und die Kooperation zwischen denen, die in Deutschland, in Europa und im transatlantischen Kontext zur Bewältigung der komplexen, oft globalen Aufgabenfelder kooperieren (sollten). So müssen beispielsweise für eine

neue Energiepolitik nicht nur viele Politikbereiche (wie Umwelt-, Wirtschafts- und Außen- und Sicherheitspolitik) zusammenwirken. Es muss außerdem ein Ausgleich oft völlig unterschiedlicher politischer und nationaler Interessenlagen gelingen.

Bei der Bearbeitung dieser komplexen Aufgaben bewährte sich die seit 2003 eingeführte Verknüpfung der In- und Auslandsarbeit in den drei Arbeitsbereichen – den Referaten „Internationale Politikanalyse“, „Westliche Industrieländer“ und „Mittel- und Osteuropa“ – mittels zweier Schwerpunktthemen und Kernanliegen: die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell (EWSM).

Exemplarisch und repräsentativ für die Themen, Ansätze und Ergebnisse der Abteilung im Berichtsjahr sind folgende Arbeitsstränge:

Spiegel Online, 9. November 2006

Auf dem 11. Mainzer Mediendisput diskutieren Medienmacher über die digitale Revolution und den Erhalt des Qualitätsjournalismus. ZDF-Intendant Markus Schächter warnte davor, das öffentlich-rechtliche Fernsehen zum Wirtschaftsfaktor zu reduzieren. (...) Damit befand sich der ZDF-Intendant in guter Gesellschaft: „Wie können wir erreichen, dass guter Qualitätsjournalismus bleibt, wenn zugleich die Form

den Inhalt bestimmt“, fragte die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs, und räumte ein: „Eine gewisse Ratlosigkeit befällt uns alle.“

die tageszeitung, 11. November 2006

Die Sozialwissenschaftlerin Lina Abirafeh hat für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul eine Studie über die Hilfe der internationalen Gemeinschaft für afghanische Frauen seit Ende

des Krieges erstellt. Sie sagt: „Von einer Befreiung zu reden ist problematisch.“ Denn dieses Versprechen könne kaum eingelöst werden, zudem schade es mehr als zu nützen. (...) „Viele Afghaninnen kämpfen dagegen an. Sie wollen beweisen, dass sie für sich selbst sprechen können,“ sagt Abirafeh.



Mit dem „Arbeitskreis Europa“ schafft die FES in Berlin – wie bei dem schon länger in Brüssel tätigen Arbeitskreis „Europäische Integration“ – Raum für eine informelle, offene Diskussion und nutzt die von den Regierungschefs eingeläutete europäische „Denkpause“. Vertreter von Parteien, Parlament, Ministerien, Gewerkschaften und Wissenschaft kommen regelmäßig zu Diskussionen zusammen und veröffentlichen Ergebnisse durch gemeinsame Positionspapiere. Die aktive Teilnahme von Parlamentariern trägt wesentlich dazu bei, dass Papiere zu zentralen Anliegen wie eine bessere Rechtssetzung, Neuansätze in der Europäischen Nachbarschaftspolitik, eine europäische Energiepolitik oder die öffentliche Daseinsvorsorge den notwendigen Eingang in die politische Sphäre finden.

Mit der neuen sicherheitspolitischen Gesprächsreihe des „European Strategic Forum“ organisierte die FES diesmal in Warschau (nach einer Auftaktveranstaltung in London) einen strategischen Dialog zur Zukunft der EU-Sicherheitspolitik. Diese Arbeit fördert die Vernetzung progressiver Sicherheitspolitiker in Europa, die sich bereits auf zahlreiche bi- und trilaterale Gesprächskreise der FES-Büros zu außen- und sicherheitspolitischen Themen stützt (wie etwa die Konferenzserien des „Cercle Stratégique“, der „Globalen Atlantiker“ oder der „Partnerschaft mit Russland in Europa“).

► **The Economist, 11. November 2006**

Class concerns – (...) the debate about the new underclass began as an economic and social one. Last month Kurt Beck, the Social Democrats' leader, used the word in an interview. A few days later the party's think-tank published a study concluding that 8% of Germans now belong to a group that the authors labelled "lost in precariousness" – low skilled, often jobless and with little prospect of ever moving up.

Renminribao (Peking), 16. November 2006

„Vor kurzem diskutierten die deutschen Medien über ein heißes Thema – die Armutsfrage in Deutschland. (...) Auslöser war ein Bericht der dort meistverkauften „Bild-Zeitung“ über eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die der SPD nahe steht. Aus der Studie geht hervor, dass in Deutschland eine neue Unterschicht der Gesellschaft entstanden ist, die etwa 8% der Gesamtbevölkerung umfasst. (...) Aber warum kommt

es zu diesem unglaublichen Ergebnis, obwohl die Ausgaben für die Wohlfahrt in Deutschland mit ungefähr 30% des GDP gar nicht niedrig sind?“ (übersetzt aus dem Chinesischen)

Sächsische Zeitung, 16. November 2006

„Zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung stellen wir im November 2006 Kommunalpolitik nach“, sagt Manuela Kunz, die in Ottendorf als Sozialarbeiterin tätig ist. Die Jugendlichen

Grundlage für den weiteren Aufbau des Themenschwerpunkts „Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell“ (EWSM) war die Auswertung eines 2005 begonnenen Forschungsprojekts in 17 EU-Mitgliedstaaten zu dem Maß an Übereinstimmung in zentralen Politikbereichen der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Publikationen und Workshops im In- und Ausland (u.a. in Paris, Prag und Bratislava) dienten nicht nur der „Rückübermittlung“ der Ergebnisse in die teilnehmenden Länder. Das kritische Feedback wurde auch genutzt, um neue Fragen und Folgeprojekte zu entwickeln.

Die Sicherung des sozialen Zusammenhalts und der Chancengleichheit auf europäischer Ebene ist für die Gewerkschaften und die gewerkschaftsnahen Forschungsinstitute in den neuen und alten Mitgliedstaaten eine komplexe Herausforderung.

Das „American Jewish Committee“ (AJC) beging 2006 sein hundertjähriges Bestehen. Seit seiner Gründung tritt der AJC für den Schutz von Juden in den USA, Israel und in der ganzen Welt ein und genießt auf Grund seines effektiven, langfristigen und innovativen Engagements für Pluralismus und gegen Antisemitismus und Rassenhass hohes Ansehen. FES und AJC arbeiten seit den achtziger Jahren in den USA und in Deutschland eng zusammen und greifen in Tagungen und Informationsprogrammen aktuelle Entwicklungen in Deutschland, in den transatlantischen Beziehungen und in Nahost auf.

sollen sich unter realen Bedingungen mit der Politik in der Gemeinde auseinander setzen. (...) Für die gestern anwesenden Gemeinderäte und auch Bürgermeister Michael Langwald war die Aktion sicher auch interessant. Schließlich standen von den Schülern vorgebrachte Themen zur Debatte, die zum Teil auch im „echten“ Gemeinderat eine Rolle spielen.

Frankfurter Rundschau, 22. November 2006
Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee müsse seine „Blockadehaltung“ besonders bei der Auto-Maut aufgeben, sagte Dieter Bock vom SPD-nahen Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung der FR. Eine vollständige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur durch Gebühren der Nutzer statt durch Steuern sei überfällig. „Diese Umstellung ist möglich, ohne dass die Autofahrer zusätzlich belastet werden“, sagte Bock.

Süddeutsche Zeitung, 28. November 2006
Die Vereinten Nationen etwa legen großen Wert auf gleichstellungsorientierte Finanzpolitik. Regelmäßig halten sie ihre Mitgliedsstaaten dazu an. Viele haben gehandelt, Deutschland aber hat sich bisher nicht gerührt. Nun hat ausgerechnet der Finanzminister das Thema aus dem Schrank geholt. Auf einer Gender Budgeting-Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung ergriff Peer Steinbrück das Wort und forderte die

Mit einem Treffen von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern der gewerkschaftsnahen Think-Tanks förderte die FES die dafür nötige neue Vernetzung.

Viele europäische Nachbarstaaten stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie Deutschland: demographischer Wandel, Modernisierung des Sozialstaats, Probleme von Beschäftigung und Wachstum, Herausforderungen im Umgang mit Extremismus in vielerlei Gestalt, Fragen der Migration und Integration. Durch bi- und multilateral gestaltete Dialog-Veranstaltungen und durch begleitende Analysen trug die Arbeit der Auslandsbüros und der Zentrale zu dem für Europa und die transatlantische Kooperation so essentiellen Ideentransfer und Interessensabgleich und zur Vernetzung der Entscheidungsträger und Multiplikatoren bei.

Wie ein roter Faden zog sich durch viele Diskurse die Frage nach einer in Zeiten der Globalisierung möglichen, nötigen und realistischen Gestaltung des Sozialstaates. Nach schmerzlichen Reformen gelten die skandinavischen Gesellschaften in vielen Politikbereichen als vorbildlich. Das neue Stiftungsbüro in Stockholm soll als bilateraler Reformmonitor durch praktische und theoretische Beiträge die skandinavischen Erfahrungen für die Reformdebatte in Deutschland fruchtbar machen. Erste Veranstaltungen befassten sich mit der Vergleichbarkeit europäischer Sozialstaatsmodelle und den politischen Neuansätzen in Schweden nach den Wahlen vom September 2006.

► *Vereinbarkeit von Beruf und Familie gezielt zu stärken. Dafür seien Transfers, wie das Kindergeld weniger geeignet als Angebote, wie kostenlose Kindergartenplätze.*

Berliner Zeitung, 29. November 2006

Denn das, was Chavez die Revolution nennt, ist die offenbar unschlagbare Verbindung von Sozialpolitik und dem Bewusstsein, auf der richtigen Seite zu stehen. Wie viel Geld dafür aus-

gegeben wird ist unklar. Die Regierung ist berüchtigt für ihr undurchsichtiges Finanzgebaren. (...) „Er hat die soziale Frage auf die Tagesordnung gesetzt, er hat Venezuela politisiert, und das ist positiv“, findet Flavio Carucci vom Forschungsinstitut Ildis, das zur Friedrich-Ebert-Stiftung gehört. Dem kann sich auch die Opposition nicht entziehen: Sie ist vom schlichten „Chavez weg!“ endlich zu programmatischen Aussagen übergegangen.

Magdeburger Volksstimme, 1. Dezember 2006

Ein Sozialhilfeempfänger in Deutschland hat laut höchstrichterlichem Beschluss das Menschenrecht auf ein Fernsehgerät, um sich über gesellschaftliche Prozesse informieren zu können. Das einklagbare Menschenrecht auf Arbeit hat ein Deutscher in der marktwirtschaftlich verfassten Ordnung jedoch nicht. So kompliziert ist das mit den an sich unteilbaren Men-

Die FES-Büros in den östlichen Ländern Europas orientierten sich in ihrer Arbeit stark an den zentralen Themen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2007. In zahlreichen Analysen sowie nationalen, bi- und multilateralen Veranstaltungen entwickelten und diskutierten sie gemeinsam mit Partnern die für die kommenden Jahre entscheidenden Konzepte zur Konkretisierung des Angebots der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gegenüber Ukraine, Moldau und den Republiken des Südkaukasus, zum neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland und zur Entwicklung einer strategischen Partnerschaft für die zentralasiatischen Republiken.

Im vorherrschenden Klima der „EU-Erweiterungsmüdigkeit“ stieß der Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU auf starke Bedenken. Die Programme der Stiftung informierten intensiv über Chancen und Verpflichtungen des EU-Beitritts. Die Erweiterungsskepsis verschärfte die Sorge der Länder des Westbalkans, dass die zugesagte EU-Beitrittsperspektive in weite Ferne rückt. Die Stiftungsbüros trugen dazu bei, dass erfolgreiche Reformbemühungen in diesen Partnerländern in der EU wahrgenommen werden, um die Katalysatorwirkung der EU-Perspektive für die Lösung gravierender Probleme nicht zu schwächen.

schenrechten, wie ein Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung am Mittwoch in Magdeburg offenbarte.

Die Zeit, 7. Dezember 2006

Vor zehn Jahren regierte noch Helmut Kohl, scheinbar für immer. Die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung mit (den Professoren) Scharpf und Streeck suchte dennoch nach alternativen Pfaden: im Kapitalismus über

den Kapitalismus hinaus. Das Problem sei dasselbe geblieben, argumentieren sie übereinstimmend, es sei „die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung“. Sie erzeuge Stabilitäts- und Integrationsprobleme. Scharpf und Streeck, wie aus einem Mund: „Das verlangt aus unserer Weltsicht geradezu nach Politik.“

Südkurier, 9. Dezember 2006

Das Wort von den „Leistungsträgern“, für die sich ihre Arbeit lohnen müsse, geht Beck leicht von den Lippen. Er will die Globalisierung gestalten und hat so zu Recht Dampf nehmen lassen aus der „Heuschrecken“-Debatte, so dass jetzt nicht mehr jeder Finanzinvestor als räuberischer Kapitalist daherkommt, wie zu Münteferings Zeiten. Kein Wunder, dass sogar der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich- ►

UNSELBSTÄNDIGE STIFTUNGEN IN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Erich-Brost-Stiftung

Im Jahr 2006 hat die Erich-Brost-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung weiterhin wichtige Vorhaben unterstützt, die den Zielen des Stifters und seines Lebenswerkes, der Friedenssicherung, der Völkerverständigung, der Zukunftssicherung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, entsprechen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der deutsch-polnischen Versöhnung zu. Erich Brost (1903–1995) war Journalist, SPD-Abgeordneter im letzten Danziger „Volkstag“, Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur und nach dem Zweiten Weltkrieg Gründer und Verleger der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Zu Recht kann er zu den prägenden Persönlichkeiten der Gründungsdekaden der Bundesrepublik gezählt werden.

2006 ging es bei den Begegnungsprogrammen für junge Menschen um geschichtliche und aktuelle Fragen zum deutsch-polnischen Verhältnis. Bewährte Aktivitäten wie der Danziger Weltkongress, die Willy-Brandt-Lesung und das Kooperationsprojekt mit dem Deutschen Historischen Institut in Warschau wurden fortgeführt. Auch die Konferenzserie zur Gestaltung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells (EWS) hat in diesem Jahr zur Vertiefung der Diskussion um die Integration Polens und der anderen osteuropäischen Beitrittsstaaten in die EU geführt. Begleitend zur internationalen Roma-Dekade 2005-15 wurden Studien zur Situation der Roma erstellt.

Zur Aufarbeitung der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte wurde ein Deutsch-Tschechischer Journalistenkongress durchgeführt. Das Bautzen-Forum zur politischen Verfolgung während der SED Diktatur richtete sich an Journalist/innen mit den Arbeitsschwerpunkten politische Berichterstattung und Lokaljournalismus, vorrangig in Deutschland und Tschechien.

Nur mit engagierten Bürgern ist eine solidarische und demokratische Gesellschaft möglich. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist ein Forum, das dieses Engagement fördert und reformpolitisch wichtige Themen aufgreift, mit praktischen Lösungsvorschlägen in der politischen Debatte Stellung bezieht. Die Förderung durch die Erich-Brost-Stiftung erlaubte im Jahr 2006 u.a. weiterhin die Herausgabe der Analysereihe „betrifft Bürgergesellschaft“. Fachdebatten mit Experten und verantwortlichen Politikern des entsprechenden Politikfeldes wurden zu zahlreichen Themen durchgeführt.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung fördert schwerpunktmäßig junge Wissenschaftler, die sich mit den Themen Arbeiterbildung, Humanisierung der Arbeitswelt, Gewerkschaften, Forschung und Technologie sowie internationale Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigen. Es handelt sich vorrangig um die Förderung von Publikationen, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben.

Im Jahr 2006 unterstützte die Stiftung zwei Projekte: Die FES-Bibliothek konnte vom Centro de Documentación e Investigación de la Cultura de Izquierdas en la Argentina, Buenos Aires eine große Zahl verfilmter linker Zeitschriften aus Argentinien aus der Zeit 1900 bis 1956 erwerben.

Das Themenmodul „Der spanische Bürgerkrieg, eine europäische Tragödie“ im Rahmen der FES-Netz-Quelle „Geschichte und Politik“ erschließt das reiche Material der FES zu diesem

► *Ebert-Stiftung sich traut, ausländische Finanzinvestoren partiell positiv zu bewerten.*

Berliner Zeitung, 11. Dezember 2006

„Ich kann mich mit keiner Partei in vollem Maß identifizieren“, sagt die 19-jährige Katja, die bereits zwei Mal als Wahlhelferin tätig war. (...) Trotzdem finde sie es sehr wichtig sich für ein gutes Miteinander in der Gemeinschaft stark zu machen. (...) Stimmen aus dem Publikum in der

Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigten die Tendenz, dass viele Jugendliche motiviert sind, sich zu beteiligen, aber dennoch keine Verbindung mit einer Partei eingehen wollen.

Frankfurter Rundschau, 12. Dezember 2006

Am Ende wurde der Redner eindringlich: „Eignen Sie sich einen kritischen Blick an auf das, was in Deutschland über die EU-Kommission gesagt und geschrieben wird“, forderte Rudolf

Strohmeier, Kabinettschef bei EU-Kommissarin Viviane Reding, seine Zuhörer zum Abschied auf. Das Dutzend Journalisten, das auf Einladung von ver.di und der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Blick hinter die Kulissen des Geschäfts der Brüsseler Europapolitiker werfen konnten, vernahmen nicht nur von Strohmeier die Botschaft: Zwischen der EU und Deutschland wächst die Distanz.

Thema. Seit den späten siebziger Jahren hat die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung eine herausragende Sammlung an Primär- und Sekundärliteratur zum Spanischen Bürgerkrieg zusammengetragen, auf der dieses Themenmodul basiert.

Anfang 2006 erschien weiter die von der Stiftung geförderte Festschrift für Siegfried Mielke: „Pluralismus und Demokratie“, herausgegeben von Peter Rütters.

Die Förderung des Projekts „Die republikanischen Piloten Spaniens“ der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen wurde abgeschlossen.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung zur Förderung der Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft, einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte, hat im Jahr 2006 u.a. folgende Forschungen und Veranstaltungen unterstützt:

- Einfache Arbeit in Deutschland – Situation, Perspektiven und Gestaltungsbedarf
- Demographischer Wandel und neue soziale Ungleichheiten: Folgen sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen für ältere Menschen
- Zukunft des Mittelstands
- Föderalismusreform in der Bildungspolitik
- Werte und gesellschaftliche Verantwortung von Eliten

Ernst-Strassmann-Stiftung

Die 1981 in der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründete Ernst-Strassmann-Stiftung wird satzungsgemäß mit Ablauf des Jahres 2006 aufgelöst. In den 25 Jahren ihrer Existenz förderte die Stiftung über 150 Projekte von besonders begabten Absolventen aus Kunst- und Musikhochschulen sowie Postgraduierten sozialwissenschaftlicher Fächer, die eingedenk der historischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus einen Beitrag zur Festigung und zum Ausbau der Demokratie in Deutschland leisten. Im Jahr 2006 wurde u.a. ein Druckkostenzuschuss vergeben für die englischsprachige Publikation „Love after Auschwitz – The Second Generation in Germany“.

Weitere Sondervermögen

Auch andere in Stiftungsform oder anderen Vermächtnissen vorhandene Sondervermögen leisteten wertvolle Beiträge. So die Henry-und-Frieda-Jacoby-Stiftung, deren Ziel die Förderung von Maßnahmen zur Vertiefung demokratischer Strukturen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist. Zu nennen sind ferner die Horst-Springer-Stiftung für Sächsische Geschichte und der Herbert-Wehner-Studienfonds. Nicht zu vergessen das Vermächtnis von Ida und Karl Feist, aus dessen Mitteln der „Menschenrechtspreis“ der FES vergeben wird.

Nürnberger Nachrichten, 15. Dezember 2006

„Unterschichten-Problem“ – der Begriff hat für Riesenwirbel gesorgt. Doch dahinter verbergen sich Menschen, die mehr denn je auf Hilfe angewiesen sind. Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung haben in Nürnberg versucht, den Begriff mit Leben zu füllen, der aus ihrer Studie abgeleitet wurde.

Der Tagesspiegel, 24. Dezember 2006

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung kam in einer jüngst veröffentlichten Untersuchung zu dem Schluss, der angeblich massive Arbeitsplatzexport sei „eher Mythos als Realität“. Die Analyse der Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen belege vielmehr das genaue Gegenteil: Ausgerechnet jene Branchen mit den höchsten Investitionen im Ausland verzeichnen die geringsten Jobverluste oder beschäftigen heute

sogar mehr Menschen in Deutschland als vor zehn Jahren.

ANHANG

ORGANISATIONSPLAN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Stand: April 2007

Vorstand

Vorsitzende: Anke Fuchs
 Stellvertreter: Sigmar Gabriel, Dieter Schulte
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Geschäftsführer: Dr. Roland Schmidt

Zentrale Aufgaben	Politische Bildung			Internationale Zusammenarbeit	
	Politische Akademie Prof. Dr. Thomas Meyer (Wissenschaftlicher Leiter) Reinhard Weil (Geschäftsführender Leiter)	Gesellschaftspolitische Information Frank D. Karl	Dialog Ostdeutschland ** Uwe Ziegler	Internationale Entwicklungszusammenarbeit ** Dr. Ernst-J. Kerbusch	Internationaler Dialog ** Pia Bungarten
Kommunikation und Grundsatzfragen * ** Albrecht Koschützke Pressestelle Bonn Albrecht Koschützke Pressestelle Berlin ** Peter Donaiki	Berliner Akademiegespräche Interkultureller Dialog ** Dr. Johannes Kandel Redaktion Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte ** Dr. Norbert Seitz	Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz Regionale Gesprächskreise Frank D. Karl Landesbüro Niedersachsen (Hannover) Egmond Eckardt Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland (Mainz) Rolf Mantowski	Forum Politik und Gesellschaft ** Anne Seyffert Forum Berlin ** Dr. Irina Mohr Landesbüros Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Dr. Erik Gurgsdies Sachsen Dresden: Christoph Wielepp Leipzig: Matthias Eisel Chemnitz: Karl-Heinz Becher Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Astrid Becker Thüringen (Erfurt) Michael Schultheiß	Afrika Dr. Werner Puschra Gewerkschaftsbeauftragter: Dr. Rudolf Traub-Merz Asien und Pazifik Dr. Beate Bartoldus Gewerkschaftsbeauftragter: Dr. Heinz Bongartz Lateinamerika und Karibik Dörte Wollrad Gewerkschaftsbeauftragte: Kristina Birke Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika ** Dr. André Gärber Gewerkschaftsbeauftragter: Dr. Ralf Melzer Entwicklungspolitik ** Christiane Kesper Grundsatzaufgaben Menschenrechte: Daniela Hinze Globalisierung: Dr. Thomas Manz Globale Sicherheit: Marc Saxer Kompass 2020: Dr. Jochen Steinhilber Zivile Konfliktbearbeitung: Michèle Auga Evaluierung: Kristina Birke Nachkontakte international: Sohel Ahmed Koordinationsaufgaben Gewerkschaften: Dr. Heinz Bongartz Medien und Kommunikation: Evelyn Ehrhinspiel Gender: Astrid Ritter-Weil	Westliche Industrieländer** Michael Meier Mittel- und Osteuropa ** Dr. Reinhold Sohns Internationale Politikanalyse ** Dr. Gero Maaß Redaktion Internationale Politik und Gesellschaft Dr. Dietmar Dirmoser Koordinationsaufgaben ** Gewerkschaften: Constantin Grund
Zentrale Aufgaben * ** Dr. Michael Domitra	Akademiegespräche Bonn Gisela Zierau Akademie Management und Politik Brigitte Juchems Akademie für Soziale Demokratie Christian Krell JournalistenAkademie Carla Schulte-Reckert OnlineAkademie Dr. Peter Hurrelbrink Forum Jugend und Politik Nicole Breyer KommunalAkademie Forum NRW Wolfgang Gisevius Regionalbüros Julius-Leber-Forum (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen) Dr. Stefanie Elies Fritz-Erler-Forum Stuttgart Dr. Felix Schmidt BayernForum (München) Dr. Eva Brehm/Horst Schmidt Regensburg Harald Zintl Kurt-Schumacher-Akademie Bad Münstereifel Dr. Helmut Mörchen				
Revision * Karl-Heinz Spiegel					
Datenschutz * Volker Ninnemann					
	Gesellschaft für Politische Bildung e.V. *** (Akademie Frankenwarte, Würzburg) Georg Rosenthal Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. *** (Kochel am See/München) Dr. Heiko Tammena				

* Direkt dem Geschäftsführer unterstellt
 ** Organisationseinheiten befinden sich ganz oder teilweise in Berlin
 *** Durch FES gefördert

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2005

BILANZ

Aktiva	Stand 01.01.2005	Zugänge	Abschreibungen	Umbuchungen	Stand 31.12.2005	Stand 31.12.2004
	€	€	€	€	€	€
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen						
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	267.016,00	194.746,34	251.228,05	584.135,71	794.670,00	267.016,00
2. Grundstücke und Bauten	68.391.023,04	10.205,79	1.989.579,83	0,00	66.411.649,00	68.391.023,04
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.048.325,72	1.031.020,95	1.099.663,32	130.796,70	3.110.480,05	3.048.325,72
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	520.331,38	354.100,99	0,00	- 714.932,41	159.499,96	520.331,38
	<u>72.226.696,14</u>	<u>1.590.074,07</u>	<u>3.340.471,20</u>	<u>0,00</u>	<u>70.476.299,01</u>	<u>72.226.696,14</u>
II. Finanzanlagen	16.784.193,53	629.988,60	0,00	0,00	17.414.182,13	16.784.193,53
	<u>89.010.889,67</u>	<u>2.220.062,67</u>	<u>3.340.471,20</u>	<u>0,00</u>	<u>87.890.481,14</u>	<u>89.010.889,67</u>
B. Zweckgebundenes Vermögen					18.089.412,47	14.748.837,49
C. Umlaufvermögen						
I. Vorräte					0,00	14.134,64
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					7.353.515,59	6.281.439,48
III. Wertpapiere					5.402.049,02	7.793.228,88
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten					5.911.908,68	5.729.924,67
					<u>18.667.473,29</u>	<u>19.818.727,67</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten					9.569,58	50.587,54
					<u>124.656.936,48</u>	<u>123.629.042,37</u>

Treuhandvermögen: € 1.119.647,67
 (Vj. € 1.098.561,33)

Passiva

	Stand 01.01.2005	Zuführungen	Umbuchungen	Entnahmen/ Auflösungen	Stand 31.12.2005	Stand 31.12.2004
	€	€	€	€	€	€
A. Rücklagen						
<i>I. Allgemeine Rücklagen</i>	38.820.549,05	767.410,64	0,00	0,00	35.587.959,69	34.820.549,05
<i>II. Rücklage für Investitionen</i>	6.000.000,00	0,00	0,00	0,00	6.000.000,00	6.000.000,00
<i>III. Rücklagen gemäß § 58 Nr. 7a AO</i>	5.307.000,00	764.000,00			6.071.000,00	5.307.000,00
	<u>46.127.549,05</u>	<u>1.531.410,64</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>47.658.959,69</u>	<u>46.127.549,05</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen						
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	267.016,00	194.746,34	584.135,71	251.228,05	794.670,00	267.016,00
<i>II. Grundstücke und Bauten</i>	50.318.142,65	10.204,79	0,00	1.497.780,57	48.830.566,87	50.318.142,65
<i>III. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	2.556.352,10	880.637,53	130.796,70	944.517,03	2.623.269,30	2.556.352,10
<i>IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</i>	520.331,38	354.100,99	- 714.932,41	0,00	159.499,96	520.331,38
	<u>53.661.842,13</u>	<u>1.439.689,65</u>	<u>0,00</u>	<u>2.693.525,65</u>	<u>52.408.006,13</u>	<u>53.661.842,13</u>
C. Sonderposten zum zweck- gebundenen Vermögen					18.089.412,47	14.748.837,49
D. Rückstellungen					2.355.116,00	2.409.959,00
E. Verbindlichkeiten						
<i>I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>					4.794,22	156,25
<i>II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>					103.173,00	212.930,03
<i>III. Sonstige Verbindlichkeiten</i>					726.572,82	587.725,73
					<u>834.540,04</u>	<u>800.812,01</u>
F. Rechnungsabgrenzungsposten					3.310.902,15	5.880.042,69
					<u>124.656.936,48</u>	<u>123.629.042,37</u>

Treuhandverpflichtung: € 1.119.647,67
(Vj. € 1.098.561,33)

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2005

EINNAHMEN- UND AUSGABENRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2005

	2005		2004	
	€	€	€	€
1. Projektgebundene Zuwendungen				
a) Zuwendungen der Bundesministerien	106.383.099,40		100.053.163,96	
b) Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.608.944,54		2.762.723,60	
c) Sonstige Zuwendungen	4.876.499,88	113.868.543,82	3.463.899,38	106.279.786,94
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	421.541,68		394.832,35	
b) Wissenschaftliche Zwecke	208.500,00		172.900,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	235.923,19	865.964,87	226.472,05	794.204,40
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.693.525,65		2.632.844,87
4. Teilnehmergebühren		885.510,94		855.672,94
5. Sonstige Erträge		1.499.445,36		2.691.311,27
		119.812.990,64		113.253.820,42
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studenten	11.400.781,53		11.519.192,45	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	18.698.291,66		18.461.024,08	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern	66.749.680,91		60.659.516,63	
d) Forschungsprojekte	6.883.043,73		6.914.517,32	
e) Förderung von Kunst und Kultur	296.098,05	104.027.895,88	185.307,81	97.739.558,29
7. Abschreibungen		3.340.471,20		3.308.306,82
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		1.439.689,65		864.135,60
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		10.799.873,76		10.131.270,96
10. Mehreinnahmen (Vj. Mindereinnahmen) aus laufendem Betrieb		205.060,15		1.210.548,75
11. Finanzergebnis		1.363.107,57		792.405,92
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		1.568.167,72		2.002.954,67
13. Außerordentliches Ergebnis		- 36.757,08		- 2.451,18
14. Mehreinnahmen		1.531.410,64		2.000.503,49
15. Zuführung Allgemeine Rücklagen (Vj. Entnahme)		767.410,64		1.711.451,94
16. Zuführung zur Rücklage gemäß § 58 Nr. 7a AO		764.000,00		289.051,55
Jahresergebnis		0,00		0,00

Der Personalaufwand von € 39.393.965,78 (Vj. € 40.594.373,15) ist vollständig den Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit und den sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen zugeordnet.

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2005

BESCHEINIGUNG

An den Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Einnahmen- und Ausgabenrechnung sowie Bilanz – unter Zugrundelegung der Buchführung der **Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn-Bad Godesberg**, für das Vereinsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Der Vorstand stellt den Jahresabschluss auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen auf. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Abweichungen zu allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften erfolgen insbesondere durch Verzicht auf den Ansatz von Rückstellungen, der Buchung von Anlagezugängen bei Zahlung und bei Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften.

Düsseldorf, den 8. September 2006

WUG Wirtschaftsprüfungs- und
Unternehmensberatungsgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Gernhardt)
Wirtschaftsprüfer

(Bicher)
Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2006 (Stand 31.12.2006):

● **Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr**

	Stand 31.12.2005	Stand 31.12.2006
Mitarbeiter(innen) der Zentrale in Bonn	323	320
Mitarbeiter(innen) der Zentrale in Berlin	76	87
Mitarbeiter(innen) in den Bildungszentren und Außenbüros in Deutschland	84	92
Auslandsmitarbeiter(innen)	88	92
insgesamt:	571	591

● **Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteiorgane besetzt waren (Stand: 31.12.2006):**

Vorstand der Stiftung: von 11 Mitgliedern sind:

- acht Mitglieder ohne o.a. Führungsfunktionen
- zwei Mitglieder im Deutschen Bundestag (zugleich ein Mitglied der Bundesregierung)
- ein Mitglied einer Landesregierung (zugleich Mitglied eines Landesparlaments sowie eines Bundes- und Landesparteiorgans)

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Stiftung: Keine(r) in einer der o.a. Führungspositionen.

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen.

Hiernach üben „der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung (...) in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbare Funktionen aus.“

ZUSÄTZLICHE ERLÄUTERUNGEN ZUR EINNAHMEN- UND AUSGABENRECHNUNG

Projektbezogene Zuwendungen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch im Jahr 2005 größter einzelner Zuwendungsgeber.

55,5 Mio € wurden für die Förderung gesellschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen zugewendet.

Dies umfasst insbesondere:

- Aufbau und Festigung demokratischer Strukturen auf der Basis gleichberechtigter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen.
- Förderung einer eigenständigen, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten wirtschaftlichen Entwicklung
- Intensivierung der regionalen und internationalen Verständigung und friedlichen Zusammenarbeit.

Zusätzlich zu den genannten Projektmitteln wurden 8,7 Mio € als Verwaltungskostenzuschüsse gewährt.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit von 28,0 Mio €. Der Zuschuss wird für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährt, die sie im Inland erfüllt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung. Der Zuschuss dient auch der Finanzierung der dazu gehörenden Personal- und Verwaltungskosten, sowie der Betriebs- und Unterhaltungskosten aller zur FES gehörenden baulichen Einrichtungen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist mit 7,0 Mio € Zuwendungsgeber für die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium, in der Promotion sowie für Betreuungsmaßnahmen. 973 T€ wurden darüber hinaus als Verwaltungskostenzuschuss bewilligt.

Das Auswärtige Amt fördert mit 2,0 Mio € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik.

Weitere 3,0 Mio € werden zur Förderung internationaler gesellschaftspolitischer Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch gesellschaftlicher Schlüsselgruppen. 191 T€ wurden darüber hinaus für Maßnahmen in Südosteuropa bewilligt. 246 T€ erhielt die Stiftung als Demokratisierungshilfe für den Irak.

Als Verwaltungskostenzuschüsse wurden darüber hinaus 800 T€ gewährt.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Deckung regional bezogener direkter Veranstaltungskosten für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit. Mit 1,7 Mio € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber. Die Zuwendung erfolgt für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Zu den sonstigen Zuwendungsgebern zählt der Deutsche Bundestag mit 762 T€ für die Aufbereitung und Erhaltung zeitgeschichtlich bedeutender Archivalien im Archiv der sozialen Demokratie, sowie mit 24 T€ für Internationale Parlaments-Praktika.

Die Europäische Kommission wandte 598 T€ für Entwicklungsmaßnahmen zu, davon u.a. 503 T€ im Nahen Osten und 91 T€ in Afrika. Darüber hinaus erhielt die FES 76 T€ für Forschungsprojekte.

Zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland wurden von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 1,5 Mio € zugewendet.

Die Zuwendungen aller übrigen sonstigen Zuwendungsgeber umfassen die Summe von 1,9 Mio €.

Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position „Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens

Eigene Einnahmen und Spenden

Die privaten Spenden für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung beliefen sich auf 866 T€. Die Spenden sind zur Ergänzung der öffentlichen Zuwendungen unabdingbar.

886 T€ wurden als Beiträge durch die Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen gezahlt. Weitere 1,5 Mio € wurden erlöst durch sonstige Leistungen der Stiftung (Teilverkauf eines Grundstücks, Bewirtungen, Vermietung und Verpachtung, Verkauf von Publikationen und von Reproduktionen historischer Fotos, Eintritt für das Karl-Marx-Haus etc.).

Von besonderer Bedeutung sind die Erträge aus den unselbständigen Stiftungen und Treuhandvermögen. Solche Vermögenszuflüsse aufgrund von Testamenten oder Schenkungen stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

aus Zuwendungen für Anlagevermögen“ entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die sonstigen Erträge umfassen Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungsstätten (insgesamt 489 T€), Erlöse aus dem Verkauf von Anlagegütern (368 T€), Erträge aus Vermietung und Verpachtung (47 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (117 T€) sowie Kostenerstattungen und sonstige Erträge in Höhe von insgesamt 479 T€.

Die unter „Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit“ genannten Positionen beziehen sich auf die im Textteil des vorangegangenen Jahresberichtes für 2005 beschriebenen Aktivitäten. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 27,1 Mio € und setzt sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 21,1 Mio €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 6,0 Mio €.

In den Ausgaben für Stipendien an deutsche und ausländische Studenten sind Betreuungsmaßnahmen für die Stipendiaten (Seminarveranstaltungen und Exkursionen) von 710 T€ enthalten.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kolloquien, Kongresse und Ausstellungen. Diese fanden in den Häusern in Berlin und Bonn sowie in der stiftungseigenen Akademie und in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position „Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern“ enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern und den Ländern Mittel- und Osteuropas. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter beträgt 12,3 Mio €.

Die Fachausgaben der Position „Forschungsprojekte“ setzen sich zusammen aus 543 T€ für Forschungsprojekte und -aufträge sowie 721 T€ für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn und des Studienzentrums in Trier sowie für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn.

Die Abschreibungen betreffen das Sachanlagevermögen der Stiftung, das zum 31.12.2005 70,5 Mio € betrug (siehe Bilanz).

Zur Position „Zuführung zum Sonderposten...“ siehe Bilanz, Passiva, B I - IV.

Die „Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen“ enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

GESAMTÜBERSICHT DER IM HAUSHALT 2007 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN

Stand: 15. Januar 2007

I. Einnahmen	€
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
Zuwendungen der Bundesministerien	108.720.000
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.409.000
Sonstige Zuwendungsgeber	3.131.000
2. Spenden	800.000
3. Teilnehmergebühren	902.000
4. Sonstige Einnahmen	1.220.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit / Projektausgaben	
Förderung von Studenten und Graduierten	12.350.000
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)	19.638.000
Internationale Zusammenarbeit	63.331.000
Veröffentlichungen	
Forschungsprojekte	6.836.000
Förderung von Kunst und Kultur	313.000
Sonstige Projektausgaben	
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter*	
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten	10.911.000
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen / Aufwendungen für Abschreibungen	3.803.000
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter ist bereits in den Positionen
1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit / Projektausgaben) und
3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter beträgt insgesamt:	27.470.000 €
Darin sind für Löhne und Gehälter enthalten:	21.382.937 €
Die sozialen Abgaben betragen:	6.087.063 €

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenschaftstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 8830
Telefax 0228 883432
presse@fes.de

MITGLIEDER DES VORSTANDES

Stand: April 2007

Vorsitzende:

Anke Fuchs

Stellvertretende Vorsitzende:

Sigmar Gabriel
Dieter Schulte

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
und Geschäftsführer:

Dr. Roland Schmidt

Mitglieder:

Dr. Christine Bergmann
Prof. Dr. Peter Brandt
Dr. Jürgen Burckhardt
Sabine Kaspereit
Hans-Ulrich Klose
Dr. Werner Müller
Matthias Platzeck

Ehrenvorsitzender:

Holger Börner †

**Anschrift für Vorstand,
Verein und Kuratorium:**

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung
53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

MITGLIEDER DES VEREINS

Stand: April 2007

Prof. Dr. Detlev Albers
Dr. Hans Apel
Prof. Egon Bahr
Kurt Beck
Karl Benke
Prof. Dr. Helmut Berding
Dr. Christine Bergmann
Prof. Dr. Peter Brandt
Ernst Breit
Anneliese Brost
Anke Brunn
Ilse Brusis
Heinz Bühringer
Edelgard Bulmahn
Dr. Jürgen Burckhardt
Dr. h.c. Norbert Burger
Dr. Bernhard Bußmann
Wolf-Michael Catenhusen
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin
Dr. Klaus von Dohnanyi
Heide Dörrhofer-Tucholski
Prof. Dr. Horst Ehmke
Dr. Herbert Ehrenberg
Hans Eichel
Gernot Erler
Dr. Rolf-J. Freyberg
Anke Fuchs
Sigmar Gabriel
Irmgard Gaertner-Fichtner
Reinhard Grätz
Prof. Dr. Helga Grebing
Dr. Günter Grunwald
Karl Haehser
Prof. Dr. Friedrich Halstenberg
Nina Hauer
Dr. Volker Hauff
Dr. Günter Heidecke
Dr. Horst Heidermann
Luise Herklotz
Dr. Diether Hoffmann
Prof. Dr. Uwe Holtz
Reinhard Höppner
Antje Huber
Alois Hüser
Hedda Jungfer
Sabine Kaspereit
Reinhard Klimmt
Hans-Ulrich Klose
Walter Kolbow
Hans Koschnick
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Klaus-Dieter Kühbacher
Dr. Gerlinde Kuppe
Prof. Manfred Lahnstein
Dr. Klaus Dieter Leister
Karl Liedtke
Dr. Jürgen Linde
Willi Lojewski
Dr. Anke Martiny
Christoph Matschie
Hans Matthöfer
Hans Mayr

Prof. Dr. Susanne Miller
Dr. Werner Müller
Franz Müntefering
Kurt Neubauer
Prof. Dr. Peter von Oertzen
Matthias Platzeck
Konrad Porzner
Joachim Poß
Dr. Diether Posser
Prof. Dr. Christa Randzio-Plath
Dr. h.c. Hermann Rappe
Karl Ravens
Walter Riester
Dr. Harald Ringstorff
Prof. Helmut Rohde
Wolfgang Roth
Prof. Heinz Ruhnau
Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Rudolf Scharping
Harald Schartau
Günter Schlatter
Helmut Schmidt
Renate Schmidt
Dr. Roland Schmidt
Ulla Schmidt
Wilhelm Schmidt
Hubertus Schmoltd
Prof. Dr. Hans-Peter Schneider
Dr. Herbert Schnoor
Olaf Scholz
Gerhard Schröder
Günter Schröder
Prof. Dr. Richard Schröder
Dr. Manfred Schüler
Dieter Schulte
Peter Schulz
Werner Schulz
Dr. h.c. Erich Schumann
Rolf Schwanitz
Heide Simonis
Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn
Michael Sommer
Rudolf Sperner
Dr. Wolfgang Spieker
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Dietrich Stobbe
Dr. Manfred Stolpe
Dr. Peter Struck
Ute Vogt
Dr. Henning Voscherau
Dr. Klaus Wedemeier
Prof. Dr. Carl Friedrich Freiherr von
Weizsäcker
Ernst Welteke
Dr. Bettina Wiefß
Dr. Monika Wulf-Mathies
Dr. Christoph Zöpel

MITGLIEDER DES KURATORIUMS

Stand: April 2007

Vorsitzende:

Ingrid Matthäus-Maier

Mitglieder:

Wolfgang Altenburg
Reinhard Appel
Richard Becker
Dr. Wilhelm Bender
Prof. Dr. Helmut Berding
Hans-Gottfried Bernrath
Siegfried Bleicher
Dr. Rolf Böhme
Prof. Dr. Friedrich Buttler
Wolf-Michael Catenhusen
Wolfgang Clement
Harro Uwe Cloppenburg
Dr. Christa Czempiel
Dr. Klaus von Dohnanyi
Rudolf Dreßler
Gertrud Ebert
Helga Elstner
Dr. Ursula Engelen-Kefer
Dr. Erhard Eppler
Dr. Katharina Focke
Ingeborg Friebe
Florian Gerster
Ingrid Häußler
Dr. Peter Heinemann
Helmut Hubacher
Roland Issen
Gerhard Jochum
Prof. Dr. Karl Kaiser
Dr. Karl Kaueremann
Prof. Dr. Jürgen Kocka
Prof. Dr. Heiko Körner
Prof. Tomas Kosta
Ursula Kraus
Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Georg Leber
Karl Liedtke
Hans Matthöfer
Hans Mayr
Markus Meckel
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Karl Otto Pöhl
Dr. Winfried Polte
Barbara Prammer
Dr. h.c. Hermann Rappe
Steffen Reiche
Dr. h.c. Annemarie Renger
Edzard Reuter
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter
Peter Rühmkorf
Karin Schubert
Klaus Schütz
Dr. Mário Soares
Prof. Dr. Hartmut Soell
Rudolf Sperner
Berndt von Staden
Karl Starzacher
Prof. Dr. Johano Strasser
Helmut Teitzel
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Tiefensee
Dr. Gottfried Timm
Dr. Hans-Jochen Vogel
Gerd Walter
Gerd E. Weers
Dr. Rosemarie Wilcken
Prof. Dr. Irmgard Wilharm
Dr. Monika Wulf-Mathies

MITGLIEDER DES AUSWAHL- AUSSCHUSSES

Stand: April 2007

Ehrevorsitzender:

Prof. Dr. Helmut Berding

Vorsitzende:

Prof. Dr. Helene Harth

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Mitglieder:

Prof. Dr. Ingo Balderjahn
Prof. Silvia Beck
Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Monika Böhm
Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier
Dr. Michael Dauderstädt
Prof. Dr. Maria Diedrich
Dr. Manuela Erhart
Prof. Dr. Hermann Frister
Prof. Dr. Heinz P. Galler
Prof. Dr. Wolfgang Glatzer
Dr. Uwe Gottschalk
Prof. Dr. Harald Hagemann
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Dr. Peter Hantel
Prof. Dr. Rainer Hendler
Prof. Dr. Wolfgang Honnen
Dr. Hans-Gerhard Husung
Prof. Dr. Eva Irle
Dr. Thomas Keidel
Dr. Ernst-J. Kerbusch
Dr. Susanne Koch
Prof. Dr. Wolfgang Krieger
Evelin Manteuffel
Dr. Regine Mehl
Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte
Prof. Dr. Anita Pfaff
Petra Popp
Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer
Dr. Michael Schmidt
Dr. Petra Schmitt-Frister
Dr. Ilja-Kristin Seewald
Dr. Katharina C. Spieß
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Dr. Ralf Stegner
Dr. Kurt Stenzel
Dr. Jutta Stern
Prof. Dr. Franz Streng
Prof. Dr. Irmgard Wilharm
Prof. Dr. Bernd Witte

VERTRAUENSDOZENTEN

Stand: April 2007

Aachen, Technische Hochschule

Dr. Günter Berg
 Prof. Dr. Max Kerner
 Prof. Dr. Helmut König
 Prof. Dr. Emanuel Richter
 Prof. Dr. Hermann Wagner

Augsburg, Universität

Prof. Dr. Valentin Kockel
 Prof. Dr. Anita Pfaff
 Prof. Dr. Martin Pfaff
 Prof. Dr. Friedrich Pukelsheim
 Prof. Dr. Werner Williams

Bad Kreuznach

Prof. Dr. Eberhard Kolb

Bayreuth, Universität

Prof. Dr. Herbert Popp

Berlin, Evangelische Fachhochschule

Prof. Dieter-Peter Weber

Berlin, Fachhochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler
 Prof. Dr. Jürgen Keßler
 Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Berlin, Fachhochschule für Wirtschaft

Prof. Dr. Holger Rogall

Berlin, Freie Universität

Prof. Dr. Rolf-Peter Janz
 Prof. Dr. Dr. hc. Jürgen Kocka
 Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
 Prof. Dr. Ignacio Sotelo
 Prof. Dr. Holm Sundhaussen

Berlin, Humboldt-Universität

Prof. Dr. Volker Gerhardt
 Prof. Dr. Bernd Henningsen
 Prof. Dr. Herfried Münkler
 Prof. Dr. Wolfgang Scholl
 Prof. Dr. Rainer Schröder
 Prof. Dr. Gerhard Werle
 Prof. Dr. Heinrich August Winkler

Berlin, Technische Universität

Prof. Dr. Rolf Grigorieff
 Prof. Dr. Michael Pohst
 Prof. Dr. Gert G. Wagner

Berlin

Prof. Dr. H. J. Brauns
 Dr. Peter Hantel, RA
 Staatssekretär Dr. Hans-Gerhart Husung,
 Senatsverwaltung für Wissenschaft,
 Forschung und Kultur
 Dr. Ralf Kleindiek
 Gerhard Lechleitner, SPD-Bundestagsfraktion
 Dr. Klaus Lommatzsch
 Prof. Dr. Sven Papcke
 Prof. Dr. Reinhard Rürup
 Dr. Oliver Thränert, Stiftung Wissenschaft und
 Politik
 Prof. Dr. Christian Tomuschat
 Dr. Günter Wichert

Bielefeld, Universität

Prof. Dr. Thomas Dorfmueller
 Prof. Dr. Alfred Greiner
 Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt
 Dr. Christopher Kopper
 Prof. Dr. Jan Wirrer

Bochum, Universität

Prof. Dr. Bernd Faulenbach
 Prof. Dr. Traugott Jähnichen
 Dr. Karsten Rudolph
 Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte
 Prof. Dr. Ralf Poscher
 Prof. Dr. Klaus Tenfelde

Bonn, Universität

Prof. Dr. Dieter Dowe
 Prof. Dr. Solvay Gerke
 Dr. Gunther Hirschfelder
 Dr. Edith Kürzinger-Wiemann
 Prof. Dr. Hans Georg Lehmann
 Prof. Dr. Karlheinz Niclauß
 Prof. Dr. Michael Schneider
 Dr. Hubert Voigtländer

Bonn

Dr. Ursula Mehrländer

Braunschweig, Technische Universität

Prof. Dr. Ulrich Heyder
 Prof. Dr. Rainer Jonas
 Prof. Dr. Dieter Lüttge
 Prof. Dr. Hermann Wätzig

Bremen, Universität

Prof. Dr. Robert Francke
 Prof. Dr. Reinhard Hoffmann
 Prof. Dr. Peter Kalmbach
 Prof. Dr. Hedwig Ortman
 Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller
 Prof. Dr. Dieter Senghaas

International University Bremen

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc
 Prof. Dr. Philipp Genschel

Bremen

Prof. Dr. Gerd Turowski

Chemnitz, Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
 Prof. Dr. Alfons Söllner

Darmstadt, Technische Universität

Prof. Dr. Gerd Lautner
 Prof. Dr. Uwe Rüppel
 Prof. Dr. Dr. Bert Rürup

Dortmund, Universität

Prof. Dr. Wilfried Bos
 Prof. Dr. Udo Branahl
 Prof. Dr. Ulrich Pätzold

Dresden, Technische Universität

Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay
 Prof. Dr. Monika Medick-Krakau
 Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
 Prof. Dr. Norbert Rehrmann
 Dr. Mike Schmeitzner

Dresden

Prof. Dr. Peter Gründler

Düsseldorf, Fachhochschule

Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns

Düsseldorf, Universität

Prof. Dr. Holger Afflerbach
 Prof. Dr. Helmut Frister
 Prof. Dr. Gerd Krumeich
 Prof. Dr. Dr. Alfons Labisch
 Prof. Dr. Karl Vorlauffer
 Prof. Dr. Bernd Witte

Duisburg-Essen, Universität

Prof. Dr. Rolf Dobischat
 Prof. Dr. Renate Nestvogel

Duisburg

Dr. Thomas Reichel

Eichstätt-Ingolstadt, Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

Erfurt, Fachhochschule

Prof. Dr. Klaus Merforth

Erfurt, Fachhochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Eckhard Giese

Erfurt, Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
 Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann

Erlangen, Universität

Prof. Dr. Alp Sefik Bahadir
 Prof. Dr. Werner K. Blessing
 Prof. Dr. Jürgen Gebhardt
 Prof. Dr. Bernd Naumann
 Prof. Dr. Franz Streng
 Prof. Dr. Heiko Weber

Erlangen

Dr. Hans-Peter Böhm, Siemens AG

Essen

Evelin Manteuffel

Flensburg, Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn
 Prof. Dr. Uwe Danker

Frankfurt/Main, Universität

Prof. Dr. Lothar Brock
 Prof. Dr. Volker Dötsch
 Prof. Dr. Ingwer Ebsen
 Prof. Dr. Wolfgang Glatzer
 Prof. Dr. Ulfried Neumann
 Prof. Dr. Rudolf Steinberg

Frankfurt/Main

Dr. Ulrich Walter

Frankfurt/Oder, Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Dieter Martiny
 Prof. Dr. Albrecht Söllner

Freiburg, Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald
 Prof. Dr. Albert Scherr

Freiburg, Universität

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier
 Prof. Dr. Wolfgang Eßbach
 Prof. Dr. Hans-Martin Gauger
 Prof. Dr. Peter Gotthardt
 Prof. Dr. Klaus Kümmerer

Furtwangen, Fachhochschule

Prof. Dr. Burkhardt Müller-Markmann
Prof. Dr. Peter Strobach

Gelsenkirchen, Fachhochschule

Prof. Dr. Andreas M. Heinecke
Prof. Dr. Harald G. Kundoch
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch

Gießen, Universität

Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Gerhard Kurz
Prof. Dr. Klaus Lange
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Dr. Gabriele Wolfslast

Gießen

Prof. Dr. Helmut Berding
Prof. Dr. Ulrich Karthaus

Göttingen, Universität

Prof. Dr. Walter Euchner
Priv. Doz. Dr. Ludger Helms
Prof. Dr. Eva Irle
Prof. Dr. Stephan Klasen
Prof. Dr. Volker Lipp
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer
Prof. Dr. Peter Rühmann
Prof. Dr. Franz Walter

Greifswald, Universität

Prof. Dr. Erk Volkmar Heyen
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann

Hagen, Fernuniversität

Prof. Dr. Reinhard Wendt

Halle, Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Dorothée de Nève
Prof. Dr. Heinz P. Galler
Prof. Dr. Heiner Lück
Prof. Dr. Walter Thomi

Hamburg, Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönnaa

Hamburg, Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Yolanda Koller-Teajero

Hamburg, Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Barbara Martwich

Hamburg, Universität

Dr. Barbara Brüning
Prof. Dr. Andreas Eckert
Prof. Dr. Ursula Knapp
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Fritz Sack
Prof. Dr. Hans-Bernd Schäfer
Prof. Dr. Harald Scherf
Prof. Dr. Dieter Schimanke
Prof. Dr. Arndt Schmehl
Prof. Dr. Benno Stinner
Prof. Dr. Barbara Vogel
Prof. Dr. Bernd-Jürgen Wendt

Hamburg, Universität der Bundeswehr

PD Dr. Charlotte Gaitanides

Hamburg

Prof. Dr. Claus Arndt
Dr. Stephan Bakan
Prof. Dr. Eberhart Dorndorf
Martin Günther
Prof. Dr. Walter Knauer
Prof. Dr. Friedrich Koch
Manfred Schneider
Dr. Wolfgang Schumann
Prof. Dr. Jürgen Voß
Prof. Dr. Peter-Christian Witt

Hannover, Fachhochschule

Prof. Dr. Hermann Frister
Prof. Dr. Rolf Hüper
Dr. Monika Pinski

Hannover, Hochschule für Musik

Prof. Dr. Peter Vorderer

Hannover, Universität

Prof. Dr. Knut Gerlach
Priv. Doz. Dr. Alexander Kochinka
Prof. Dr. Hans-Peter Schneider
Prof. Dr. Manfred Walther
Prof. Dr. Ulrike Wendeling-Schröder
Prof. Dr. Irmgard Wilharm

Heidelberg, Universität

Dr. Jürgen Beß
Prof. Dr. Frauke Gewecke
Prof. Dr. Görg Haverkate
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Dieter Nohlen
Prof. Dr. Ulrich Schurath
Prof. Dr. Hartmut Soell
Prof. Dr. Uwe Wagschal
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

Heidelberg

Dr. Walter Mühlhausen

Hildesheim, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Prof. Christine Biehler
Prof. Dr. Gazi Caglar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey
Prof. Dr. Ulrich Hammer

Hildesheim

Prof. Dr. Ernst Cloer

Hohenheim, Universität

Prof. Dr. Harald Hagemann

Ilmenau, Technische Hochschule

Prof. Dr. Hermann H. Kallfaß

Jena, Fachhochschule

Prof. Dr. Dennis de Loof

Jena, Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Prof. Dr. Gerhard Jentzsch
Prof. Dr. Roland Merten
Dr. Wolfgang Schenk
Prof. Dr. Georg Schmidt

Kaiserslautern, Universität

Prof. Dr. Fritz Preuss
Prof. Dr. Michael von Hauff

Karlsruhe, Fachhochschule

Prof. Dr. Hagen Krämer

Karlsruhe, Universität (Technische Hochschule)

Prof. Dr. Diemut Majer
Prof. Dr. Peter Steinbach

Kassel, Universität

Prof. Dr. Gertrud Backes
Prof. Dr. Jens Flemming
Prof. Dr. Heide Wunder

Kehl, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

Kiel, Universität

Prof. Dr. Wolfgang Biesterfeld
Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Albert Jeck
Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl
Prof. Dr. Klaus Potthoff

Koblenz-Landau, Universität

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

Köln, Fachhochschule

Prof. Dr. Harald Hofmann
Prof. Dr. Hermann Rösch

Köln, Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Werner Schönig

Köln, Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. André Kaiser

Köln

Prof. Dr. Otto Dann
Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Konstanz, Universität

Prof. Dr. Thomas Dekorsy
Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

Leipzig, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Leipzig, Universität

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans
Dr. Lars Uwe Garlepp
Prof. Dr. Helmut Goerlich
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Hartmut Keil
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Marcel Machill
Prof. Dr. Harald Morgner

Leipzig

Prof. Dr. Christian Uhlig

Ludwigsburg, Fachhochschule

Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

Ludwigshafen, Fachhochschule

Prof. Dr. Fritz Unger

Lüneburg, Universität

Prof. Dr. Ullrich Günther
Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

Magdeburg, Universität

Prof. Dr. Erhard Forndran
Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann
Prof. Dr. Wolfgang Renzsch

Magdeburg

Dr. Karim El-Haschimi

Mainz, Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Mainz, Universität

Prof. Dr. Herbert Dittgen
Prof. Dr. Alfred Seitz

Mannheim, Universität

Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt
Prof. Dr. Michael Erbe
Prof. Dr. Hartmut Esser
Prof. Dr. Klaus Schönhoven
Prof. Dr. Hermann Weber

Mannheim

Dr. Reinhard Hofmann

Marburg, Universität

Prof. Dr. Monika Böhm
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Wolfgang Krieger
Prof. Dr. Mark Münzel
Prof. Dr. Thomas Noetzel
Prof. Dr. Hans Karl Rupp
Prof. Dr. K.A. Seitz

Merseburg, Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting

München, Fachhochschule

Prof. Dr. Manfred Kloster

München, Kath. Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

München, Technische Universität

Prof. Dr. Manfred Broy

München, Universität

Prof. Dr. Martin H. Geyer
Prof. Dr. Eckhardt Hellmuth
Prof. Dr. Eckart Otto
Prof. Dr. Ulrich Schroth
Prof. Dr. Rudolf Tippelt
Dr. Hans Woller

München

Dr. Ludwig Maaßen
Prof. Dr. Peter Prechtl †
Dr. Michael Schmidt
Dr. Heribert Staudacher
Dr. Hans Wegner

Münster, Fachhochschule

Dr. Bernhard Frevel

Münster, Universität

Prof. Dr. Peter Burg
Prof. Dr. Maria Diedrich
Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
Prof. Dr. Ursula Nelles
Prof. Dr. Manfred Schneckeburger

Nürnberg, Fachhochschule

Prof. Dr. Herbert Bassarak

Oldenburg, Universität

Prof. Dr. Gunilla Budde
Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher

Oldenburg

Prof. Dr. Ernst Kuper

Osnabrück, Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Osnabrück, Universität

Prof. Dr. Klaus J. Bade
Prof. Dr. Michael Bommes
Prof. Dr. Wolfgang Junge

Paderborn, Universität

Prof. Dr. Georg Hartmann

Passau, Universität

Prof. Dr. Rudolf Emons
Prof. Dr. Klaus P. Hansen
Prof. Dr. Guido Pollak

Potsdam, Universität

Prof. Dr. Ingo Balderjahn
Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Christoph Kleßmann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Georg Küpper
Prof. Dr. Hans Joachim Teichler

Regensburg, Fachhochschule

Prof. Dr. Rolf König

Regensburg, Universität

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Hartmut Krienke
Prof. Dr. Hans-D. Lüdemann
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Andreas Schrage
Prof. Dr. Wolfgang Wiegard

Reutlingen, Fachhochschule

Prof. Henning Eichinger
Prof. Dr. Wolfgang Honnen
Prof. Dr. Rudolf Kessler

Rostock, Universität

Prof. Dr. Wilfried Erbguth
Prof. Dr. Michael Großheim

Saarbrücken, Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Rudolf Large
Prof. Dr. Jürgen Schneider

Saarbrücken, Universität

Dr. Martin Geiling
Prof. Dr. Lutz Götz
Prof. Dr. Rudolf Grillmaier
Prof. Dr. Volker Köllner
Prof. Dr. Hans Leo Krämer
Prof. Dr. Roland Rixecker
Prof. Dr. Peter Winterhoff-Spurk

Sankt Augustin, FH Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Dr. Franz W. Peren

Siegen, Universität

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
Prof. Dr. Gerhard Brunn

Stuttgart, Universität

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
Prof. Dr. Klaus-Peter Brinkhoff

Stuttgart

Hanns Helmut Adelman, LG

Trier, Fachhochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Dirk Löhr
Prof. Dr. Jochen Struwe

Trier, Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Prof. Dr. Reinhard Hendler
Prof. Dr. Gerhard Robbers
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle
Prof. Dr. Harald Spehl
Prof. Dr. Klaus Ziemer

Tübingen, Universität

Prof. Dr. Ottmar Fuchs
Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Maja Heiner
Dr. Werner Lang
Prof. Dr. Dieter Langewiesche

Tübingen

Prof. Dr. Volker Hoffmann

Ulm, Universität

Dr. Dr. Norbert Grulke

Ulm

Dr. Peter Marschall

Weingarten, Pädag. Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger
Prof. Dr. Karin Reiber

Wiesbaden, Fachhochschule

Prof. Dr. Jiri Sobota

Wismar, Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

Witten/Herdecke, Universität

Prof. Dr. Wolfgang H. Arnold

Wuppertal, Universität

Prof. Dr. Georg Pegels
Prof. Dr. Günter Schiller
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

Würzburg, Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Eberhard E. Grötsch

Würzburg, Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

Ausland

Bern, CH

Prof. Dr. Dr. Ernest W. B. Hess-Lüttich

Brüssel, B

Dr. Rudolf Mögele

Innsbruck, A

Prof. Dr. Lothar Bernd Zimmerhackl

ANSCHRIFTEN

Stand: April 2007

Friedrich-Ebert-Stiftung

✉ 53170 Bonn
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-0
 Telefax 0228 883-432
 www.fes.de
 presse@fes.de

Hiroshimastraße 17
 10785 Berlin
 Telefon 030 26935-6
 Telefax 030 26935-951

**Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Prof. Dr. Michael Schneider
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-425 (Archivtheke)
 0228 883-480 (Sekretariat)
 Telefax 0228 883-497
 archiv.auskunft@fes.de
 www.fes.de/archiv

**Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Dr. Rüdiger Zimmermann
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-426 (Ausleihe)
 Telefax 0228 883-626
 ausleihe@fes.de
 fachauskunft@fes.de
 fernleihe@fes.de
 www.library.fes.de

Karl-Marx-Haus

Prof. Dr. Beatrix Bouvier
 Museum:
 Brückenstraße 10
 54290 Trier
 Studienzentrum:
 Johannisstraße 28
 54290 Trier
 Telefon 0651 97068-0
 Telefax 0651 97068-140
 info.trier@fes.de
 www.fes.de/Karl-Marx-Haus

Abteilung Studienförderung

Dr. Manuela Erhart
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-649
 Telefax 0228 883-697
 www.fes.de/Studienfoerderung

Akademien, Regional- und Landesbüros**Baden-Württemberg****Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg**

Dr. Felix Schmidt
 Werastraße 24
 70182 Stuttgart
 Telefon 0711 2483943
 Telefax 0711 24839450
 info.stuttgart@fes.de
 www.fritz-erler-forum.de

Bayern**BayernForum**

Dr. Eva Brehm / Horst Schmidt
 Prielmayerstraße 3, Elisenhof
 80335 München
 Telefon 089 51555240
 Telefax 089 51555244
 bayernforum@fes.de
 www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl
 Richard-Wagner-Straße 5
 93055 Regensburg
 Telefon 0941 794759
 Telefax 0941 795613
 Regensburg@fes.de
 www.fes.de/regensburg

**Akademien in Zusammenarbeit mit
der Friedrich-Ebert-Stiftung****Gesellschaft für Politische Bildung e.V.****Akademie Frankenwarte**

Georg Rosenthal
 Leutfresserweg 81-83
 97082 Würzburg
 Telefon 0931 80464-0
 Telefax 0931 80464-26
 info@frankenwarte.de
 www.frankenwarte.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.**Büro München**

Sabine Wolf
 Landwehrstraße 37/I
 80336 München
 Telefon 089 595223
 Telefax 089 5503849
 vollmar@fes.de

Schloß Aspenstein

Dr. Heiko Tammerna
 82431 Kochel am See
 Telefon 08851 78-0
 Telefax 08851 78 23
 vollmar-akademie@t-online.de
 www.vollmar-akademie.de

Brandenburg**Landesbüro Brandenburg**

Eugen Meckel
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 292555
Telefax 0331 2803356
Potsdam@fes.de
www.fes.de/potsdam/

Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein**Julius-Leber-Forum****Büro für die Bundesländer****Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein**

Dr. Stefanie Elies
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
Telefax 040 325874-30
hamburg@fes.de
www.fes.de/Hamburg

Mecklenburg-Vorpommern**Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**

Dr. Erik Gurgsdies
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 512789, 512596
Telefax 0385 512595
info.schwerin@fes.de
www.fes.de/schwerin/

Niedersachsen**Landesbüro Niedersachsen**

Egmont Eckardt
Postfach 2007
30020 Hannover
Rathenaustraße 16a
30159 Hannover
Telefon 0511 306622
Telefax 0511 306133
hannover@fes.de

Nordrhein-Westfalen**Kurt-Schumacher-Akademie**

Dr. Helmut Mörchen
Willy-Brandt-Straße 19
53902 Bad Münstereifel
Telefon 02253 9212-0
Telefax 02253 8091
muenstereifel@fes.de
www.fes.de/muenstereifel

Rheinland-Pfalz**Landesbüro Rheinland-Pfalz**

Rolf Mantowski
Große Bleiche 18-20
55116 Mainz
Telefon 06131 960670
Telefax 06131 9606766
mainz@fes.de
www.fes.de/mainz/

Sachsen**Regionalbüro Dresden**

Christoph Wielepp
Königstraße 6
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03, 80468-04
Telefax 0351 80468-05
DRNmail@fes.de
www.fes.de/dresden/

Regionalbüro Leipzig

Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 9602160, 9602431
Telefax 0341 9605091
lpzMail@fes.de
www.fes.de/leipzig/

Regionalbüro Chemnitz

Karl-Heinz Becher
Bahnhofstraße 24
09111 Chemnitz
Telefon 0371 6759-47, 6759-48
Telefax 0371 6759-49
CMZMail@fes.de
www.fes.de/chemnitz/

Sachsen-Anhalt**Landesbüro Sachsen-Anhalt**

Astrid Becker
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
Telefax 0391 56876-15
MDBMail@fes.de
www.fes.de/magdeburg/

Thüringen**Landesbüro Thüringen**

Michael Schultheiß
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 59802-0
Telefax 0361 59802-10
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/erfurt/

WEITERE
INFORMATIONEN
UND TEXTE
FINDEN SIE IM
INTERNET UNTER
www.fes.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Kommunikation und Grundsatzfragen
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

www.fes.de

Redaktion: Peter Donaiski

Layout: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Fotos: Siehe Foto, bzw.:

S. 2, 3: Schicke

S. 4, 5: Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg

S. 20, 24, 27, 30, 32: picture-alliance

S. 22: Archiv Pellens

S. 29, 34: Veer Incorporated

S. 37: Andreas Pellens

S. 39: PhotoAlto, Sanna Lindberg

Fotos Titel entsprechend

Fotos ohne Hinweis: FES

Herstellung: Katja Ulanowski, FES

Druck und Verarbeitung: braunschweig druck GmbH, Braunschweig

Printed in Germany 2007

ISSN 0940-0702